

Europa – Vereint oder entzweit ?

Die Rolle der Katholischen Kirche im
Prozess der
europäischen Integration

Kongress-Dokumentation
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zusammenfassung der Beiträge, die auf dem gleichnamigen
Kongress am 12. Und 13. September 2003 Krakau gehalten
wurden.

Inhalt

Titelei mit Inhaltsverzeichnis:

Vorwort:

Eröffnungsansprache von
Aleksander Kwaśniewski:

Europa als interkulturelles Projekt von
Kardinal Angelo Scola:

Kirche und Kultur im neuen Europa von
Kardinal Paul Poupard:

Der europäische Verfassungsentwurf von
Elmar Brok:

Die Aufgaben eines polnischen Politikers im vereinten Europa
von Andrzej Olechowski:

Vielfalt und gemeinsame Traditionen von
Władysław Bartoszewski:

Europa gestern, heute und morgen von
Helmut Kohl:

Grundlagen der Stabilität im zukünftigen Europa von
Irena Lipowicz:

Unsere gemeinsame Zukunft in der
Europäischen Union – Werte, Demokratie und Verantwortung
von Hans-Gert Pöttering:

Autoren:

Bildimpressionen:

Bernhard Vogel (Hrsg.)

Europa – Vereint oder entzweit ?

Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration

Bernhard Vogel (Hrsg.)

Europa – Vereint oder entzweit ?

**Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der
europäischen Integration**

Mit Beiträgen von:

Aleksander Kwaśniewski

Angelo Scola

Paul Poupard

Elmar Brok

Andrzej Olechowski

Władysław Bartoszewski

Helmut Kohl

Irena Lipowicz

Hans-Gert Pöttering

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, die im Rahmen der III. Internationalen Konferenz „Europa – Vereint oder entzweit ? Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ gehalten worden sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete diese Konferenz gemeinsam mit der Päpstlichen Theologischen Akademie Krakau, der polnischen Robert-Schuman-Stiftung und dem Gleiwitzer Verlag „Wokół nas“ und COMECE am 12. und 13. September 2003 in Krakau.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Umschlag nach einem Entwurf von der Druckerei Paffenholz, Bornheim, unter Verwendung eines Fotos von Henning Lüders, Berlin und Imageshop.

Fotos im Anhang von Antoni Witwicki und Piotr Falkenberger

Übersetzungen: Jan Obermeier, Franz Pfeifer, Sigrid Schraml

Redaktion / Satz: Sigrid Schraml

© 2004, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

ISBN 3-937731-21-0

Inhalt

Vorwort	7-8
Eröffnungsansprache <i>Aleksander Kwaśniewski</i>	9-15
Europa als interkulturelles Projekt <i>Kardinal Angelo Scola</i>	17-30
Kirche und Kultur im neuen Europa <i>Kardinal Paul Poupard</i>	31-42
Der europäische Verfassungsentwurf <i>Elmar Brok</i>	43-52
Die Aufgaben des polnischen Politikers in einem vereinten Europa <i>Andrzej Olechowski</i>	53-60

Vielfalt und gemeinsame Traditionen <i>Władysław Bartoszewski</i>	61-71
Europa gestern, heute und morgen <i>Helmut Kohl</i>	73-84
Grundlagen der Stabilität im zukünftigen Europa <i>Irena Lipowicz</i>	85-107
Unsere gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union – Werte, Demokratie und Verantwortung <i>Hans-Gert Pöttering</i>	109-115
Die Autoren	117-118
Bildliche Impression	119-124

Vorwort

Den Dialog zwischen Kirche und Politik über die Zukunft Europas zu vertiefen, ist Ziel der internationalen Konferenzreihe „Die Rolle der Katholischen Kirche im europäischen Integrationsprozess“, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung seit einigen Jahren mit Partnerorganisationen in Krakau veranstaltet. Der Konferenzzyklus begann 2001 unter dem Titel „Bewusstsein einer europäischen Identität“. Im Jahr darauf lautete das Thema „Modernisierung und Glaube“. Im Jahr 2003 nun versammelten sich über 200 hochrangige Vertreter aus Kirche und Politik, um unter dem Motto „Europa – vereint oder entzweit“ vorrangig über die kulturellen und spirituellen Fundamente Europas zu diskutieren und zu erörtern, welche Entwicklung die EU nach dem 1. Mai 2004 nehmen wird.

Dass gerade mit Blick auf die Erweiterung eine Vertiefung der kulturellen Dimension Europas notwendig ist, dass das eine Europa nur dann Wirklichkeit wird, wenn die Menschen sich auch ihrer europäischen Werte, gemeinsamen kulturellen Traditionen und historischen Erfahrungen bewusst werden, ist die Grundannahme einer Vielzahl von Aktivitäten, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer europapolitischen Arbeit entfaltet hat. Von Literatursymposien in Mittel- und Osteuropa über Kulturabende bis hin zu Diskussionsveranstaltungen mit europäischen Kulturpolitikern reicht die

Bandbreite der Maßnahmen, mit denen wir die Idee eines auch kulturell einigen Europas fördern wollen. Religion und Glaube gehören – übrigens auch für Nichtgläubige – zu den konstituierenden Elementen europäischer Kultur und Identität. Dies erklärt auch, warum wir – zumal in Polen – den Dialog mit der Katholischen Kirche zu europäischen Fragen aufgenommen und diese Konferenzreihe gestartet haben.

Da unsere Konferenz auch über Polen hinaus ein sehr positives Echo gefunden hat, möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Ergebnisse der in Krakau geführten Diskussionen in Form einiger ausgewählter Redebeiträge – u.a. von Władysław Bartoszewski und Helmut Kohl – dem interessierten deutschsprachigen Publikum zur Verfügung stellen, um auch in Deutschland eine breitere Öffentlichkeit an diesem Dialog teilhaben zu lassen.

Berlin, im Dezember 2003

Wilhelm Staudacher
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Eröffnungsansprache

Aleksander Kwaśniewski

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich begrüße alle Teilnehmer dieser Konferenz recht herzlich. Dabei möchte ich dieser Initiative meine hohe Anerkennung aussprechen, denn sie beweist, wie sehr sich die polnische Kirche um die Zukunft unseres Landes in der erweiterten Europäischen Union sorgt. Für dieses Engagement, das wir bereits vor dem Referendum über den EU-Beitritt erfahren konnten und das wir auch in unseren tagtäglichen Vorbereitungen auf die EU-Mitgliedschaft sowie in der in Europa geführten Diskussion immer wieder erfahren, möchte ich als Präsident der Republik Polen der gesamten Kirche in Polen meinen herzlichen Dank aussprechen.

Die Idee der europäischen Einheit hat christliche Wurzeln. Dies gestehen sowohl gläubige als auch nichtgläubige Menschen ein. Diese Feststellung sollte weder von religiösen oder politischen Überzeugungen abhängig sein, noch zum Streitobjekt in der Öffentlichkeit werden. Denn allein schon der Ehrlichkeit halber ist zuzugeben: die christlichen Wurzeln Europas sind ein historisches Faktum von weitreichender Bedeutung. Die Rolle, die das Christentum als Inspiration für die europäische Geisteswelt, Philosophie und Kultur bis zum heutigen Tag einnimmt, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Christentum brachte eine universale Ethik mit sich, die besonders die Würde der menschlichen Person betont, wobei die Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihres sozialen Status nicht hierarchisch gegliedert werden. Diese grenzüberschreitende Ethik stürzt sämtliche Mauern ein, sie bringt Hilfe und fördert Verständigung und Frieden.

Der für das Christentum konstitutive Universalismus regte die Menschen bereits im Mittelalter zur Entwicklung von bündischen Konzeptionen an, die den gesamten europäischen Kontinent umfassten. Natürlich ist die heutige Integration eine ganz andere – die Zeiten haben sich geändert, aber auch die Welt ist heute eine andere. Doch gerade an diese ältesten geistigen Wurzeln Europas knüpft der Heilige Vater an. Daher sieht er in der Europäischen Union ganz klar die Chance für die Bildung einer Gemeinschaft, die über den einheitlichen Markt und den Regulierungsbedarf hinausgeht. Ob es dazu kommt, hängt zu großen Teilen von den Christen selbst ab.

Ich weiß, dass die Menschen des Glaubens ein Europa ersehnen, das von christlichem Geist erfüllt ist und sich daher bemühen, diesen Geist in den Kontinent hineinzutragen. Aus diesem Grund engagieren sie sich für die Integration. Sie verstehen, dass man nicht außerhalb Europas bleiben und gleichzeitig Vorbehalte hegen kann, dass dieses Europa den erträumten Idealen nicht voll entspricht.

Ein zweites historisches Faktum, das nicht verschwiegen werden darf, ist die Rolle, die christliche Politiker im Einigungsprozess unseres Kontinents

gespielt haben. Robert Schuman z.B., der sog. Vater der Europäischen Union, war tiefgläubiger Katholik. Schuman hielt es für seine Pflicht, Europa einen dauerhaften Frieden zu gewähren – einem Kontinent, den allein im 20. Jahrhundert zwei mörderische, furchtbare Kriege erschüttert hatten. Daher setzte er sich sein ganzes Leben lang unermüdlich für die Einheit des Kontinents ein. Von Schuman stammt der Satz: *Die Demokratie verdankt ihre Existenz dem Christentum. Oder: Europa ist die Verwirklichung der universalen Demokratie im christlichen Sinne dieses Wortes.*

Das gemeinsame Europa entstand aus einer geistigen Vision. Viele seiner ideellen Urheber besaßen einen tiefen Glauben. Sie sehnten sich nach Einheit, um Hass, Konflikte und Leid unschuldiger Menschen zu vermeiden. Dabei wussten sie die Bedeutung von wirtschaftlichen Bündnissen und eines gemeinsamen Marktes durchaus zu schätzen. Dennoch war ihnen wohl bewusst, dass diese Formen des gemeinschaftlichen Handelns kein Selbstzweck sein konnten. Das Endziel war vielmehr ein Europa, das auf dem friedlichen Zusammenleben aller seiner Völker beruhte.

Gerade in der heutigen Zeit – während der Debatte über den europäischen Verfassungsentwurf – lohnt es sich, an die Quellen und Motive der europäischen Integration zu erinnern. Denn das Christentum stellt nicht nur eine große Vergangenheit unseres Kontinents dar. Denn gerade den Kirchen, darunter insbesondere der Katholischen Kirche, kommt gegenwärtig und auch in Zukunft eine wichtige Rolle im europäischen Vereinigungsprozess zu. Und zwar vor allem durch die sorgfältige Interpretation und den pfleglichen Umgang mit der vom Heiligen Vater so bezeichneten „*großen Europäischen Geistesgemeinschaft*“. Die Europäische Union, die derzeit Symptome einer ökonomischen Schwächung aufweist und vor schwierigen Fragen über ihre Zukunft und Identität steht, scheint immer mehr zu verstehen, dass eine beständige Gemeinschaft nicht auf rein pragmatische Erfordernisse reduziert werden darf. Es wächst vielmehr das Bedürfnis, auf diejenigen

Quellen, Ideen und Ideale zurückzugreifen, die bei der Gründung der europäischen Gemeinschaft maßgebend waren.

Von dieser Notwendigkeit zeugt nicht zuletzt der erarbeitete Verfassungsvertrag. Dieser Entwurf ist sicherlich nicht perfekt, dennoch sollte die Arbeit des Verfassungskonvents anerkannt werden. Denn der Konvent fasste in einem einzigen Dokument die institutionellen und normativen Grundlagen der europäischen Gemeinschaft zusammen. Auf Kritik stößt häufig der fehlende Bezug auf Gott und das Christentum in der Präambel der zukünftigen Verfassung. Meine Haltung in dieser Frage ist Ihnen sicherlich bekannt. Wie ich wiederholt betont habe, gebietet es bereits die historische Redlichkeit, einen derartigen Eintrag im Verfassungstext vorzunehmen. Darüber hinaus ist nur schwer verständlich, wie ein solcher Vermerk die Vertreter anderer Konfessionen bzw. nichtgläubige Menschen in ihren religiösen Gefühlen verletzen könnte. Die in der Präambel der polnischen Verfassung von 1997 verwendete Formulierung ist ein Beispiel für einen Gottesbezug, der die Menschen eint und nicht trennt. Unsere Vertreter auf der Regierungskonferenz werden die Frage des Bezugs auf das Christentum im Verfassungstraktat erneut aufgreifen.

Andererseits darf die im Verfassungsvertrag vorgesehene Grundrechtscharta nicht geringgeschätzt werden. Denn diese garantiert den Bürgern der Europäischen Union Rechte, die jedem menschlichen Wesen zustehen. Zu diesen Rechten gehören die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, das Recht auf Leben, die physische und geistige Integrität der menschlichen Person sowie die Achtung des Privat- und Familienlebens. Die Europäische Union wird so zu einem Raum, in dem die Achtung des Menschen und seiner Würde auf die ganze Welt ausstrahlt. Zu den grundlegenden Rechten, die den Bürgern der Europäischen Union garantiert werden, gehört auch die Freiheit des Denkens, Gewissens und der Religion. Ferner findet sich in Artikel 51 folgender Satz: „Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und [weltanschau-

lichen] Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“.

Es ist wahr, dass dieser Satz recht allgemein gehalten ist. Nichtsdestotrotz sanktioniert er ausdrücklich den Dialog zwischen den religiösen Gemeinschaften und den Institutionen der EU. Darüber hinaus ist zu betonen, dass sich in der vorgeschlagenen Präambelversion der Bezug auf das religiöse Erbe Europas befindet. Dies ist mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung. Ich hoffe nur, dass es der erste und nicht der letzte Schritt ist.

Den Leitgedanken der diesjährigen Konferenz verkörpert die Frage nach der europäischen Einheit. Doch droht der erweiterten EU nicht die Entstehung neuer Trennlinien? Bilden sich anstelle der alten Mauern nicht etwa neue, unsichtbare Mauern heraus? Werden „beide Lungen“ Europas gleichmäßig atmen können?

Alle diese Fragen entspringen der tiefen Sorge um die Zukunft. Sie sind von politischer Tragweite, besitzen aber auch eine nicht zu unterschätzende geistige Bedeutung. Die Entstehung neuer Trennlinien – was z.B. das Schlagwort vom „neuen“ und „alten“ Europa bzw. die Konzeption eines „Kerneuropas“ suggeriert – könnte sehr negative Folgen haben, wobei sich neue nationale Stereotypen herausbilden könnten und das gegenseitige Misstrauen vertieft würde. Daher ist es notwendig, auf das Prinzip der *Solidarität* zurückzugreifen, das den Polen besonders am Herzen liegt. Gerade dieses ethische Fundamentalprinzip nimmt einen bedeutenden Platz in der Soziallehre unseres großen Landsmannes – Papst Johannes Paul II. – ein.

Die bisherigen Mitgliedstaaten der EU stellen derzeit mit Freude fest, dass die Europäische Union nach ihrer Erweiterung im Hinblick auf ihr Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Kulturpotential ein wirklich machtvoller Staatenblock werden wird. Dabei sollten sie jedoch nicht vergessen, dass sie diese Entwicklung in hohem Maße einem Menschen verdanken, der sich nicht erst seit gestern für die solidarische Einbindung Ostmitteleuropas in

das Werk der europäischen Einigung unermüdlich einsetzt. Außerdem sollten wir daran denken, dass Europa nicht nur in politischer oder ökonomischer Hinsicht, sondern auch auf religiösem und kulturellem Gebiet eine Gemeinschaft sein muss, die auf gegenseitiger Achtung und Wertschätzung gründet. Denn die Mannigfaltigkeit von Tradition und Brauchtum ist keine Plage, sondern gehört zu den Reichtümern der polnischen Nation.

Diese Wahrheit wird vor dem Hintergrund der fortschreitenden Zukunft Europas immer deutlicher sichtbar. Das vereinigte Europa ist immer noch ein unvollendetes Werk. Die Konstruktion dieses Werkes kann nicht einfach im gegenwärtigen Rahmen abgeschlossen werden. Wir sollten vielmehr für die Integrationsbestrebungen unserer östlichen Nachbarn, der Ukraine und der Balkanstaaten, offen sein. Dabei können auch die diesbezüglichen Bemühungen der Türkei nicht außen vor bleiben. Schließlich sollten auch wir uns bis zum 1. Mai 2004 bzw. als junges EU-Mitglied die Frage stellen, wo die Grenzen Europas liegen. Wir sollten uns auch fragen, ob wir im Namen der saturierten nationalen Bestrebungen nicht etwa neue Mauern auf diesem Kontinent errichten und neue Grenzlinien ziehen.

Die Zukunft Europas liegt in einer Politik, die die Türen offen hält. Dabei geht es um die Offenheit für Menschen und Staaten, die mit der europäischen Völkerfamilie zusammenarbeiten wollen. Dieses offene, transparente Europa wird sich immer mehr zum Ort der multikulturellen Begegnung entwickeln. Eine Kirche, die zum ökumenischen Dialog bereit ist und sich zudem durch Offenheit und Toleranz auszeichnet, wird in diesem Europa einen großen Wert darstellen. Diese Kirche kann somit zum Patron des Dialogs werden und maßgeblich dazu beitragen, dass sich eine Haltung der Aufgeschlossenheit und gegenseitigen Achtung immer mehr verbreitet. Betrachtet man diese Perspektive, aber auch die schmerzvollen Erfahrungen der letzten Jahre auf dem Balkan näher, so erkennt man, wie notwendig die Erziehung der nationalen Gesellschaften im Geiste von Toleranz, Offenheit und Nächstenliebe ist.

Ein weiteres Feld des notwendigen Zusammenwirkens zwischen den EU-Institutionen und der Kirche bildet die Gesellschaftspolitik. In diesem Zusammenhang ist derzeit viel von einem „europäischen Sozialmodell“ die Rede. Die Sorge um die Rechte des Arbeitnehmers, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, das Verständnis von Arbeit als ein für die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen wesentliches Gebiet – alle diese Forderungen stehen wohl in zahlreichen Punkten in Einklang mit der Katholischen Soziallehre.

Die Geistlichen kennen natürlich die materiellen Sorgen ihrer Gläubigen und erleben deren dramatische Einzelschicksale, die aus Arbeitslosigkeit und Armut erwachsen, oftmals aus engster Nähe mit. Die Kirche ist dabei stets bemüht, diesen Menschen zu helfen. Ich bin davon überzeugt, dass die Kirche durch ihre Lehre sehr viel dazu beitragen kann, damit auch diese Form von Solidarität niemals aus dem Blickfeld der ethischen Normen Europas gerät.

Solidarität und gegenseitige Wertschätzung unter den Völkern sowie Achtung und gegenseitige Hilfe unter den Bürgern der einzelnen Staaten Europas – dies ist die Lehre, die der Politiker aus der päpstlichen Botschaft ziehen kann. Die Respektierung dieser Prinzipien, aber auch die unentwegte Erinnerung an die Grundlagen der moralischen Werte bilden eine unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Integration. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Katholische Kirche – und dabei auch die Kirche Polens – auf diesem Feld eine sehr wichtige Rolle spielen wird. Mein Dank gilt den Organisatoren dieser Konferenz. Ich wünsche allen Teilnehmern interessante und lebhaftige Diskussionen. ■

Europa als interkulturelles Projekt

Kardinal Angelo Scola

1. Trennungen, Integration, Interkulturalität

Das Thema, das mir die Organisatoren dieser Konferenz auszuarbeiten vorgeschlagen haben – *Europa als Interkulturelles Projekt* – offenbart deren *intentio profundior* (*tieferer Absicht*). Interkulturalität wird als ein Mittel eingeführt, um die aktuellen Spaltungen des erweiterten Europas zu reduzieren und um zukünftige Differenzen zu vermeiden. Dies könnte ein bevorzugter Weg für die europäische Integration sein. In dieser Hinsicht ist es prinzipiell sehr beachtenswert aufzuzeigen, welche Rolle die Katholische Kirche dabei spielen kann. Es ist heute leicht zu erkennen, dass das Ziel der Europäischen Einheit noch weit entfernt liegt und dass darüber hinaus die Gefahr von späteren Spaltungen besteht. Ich möchte mich nicht auf ein Feld begeben, das ich nicht kenne und belasse es deshalb dabei, einige all-

gemeine Beobachtungen zu wiederholen, die von Experten vorgetragen werden und der öffentlichen Meinung zugänglich sind.

Zunächst kann festgestellt werden, dass die ökonomische und monetäre Einheit der Europäischen Gemeinschaft noch nicht lange genug besteht, um – insbesondere mit Blick auf die Außen- als auch die Verteidigungspolitik – zu einem gemeinsamen Handeln zu führen. Diese Tatsache bestätigte sich in all seiner Dringlichkeit am Beispiel der militärischen Intervention im Irak.

Zweitens gelingt es dem endgültigen Entwurf der Europäischen Verfassung nicht, den Eindruck zu vermeiden, ein Kompromiss aus unterschiedlichen politischen Zugeständnissen zu sein. Die eine Seite beabsichtigt, aus Europa einen föderalen Staat zu machen, ausgestattet mit Organen und autonomen Gewalten, die vom Mehrheitsprinzip geleitet werden. Die andere Seite versteht die Europäische Einheit vor allem in ökonomischer Hinsicht, die den Mitgliedstaaten Souveränität auch in grundlegenden Fragen (Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Finanzpolitik)¹ überlässt. Beide Thesen können sich auf gute Gründe stützen. Aber die Dringlichkeit einer wirkungsvollen Europäischen Einheit verbietet ein weiteres Aufschieben, zudem wenn wir, wie einige Beobachter bekräftigen – ich denke zum Beispiel an den Nordamerikaner Charles A. Kupcha – für die Zukunft des Westens eine immer größere Kluft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in Betracht ziehen müssen².

Kehren wir zu unserem Thema zurück. Es ist nicht schwer festzuhalten, zumindest in erster Annäherung, dass der Weg der Einheit Respekt und noch mehr in gewisser Weise die Wertschätzung der Verschiedenheit voraussetzt. Beispielhaft kann man den Text des *Entwurfes eines Vertrages über eine Verfassung für Europa* zitieren, der nicht zufällig in der *Präambel* bekräftigt: «*In der Gewissheit, dass Europa, „in Vielfalt geeint“, ihnen [den Mitgliedstaaten] die besten Möglichkeiten bietet, unter Wahrung der Rechte des Einzelnen und im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber*

den künftigen Generationen und der Erde dieses große Abenteuer fortzusetzen, das einen Raum eröffnet, in dem sich die Hoffnung der Menschen entfalten kann.»³ Sich auf die Kultur und die Interkulturalität als möglichen ‚Zement‘ für die Einheit der verschiedenen Nationen zu beziehen, ist so dann eine durchaus übereinstimmende gemeinsame Position.

So haben die Organisatoren schließlich viele Gründe, uns auf das Nachdenken über diese Themen zu begrenzen, denn deren grundlegende Natur zeigt die absolute Notwendigkeit hierfür auf. Aber diese Notwendigkeit ist heute nicht mehr offensichtlich. Viel mehr ist es wesentlich aufzuzeigen, dass diese Perspektive für die Europäische Einheit nicht eine Anmaßung darstellt. Genau in diesen Tagen wurde in Italien das weise Buch von Martin Heidegger *“Der Europäische Nihilismus“* wieder herausgegeben. Es handelt sich um ein Stück des berühmten *„Nietzsche“*, den Heidegger in den Jahren 1936 – 1949 redigiert hatte. Kurator Franco Volpi bestätigt damit die Aktualität der von Heidegger wiederentdeckten These Nietzsches, über die Bewertung der bisher höchsten Werte *«Warum die „essenza“, die zeitlich begrenzt ist, keine definitiven (zeitlosen) Antworten geben kann auf die Frage „Was ist das?“, auch keine ewigen Wahrheiten ... keine „Kategorien“, die zu „Werten“ erhoben wurden wie „Ziel, Einheit, Sein“ »*.

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass *«man im geschichtlichen Zusammenbruch der Moderne nicht mehr Europa mit dem Okzident und den Okzident nicht mehr mit der Antike und dem Christentum identifizieren kann»⁴*. Es stellt sich nun die Frage, welchen Inhalt man Begriffen wie *Interkulturalität* und *Integration* geben soll, welche Rolle den Religionen und der Katholischen Kirche angesichts der Konfrontation mit diesem radikalen Verbot zuzuordnen ist? In der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, versuche ich zu einer wertvollen Hypothese vorzudringen, in dem Wissen, sie nur anklingen lassen zu können.

2. Interkulturalität und Europäische Identität

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die *Interkulturalität* zur europäischen DNS gehört. Was ist denn der lebendige, unveränderliche Kern der europäischen Identität, besonders unter den unaufhaltsamen und radikalen Veränderungen, denen sie heute unterworfen ist? Der Pariser Philosoph Rémi Brague hat die These aufgestellt, dass der grundlegende Charakter Europas seinen Ursprung in dem habe, was er das *römische Verhalten* nennt. Dieses bestehe in der Nachrangigkeit oder *secondarietà*. Rom besaß die Fähigkeit, die Hellenistische Synthese von *Athen* und *Jerusalem* aufzugreifen, als persönliches Eigentum zu bewahren und weiterzugeben. Es gibt in erster Linie nicht irgendeine Sache weiter, die es direkt und selbst hergestellt hat, sondern das, was es erhalten hat. Rom erachtet als das Erst-rangige ein empfangenes Erbe. Darin bestünde seine Nachrangigkeit. In das römische Verhalten nistete sich das Christentum ein, das genauso von der Nachrangigkeit charakterisiert ist. Vor allem das Christentum bezieht die kulturelle Nachrangigkeit auf die Ebene der Beziehung zum Absoluten selbst.

Das Christentum weiß tatsächlich um sein An-zweiter-Stelle-stehen in Bezug auf die antike Allianz. Die christliche Religion wurde deshalb zur kritischen Anfrage an jede Kultur, besonders an jene europäische, die sich auf das Christentum rückbezieht, weil sie vermeidet, sich mit eigenem Ursprung zu verstehen⁵. Römisches Verhalten und christliches Verhalten prägte die europäische Identität, indem es ihrer Kultur die Nachrangigkeit aufdrückte und indem es ihr einen Charakter verlieh, der zutiefst *dialogisch*, also *interkulturell* ist. Europäer ist derjenige, der die Fähigkeit hat, sich das auf die Schultern zu laden, was er von anderen erhalten hat, um mit unbezwingbarem Eifer der Welt entgegen zu gehen.

Der Europäische Mensch ist mit einem besonders schönen Bild dargestellt, mittels eines literarischen Archetyps: des Aeneas des Virgil. Dieser verlässt Asien und kommt nach Europa, seinen Vater Anchysis auf den Schultern

und an der Hand den Sohn Julius⁶. «Der Europäer erfährt das Alte als etwas, das durch sein Eingepflanzt-werden in einen neuen Mutterboden erneuert wird»⁷. Aus der Kraft dieses Eingepflanzt-werdens in neuen Mutterboden wird das Alte ein Prinzip für Neusein und Entwicklung. Abgesehen von einer Beurteilung des Phänomens Kolonialismus mit seinen schweren Verwerfungen bleibt es unzweifelhaft, dass diese europäische Denkweise (*mind*) sich in der ganzen Welt verbreitet hat.

Falls dieser interpretative Schlüssel der Europäischen Identität plausibel ist, so erfordert ihre wirkliche Interkulturalität die Identifizierung konkreter Termini des derzeitigen nachrangigen (sekundären) Verhaltens. Nicht allein die Ausdehnung der Grenzen der Gemeinschaft, sondern auch die multiethnische, multikulturelle und multireligiöse Immigration muss in Europa einen adäquaten Platz finden, ausgehend von letztgenannter Fähigkeit: also neue verschiedene Akteure auf der Bühne auftreten lassen ohne dabei die Bühne selbst aufzugeben. Eine derartige Nachrangigkeit zu tradieren, weiterzugeben, würde für Europa zur Paralysis der eigenen *traditio* führen. Die traumatisierende Unfähigkeit der Integration von Menschen anderer Ethnien, Kulturen und Religionen, angefangen mit den Nationen des Ostens, würde unerbittlich Europas Untergang bedeuten.

3. Die Quellen des Christentums

Europa ist also aufgefordert, sich sein ursprüngliches Verhalten der Nachrangigkeit wiederanzueignen, indem es dieses in heutige Formen übersetzt, um es fruchtbar für die Interkulturalität werden zu lassen. Dies bedeutet nicht, ein *melting pot* (Schmelztiegel) zu werden, sondern die lebendige Synthese einer Pluralität der Formen. Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Um dies besser verstehen zu können, mag es hilfreich sein, zur Natur des Christentums, das essentiell von der Nachrangigkeit geprägt ist, zurückzukehren. In welchem Sinne hat sich der christliche Glaube verwirk-

licht und verwirklicht er sich noch immer durch das Prinzip der Nachrangigkeit, das er gerade aus der römischen Tradition erhalten hat? Dieses Gleichwertigsein unter anderen hat unsere Fragestellung zu sein – um dem Hauptthema dieser Konferenz treu zu bleiben: *Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der Europäischen Integration* – auf welche Weise kann das Christentum am Aufbau Europas als interkulturelles Projekt mitwirken?

Beginnen wir damit zu betonen, dass dessen Verwirklichung eine Frucht der Natur des eigentlichen und ständig vitalen Kerns des Christentums ist⁸. Am Ursprung des Christentums steht das Ereignis der Transzendenten Wahrheit (*Deus Trinitas / Dreifaltige Gott*), die sich, in Form völligen Geschenkseins, dem Menschen mitteilt. Mit der Inkarnation stellt sich der Eine und Dreifaltige Gott in seiner Absolutheit der Freiheit, die geschichtlich immer dem Menschen zugeordnet ist, ohne zu fürchten, selbst durch das Menschsein hindurch zu müssen⁷. Von diesem Geschenk ging die einzigartige Vision der Beziehung Wahrheit–Freiheit aus, die zum Unterscheidungsmerkmal der westlich-europäischen Gesellschaft wurde⁹. Worin besteht nun diese?

Aus der Kraft seiner trinitarischen Wurzel besitzt die Wahrheit in der jüdisch-christlichen Perspektive die Form einer lebendigen und personalen Wahrheit. Es ist weder eine Idee, noch das Ergebnis einer theoretischen Untersuchung, sondern die Person und die nahe Geschichte des Gottessohnes, der Mensch geworden, gestorben und für uns auferstanden ist, der, ohne etwas von seiner Absolutheit zu verlieren, den Weg der menschlichen Freiheit gewählt hat, um in der Geschichte gegenwärtig zu werden. Daraus folgt, je mehr sich die Wahrheit mitteilt, desto mehr ist die Freiheit aufgefordert. Je mehr sich die Wahrheit anbietet, desto mehr ist die Freiheit herausgefordert. In diesem darin gipfelnden ‚Sich-der-Freiheit-anbieten‘ wirkt die Wahrheit bis zum Äußersten, bis zum Kreuz. Und Sein Sieg in der Auf-

erstehung ist ein glorreicher Sieg, zu einem hohen Preis erkaufte, eben um die menschliche Freiheit zu bewahren.

Mit Jesus Christus und mit dem Christentum ist das Prinzip der *Einheit in Vielfalt*, das im Mysterium der Dreifaltigkeit lebt, kraft seiner Inkarnation in die Geschichte eingetreten und wird auf diese Weise unter Berücksichtigung des Gesetzes der Analogie zum Verstehensprinzip und zum Prinzip der Wertschätzung aller Differenz. Letztere wird nicht nur ertragen, sondern aufgehoben, weil sie in der Einheit von jener Wahrheit bewahrt wird, die bis zum äußersten *Thule* der menschlichen Erfahrung reicht, da die Gefahr besteht, die Unterschiedlichkeit in einer viel radikaleren Weise durch eine mehr oder weniger gewaltsame Loslösung zu verlieren¹⁰.

In diesem Zusammenhang bekräftigt Johannes Paul II., dass «*von der Katholischen Kirche tatsächlich ein Modell der wesenhaften Einheit komme bei aller Unterschiedlichkeit der kulturellen Ausdrucksweisen, ein Wissen um die Zugehörigkeit zu einer universalen Gemeinschaft, die sich verortet, aber sich nicht reduziert auf die lokalen Gemeinschaften, und ein Sinn dessen, was verbindet, jenseits dessen, was trennt*»¹¹.

Liegt nicht vielleicht hier die Berührung einer ähnlichen Beziehung zwischen Wahrheit und Freiheit, die, trotz aller Fehler und Widersprüche, in der Geschichte des Westens ans Licht gekommen ist, die notwendige und segensreiche Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und religiöser Dimension¹²? Die Moderne, die manchmal in harter Auseinandersetzung mit der Kirche bis zu atheistischen und agnostischen Positionen gelangte, hat die Vision der Beziehung Wahrheit – Freiheit in eine Krise gestürzt, indem sie riskierte, einziger Sinn zu sein.

Diese Vision, die behauptete, dass die Freiheit der Wahrheit völligen Raum schaffen muss, war zu vervollständigen durch die volle Integration des Begriffes der *Freiheit für die Wahrheit* mit jenem der *Wahrheit der Freiheit*, was die objektive Anerkennung der *Gewissensfreiheit*, in rechter Wei-

se verstanden, bedeutet. Aber, falls die europäische Moderne die religiöse Erfahrung in gewissem Sinne auf eine größere Authentizität „einengen“ konnte, so konnte sie dies nur dank der Natur des wesentlichen und permanent lebendigen Kerns des theoretischen und praktischen Prinzips der *Vielfalt in der Einheit* tun, das sie vom Christentum erhalten hat.

Genau in diesem Zusammenhang wurde auch die Praxis und die Theorie der Demokratie geboren und konnte sich entwickeln, mit eingeschlossen das freie und geordnete Zusammenleben der Bürger, der Körperschaften und Völker, die einer Zivilgesellschaft Leben verleihen, indem der Staat ihnen in rechter Weise dient. Das Prinzip der *Vielfalt in der Einheit*, das wir als den theoretischen Ursprung des *Verhaltens der römisch-christlichen Nachrangigkeit* erachten können, scheint heute mehr denn je notwendig zu sein, um für die Zukunft Europas eine substanzielle Demokratie sichern zu können, die nicht nur die Fähigkeit besitzt, die aktuelle multikulturelle Herausforderung zu meistern, sondern auch das Antlitz des Kontinents zu erneuern, das sich in einer Werkstatt universeller Zivilisation abzuzeichnen beginnt¹³. Es gibt keine Interkulturalität und Integration ohne Vielfalt in der Einheit.

4. Europa und das Christentum

Aber Prinzipien leben nicht im Abstrakten, in einer “Welt der Ideen”. In dieser Hinsicht, eingedenk der schwierigen geopolitischen Zukunft Europas, kann richtigerweise die Frage nach der Opportunität oder zumindest der Erwähnung des Christentums und der Religionen in der zukünftigen Europäischen Verfassung gestellt werden. Ich habe erwähnt, dass der Text des *Entwurfes eines Vertrages über eine Verfassung für Europa* – im Konsensverfahren am 13. Juni und 10. Juli 2003 vom Europäischen Konvent angenommen – keinerlei Erwähnung des Christentums macht¹⁴. Es finden sich allgemeine Verweise auf ein *religiöses Erbe*¹⁵, auf das *spirituelle*

*Patrimonium*¹⁶, und auf *Kirchen, religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften der Mitgliedstaaten*¹⁷.

Diese Unterlassung – die Johannes Paul II. mehrere Male zur Sprache brachte – scheint eine schlechte Wahl zu sein¹⁸. Die Kritik des Heiligen Vaters ist in der Tat weit entfernt von einem nostalgischen Blick in die Vergangenheit und erwächst aus der Notwendigkeit, zur mühsamen Suche nach dem neuen Gesicht der europäischen Nachrangigkeit beizutragen, das ich in Kürze aufgezeigt habe. Innerhalb dieses Horizontes sind juristisch-institutionelle Begriffe für die Relation Wahrheit – Freiheit zu entwickeln, die allein die rechte Gewissensfreiheit und daher das zivile Zusammenleben garantieren kann¹⁹.

Angesichts der notwendigen geschichtlichen Deklination des Prinzips der Vielfalt in der Einheit, gefordert von der Beziehung Wahrheit – Freiheit, begegnet uns im christlichen Glauben und in seinen institutionellen Formen ein entscheidender Faktor, der der europäischen Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Dies würde von letzterer verlangen – in völliger Unabhängigkeit von irgendeiner Religion, aber in Anerkennung der Rolle der Kirchen und religiösen Gemeinschaften als Sozialsubjekte in einem artikulierten „strukturierten Dialog“ – gleichwertige Prinzipien zu formulieren, wie der Pluralität von Ethnien und Kulturen in Europa zu begegnen ist.

5. Eine neue soziale Rolle für die Religionen in Europa

Was könnte also, in positiver Weise, die neue Gestalt der Religionen in Europa sein, ungeachtet der aktuellen Brüchigkeit der Geschichte? Einige Autoren sprechen sich für die Notwendigkeit der Anerkennung einer *öffentlichen pluralen und religiös qualifizierten Sphäre* aus, in der die Religionen eine *Rolle als öffentliches Subjekt*, jedoch in Unterscheidung zur politi-

schen Gesellschaft und zur Zivilgesellschaft ausfüllen²⁰. Seitens der Politik würde es sich darum handeln, die passive Toleranz gegenüber den Religionen durch ein Verhalten der “aktiven Öffnung” zu überwinden, so dass die öffentliche Bedeutung der Religion nicht auf die vom Staat anerkannten Bereiche des Konkordates reduziert wird²¹. Von Seiten der Religionen wäre es notwendig, Selbstinterpretationen von privatistischer oder fundamentalistischer Natur zu verbannen, um Raum zu schaffen für den direkten Austausch mit den anderen Religionen und anderen Kulturen; ein Raum des Dialoges, in dem die Religionen öffentlich Vorschläge zum Wohl einer Wertegesellschaft unterbreiten und ihr geschichtliches Urteil zum Ausdruck bringen können²².

Fazit: «Der öffentliche, religiös geprägte Raum ist jener in einer Zivilgesellschaft, der als ein Feld der Begegnung unter Subjekten definiert ist, die in einen sozialen Austausch (des Marktes und der sozialen Integration) eintreten, die nicht ihrer eigenen religiösen Zugehörigkeit beraubt sind, sondern sich durch diese Zugehörigkeit auszeichnen, und die interagieren, indem sie diese Zugehörigkeit im Kontext einer politischen Demokratie wertschätzen, die das Verhältnis unter den verschiedenen Religionen mittels der Interaktion regelt. Dieser Ort gesellschaftlicher Beziehungen, wird von den selbigen Religionen in dem Augenblick realisiert, in dem sie außerhalb ihrer selbst mittels des Einflusses ihrer sozial aktiven Mitglieder handeln»²³.

Ein solcher Vorschlag respektiert die Tatsache, dass sich «die Freiheit immer mehr als ein relationales Phänomen offenbart»²⁴, genau in Einklang mit dem, was ich bezüglich seiner strukturellen Beziehung zur Wahrheit sagen wollte.

6. Subsidiarität und Zeugnis

Schließen möchte ich mit zwei Beobachtungen praktischer Art, die, meiner Ansicht nach, zwei Hauptadern für den Aufbau eines Europas als interkulturelles Projekt konstituieren müssten.

Vom institutionellen Blickpunkt aus betrachtet scheint mir, dass nur das Prinzip der Subsidiarität die Fähigkeit besitzt, grundsätzlich die diversen kulturellen, personalen und gemeinschaftlichen Subjekte zu garantieren, die zum Interagieren und zum Aufbau einer interkulturellen europäischen Gesellschaft notwendig sind. Eventuelle Spaltungen, die zwischen Traditionen und Kulturen Nordeuropas und Südeuropas, oder zwischen denen des Westens und Ostens des Alten Kontinents entstehen könnten, können zu Faktoren der gegenseitigen Bereicherung nur innerhalb eines institutionellen Rahmens werden, der aus der Kraft des Prinzips der Subsidiarität gewaltsame kulturelle und ungeschichtliche Hegemonie untersagt (ich denke z.B. an Themen wie Familie und Bioethik).

Welche menschliche und kulturelle Position garantiert dieses Prinzip? Hier folgt die zweite Beobachtung. Die tiefe Logik einer echten Beziehung zwischen Kulturen impliziert immer die Selbstexponierung der Subjekte, die die Kultur leben und entwickeln. Für Christen kann dies im Begriff des Zeugnisses zusammengefasst werden²⁵. Das Zeugnis – Ausdruck der Freiheit des Gläubigen, der sich selbst exponiert um die Wahrheit zu bezeugen – offenbart sich in dieser Weise für die Christen wie eine Chiffre auch im interkulturellen und interreligiösen Dialog. Nur die zeugnishaft Selbstaussetzung, das ist jener Selbstbesitz in der Zerstreung, der sich in seiner höchsten Ausdrucksform Martyrium nennt, verwirklicht in Vollendung den interkulturellen und interreligiösen Dialog.

Im einzelnen Akt des Zeugnisses benützt die Freiheit, die unwiderruflich über sich selbst entscheidet, jegliche Umstände und jegliche Beziehung, ohne irgendwelche Vorbehalte, um ihren Bezug zur Wahrheit zu beweisen.

In diesem Sinne braucht Europa die Synthese aus Okzident und Orient, seine beiden berühmten Lungenflügel – einen neuen Aeneas. Warum sollten wir nicht als Bild für das zukünftige Europa den Benediktiner De Chergé sehen, den Prior von Tibhir, der mit leuchtender Selbsthingabe den Weg gewählt hat, den authentischen europäischen *mind* in die gequälte Erde Algeriens einzupflanzen, um sie fruchtbar werden zu lassen durch das Blut seines Martyriums? ■

Anmerkungen

¹ Vgl. A. MACCHI, Die griechische EU-Präsidentschaft, in: *La Civiltà Cattolica*, 154 (2003) v. III, S. 298-302.

² “Die Geschichte zeigt uns allerdings Fälle von Spaltungen, die große Ähnlichkeit haben mit dem Bruch, der möglicherweise im Westen im Lauf der nächsten Jahrzehnte stattfinden wird. Gegen Ende des dritten Jahrhunderts zum Beispiel teilte sich das Imperum Romanum in zwei große administrative Einheiten auf: In einem relativ kurzen Zeitraum wurden Rom und Konstantinopel aufgrund der Missachtung ihres gemeinsamen kulturellen und politischen Erbes Rivalen; die gemeinsame Religion wurde für heftige, die christliche Lehre betreffende Diskussionen instrumentalisiert, während gleichzeitig ein Prozess begann, der die Einheit des Imperiums durch Konflikte in eine Krise stürzte, die schließlich Rom zur unumkehrbaren Niederlage führte. Die Europäische Union steht an der Einmündung in eine Straße, die in einigen Aspekten analog erscheint zu jener, die Konstantinopel dazu verleitete, sich vom alten Tutor zu trennen. Wie die zwei Teile des alten Römischen Reiches so beginnen auch Europa und die Vereinigten Staaten sich voneinander zu distanzieren, sei es aufgrund unterschiedlicher ökonomischer Interessen, sei es wegen ihrer Ausrichtung auf unterschiedliche kulturelle Werte,” C. A. KUPCHA, *Die letzten Tage des Westens*, in: *Vita e Pensiero* 86 (2003) Nr. 3, S. 25-31, hier S. 30.

³ Johannes Paul II. greift in der apostolischen Exhortation *Ecclesia in Europa* dasselbe Thema auf, indem er bekräftigt, dass “die mit einem am Evangelium orientierten Unterscheidungsvermögen gelebte synodale Erfahrung das Bewusstsein der Einheit reifen ließ, das die verschiedenen Teile Europas verbindet, ohne die aus den unterschiedlichen Geschichtserfahrungen herrührenden Unterschiede zu leugnen. Es ist eine Einheit, die aufgrund ihrer Verwurzelung in der gemeinsamen christlichen Inspiration die unterschiedlichen kulturellen Traditionen zusammenzuführen vermag und die auf gesellschaftlich-sozialer wie auf kirchlicher Ebene einen fortgesetzten Weg gegenseitigen Kennenlernens verlangt, das sich einem größeren Austausch der Werte des Einzelnen öffnet.“, *Ecclesia in Europa*, S. 4.

⁴ M. HEIDEGGER, *Der europäische Nihilismus*, Hrsg.: Franco Volpi, Mailand, Adelphi 2003.

- ⁵ Vgl. R. BRAGUE, *Die Zukunft des Westens*, Rusconi, Mailand 1998, S. 118-119.
- ⁶ Vgl. VIRGIL, *Aeneas II*, S. 701-725.
- ⁷ R. BRAGUE, *Die Zukunft ...*, S. 43.
- ⁸ Zusammenfassend greife ich die Gedanken auf, die ausgeführt sind in: A. SCOLA, *Christentum und Religionen in Europas Zukunft*, in: SENATO DELLA REPUBBLICA, *Die Identität Europas und ihre Wurzeln*, Rubbettino, Soveria Mannelli 2002, S. 36-48.
- ⁹ Dieses Thema habe ich behandelt in: A. SCOLA, *Freiheit, Wahrheit und Heil*, in: M. SERRETTI (Hrsg.), *Einmaligkeit und Universalität Jesu Christi. Im Dialog mit den Religionen*, San Paolo, Cinisello Balsamo 2001, S. 11-16.
- ¹⁰ Die Kirche *“hat die Aufgabe, bei den Christen Europas den Glauben an die Dreifaltigkeit zu stärken, da sie sehr wohl weiß, dass dieser Glaube von einer echten Hoffnung für den Kontinent kündet. Viele der oben erwähnten großen Paradigmen, die der europäischen Kultur zugrunde liegen, haben ihre tiefsten Wurzeln im trinitarischen Glauben. Dieser enthält ein außerordentliches spirituelles, kulturelles und ethisches Potential, das unter anderem die Fähigkeit besitzt, einige der großen Fragen zu erhellen, die heute in Europa anstehen, wie die soziale Auflösung und der Verlust eines Bezugspunktes, der dem Leben und der Geschichte Sinn gäbe.“*, Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, S. 19. -- In gleicher Weise bekräftigt Kardinal Ratzinger, dass *“das Christentum, wie es bekannt ist, in Europa nicht stumm ist, jedoch in Kleinasien – jenem geographischen Ort, an dem sich die drei Kontinente Asien, Afrika und Europa treffen. Dieser Kontakt war niemals nur geographischer Natur, sondern auch geprägt von den spirituellen Strömungen der drei Kontinente. Aus diesem Grund gehört die “Interkulturalität” in seiner ursprünglichen Form dem Christentum an.“* J. RATZINGER, *Glaube, Wahrheit, Toleranz. Das Christentum und die Religionen der Welt*, Cantagalli, Siena 2003, S. 88-89.
- ¹¹ Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, S. 116.
- ¹² Vgl. Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, S. 108-109.
- ¹³ Ein gesunder Realismus erfordert, verschiedene Ereignisse nicht zu ignorieren, wenn die Gefahr einer Konfrontation zwischen Gesellschaften zur Sprache kommt, vgl. S. P. HUNTINGTON, *The clash of civilizations and the remaking of world order*, Simon & Schuster, New York 1997.
- Ebenso, wenn auch mit einigen Unterschieden, siehe auch: A. FINKIELKRAUT, *La défaite de la pensée: essai*, Gallimard, Paris 1989; J. PALACIOS ROMEO, *La civilización de choque. Hegemonía occidental, modernización y estado periférico*, Centro de Estudios Políticos y Constitucionales, Madrid 1999; R. D. KAPLAN, *The Coming Anarchy. Shattering the Dreams of the Post Cold War*, Random House, New York 2000.
- ¹⁴ In diesem Zusammenhang betont der Heilige Vater: *“Unter den vielen, auch anlässlich der Synode ausführlich erwähnten Aspekten möchte ich den Verlust des christlichen Gedächtnisses und Erbes anführen, der begleitet ist von einer Art praktischem Agnostizismus und religiöser Gleichgültigkeit, weshalb viele Europäer den Eindruck erwecken, als lebten sie ohne geistigen Hintergrund und wie Erben, die ihre Erbschaft verschleudert haben, die ihnen von der Geschichte übergeben wurde. Daher*

*ist es nicht allzu verwunderlich, wenn versucht wird, Europa ein Gesicht zu geben, indem man unter Ausschluss seines religiösen Erbes und besonders seiner tief christlichen Seele das Fundament legt für die Rechte der Völker, die Europa bilden, ohne sie auf den Stamm aufzupropfen, der vom Lebenssaft des Christentums durchströmt wird.“, *Ecclesia in Europa*, S. 7.*

¹⁵ In der Präambel steht: „Schöpfend aus kulturellen, humanistischen und religiösen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und die Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben,“

¹⁶ Vgl. Teil II, Menschenrechtscharta der Union. Präambel.

¹⁷ Vgl. Teil I, Titel VI: Das demokratische Leben der Union, Art. 51: Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften.

¹⁸ Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, S. 114; siehe auch Angelusgebet, 27. Juli 2003, und Rede vor den Teilnehmern des III. Internationalen Forums der Alcide De Gasperi Stiftung, 23. Februar 2002, Nr. 3.

¹⁹ Vgl. J. PRADES LÓPEZ, *Der Mensch zwischen Volkszugehörigkeit und Weltoffenheit. Anthropologische und theologische Grundlagen für die Diskussion des Themas Multikulturalität*, in «*Il Nuovo Aeropago*» 20 (2001) Nr. 1, S. 5-32.

²⁰ Vgl. P. DONATI, *Die Zivilgesellschaft als öffentlichen, religiös geprägten Raum denken*, in AA. VV., *Multikulturalität und Identität*, Hrsg. C. Vigna und S. Zamagni, *Vita e Pensiero*, Milano 2002, S. 51-106.

²¹ Vgl. Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, S. 114.

²² Ebenso zu beachten ist die Ausführung von Johannes Paul II. zum interreligiösen Dialog im europäischen Kontext: Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, S. 55-57.

²³ P. DONATI, *Die Zivilgesellschaft ...*, S. 92.

²⁴ *Idem*, S. 104.

²⁵ Vgl. A. SCOLA, *Welche Grundlagen? Einleitende Bemerkungen*, in: «*Rivista Internazionale di Teologia e Cultura. Communio*» Nr. 180 (2001) Nr. 6, S. 14-28.

Kirche und Kultur im neuen Europa

Kardinal Paul Poupard

„Europas christliche Wurzeln sind nicht ein Mahnzeichen religiöser Exklusivität, sondern vielmehr das Fundament der Freiheit, da sie aus Europa einen Schmelztiegel verschiedener Kulturen und Erfahrungen machen.“ So zitierte vergangenen Montag der Osservatore Romano Papst Johannes Paul, der fortfuhr: „Sie zu vergessen, wäre nicht ratsam. Sie nur vorauszusetzen, würde nicht unsere Seelen erhellen. Über sie den Mantel der Verschwiegenheit zu decken, würde unsere Herzen welken lassen...Ich bin gänzlich davon überzeugt, dass Europa, fest verankert in seinen Wurzeln, den Prozess einer inneren Union beschleunigen wird und seinen unverzichtbaren Beitrag zu Fortschritt und Frieden unter allen Völkern dieser Erde leisten wird.“¹ Woche für Woche, Angelus für Angelus, hat seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II., Polens segensreiches Geschenk an die Kirche, zu diesem Thema Stellung genommen. Vor diesem Hintergrund habe ich auch meine

Rede „Kirche und Kultur im neuen Europa“ geschrieben, nachdem ich mit großer Freude von Kardinal Franciszek Macharski und Bischof Tadeusz Pieronek die Einladung zu dieser Konferenz erhalten hatte, die in Zusammenarbeit mit der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Robert-Schuman-Stiftung und dem Verlag „Wokół nas“ organisiert wurde.

1. **„In der Person des Menschen selbst liegt es begründet, dass sie nur durch Kultur zur wahren und vollen Verwirklichung des menschlichen Wesens gelangt.“**² Diese Feststellung des 2. Vatikanischen Konzils in der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et spes*, erklärt zum Teil die Existenz des pastoralen Ansatzes der Kirche hinsichtlich der Kultur. Die grundlegende Mission der Kirche, Gemeinschaft des Glaubens, der Hoffnung und der Nächstenliebe³, ist die Verkündigung Jesu Christi, Licht aller Nationen⁴, allen Menschen und Kulturen. Das Mysterium des christlichen Glaubens stimuliert und fördert die menschliche Kultur und eine Bürgerkultur.

2. Im Jahr 1980 rief mich Johannes Paul von Paris, wo ich Rektor des *Institut Catholique* war, nach Rom, um ein großes kulturelles Projekt in die Hand zu nehmen, aus dem der **Päpstliche Rat für die Kultur**, dessen Präsident ich heute bin, hervorgehen sollte. Dieser Rat des Heiligen Stuhls will Katalysator für eine dynamische Wirkung zwischen der Kirche und den Kulturen unserer heutigen Zeit sein. Er möchte den einzelnen Kirchen helfen, die Hoffnungen und Visionen der Menschen zu wandeln; eine Aufgabe, die in der Natur der Kirche liegt, da sie gleichzeitig als Wegweiser und Instrument des Heiles wirkt, das die Augen der Menschen auf Gott und Größeres hin ausrichtet und der Realität der mannigfaltigen Kulturen ins Auge sieht, durch die „der Mensch seine vielfältigen geistigen und körperlichen Anlagen ausbildet und entfaltet“.⁵

3. Im Kontext der Erweiterung Europas, ist es Anliegen der Kirche – Paul VI beschrieb sie anlässlich seines Besuches bei den Vereinten Nationen als

Experten der Humanität⁶ – sich selbst in den Dienst der Völker unserer Zeit zu stellen, auf dass die europäische Kultur oder besser **die europäischen Kulturen florieren**, so dass wiederum ihre Bürger prosperieren und einer Christus-ähnlichen Perfektion entgegengehen. Der Prozess der europäischen Integration, mit den ersten Anfängen der Montanunion beginnend, hat sowohl natürliche als auch spirituelle Dimensionen. Die Pluralität der Kulturen verbunden mit einem gemeinsamen Willen war ein nötiger Faktor im Prozess wirtschaftlicher, sozialer und juristischer Integration⁷; die verschiedenen Institutionen, inspiriert von ethischen Werten, geben dem europäischen Gedanken Bedeutung und Richtung.

Es ist dieser letztere Aspekt, der eine spirituelle Dimension besitzt und deshalb einer Seele bedarf. Denn der Mensch ist nicht nur ein Tier, ein Wesen der Natur, das um das Überleben kämpft, sondern ein kulturelles Wesen, das danach strebt, zu gedeihen und durch natürliche Mittel Erfüllung zu erreichen. Ich erinnere an das zweite vor-synodale Symposium im Jahr 1999, das mich der Heilige Vater zum Thema *Christus, die Quelle einer neuen Kultur Europas an der Schwelle zum Neuen Jahrtausend* zu organisieren bat. Auf diesem Symposium unterstrich Stanisław Grygiel, die Bedeutung der spirituellen Natur, in dem er sagte, dass Europa auf spirituellen Fundamenten gebaut ist, die sich auf Christus Angebot der ewigen Freiheit gründen⁸. Die Kirche erkennt diese spirituelle Natur Europas an und stellt sich in ihren Dienst.

4. „In Hinblick auf eine dem Evangelium gemäße Vorbereitung besteht das vorrangige Ziel der Kulturpastoral darin, den Sauerteig des Evangeliums unter die Kulturen zu mischen, um das Menschen- und Gesellschaftsverständnis, welche die Kultur prägen, das Verständnis von Mann und Frau, von Familie und Erziehung, von Schule und Universität, von Freiheit und Wahrheit, Arbeit und Freizeit, Wirtschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Kunst im Licht der Offenbarung von innen heraus zu erneuern und zu verwandeln.“⁹ Diese Erneuerung und Transformation zeigt sich in Europa

klar in der Präsenz von Werten, die von der Heiligen Schrift inspiriert sind, wie uns der Heilige Vater vor kurzem lehrte: „einige der grundlegenden Werte des christlichen Glaubens haben das Ideal der Demokratie und die Menschenrechte des modernen Europas inspiriert“¹⁰.

Bei anderer Gelegenheit unterstrich er: „Im Integrationsprozess des Kontinents ist es von grundlegender Bedeutung zu berücksichtigen, dass die Union keinen festen Bestand haben wird, wenn sie nur auf geographische und ökonomische Dimensionen beschränkt bliebe; vielmehr muss sie vor allem in einer Übereinstimmung der Werte bestehen, die im Recht und im Leben ihren Ausdruck finden“¹¹. Die Identifizierung dieser Werte ist eine andauernde Aufgabe, und in ihrem Sinne wurden unzählige Symposien und Konferenzen abgehalten, nicht zuletzt durch Katholische Kulturzentren¹², die u.a. Wahrheit, Frieden, Gemeinschaft, Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit, menschliche Würde, Vergebung und *μετάνοια*¹³ ausgemacht haben.

Neben der Wahrnehmung von Werten und Gegen-Werten, assistiert die Kirche auch dabei, **Kriterien** aufzuzeigen, auf deren Basis, selbstverantwortlich und in Übereinstimmung mit ihrem Gewissen, Menschen verschiedenster Berufe, wie z.B. Politiker, Entscheidungen treffen können. Hier beispielhaft eine Reihe von Kriterien: „Achtung vor der Würde der menschlichen Person und vor ihren Rechten, einschließlich des Rechts auf Schutz der Privatsphäre; Dienst an der Wahrheit, an der Gerechtigkeit und an den menschlichen, kulturellen und geistigen Werten; Achtung der verschiedenen Kulturen, wobei verhindert werden muss, dass sie sich in der Masse verlieren; Schutz der Minderheitengruppen und der Schwächsten; Suche nach dem Gemeinwohl über Sonderinteressen bzw. das Überwiegen rein wirtschaftlicher Kriterien hinaus.“¹⁴

5. Über diese Werte und Kriterien noch hinaus gehen die Tugenden, die wie Säulen den Prüfungen der Zeit widerstehen. Die Kraft und der Mut einzelner Menschen und die Gnade Gottes, die in ihnen wirkt, machen die Realisierung von Werten möglich. Die humanistische Kultur Platons und

Aristoteles beruht auf den Tugenden der Besonnenheit, der Gerechtigkeit, der Mäßigung und der Tapferkeit. Dann trat das Licht Christi in das Halbdunkel der Welt, veredelte diese Tugenden und brachte sie zur Erfüllung in den theologischen Tugenden; die Menschwerdung Christi brachte der Welt die Liebe Gottes, dessen Geist unter uns weilt, um unser Leben mit Hilfe seiner Gnade in Glauben, Hoffnung und Nächstenliebe zu vervollkommen. Eben diese Tugenden möchte ich Ihnen heute in Erinnerung rufen.

6. Der **Glaube** findet sein Fundament, sein Ziel in Christus. Wir glauben an einen Gott, der uns so sehr geliebt hat, dass er seinen eingeborenen Sohn sandte, damit dieser für uns auf Golgatha stürbe. Als Christen nehmen wir diesen Schöpfergott an, indem wir unseren Glauben leben, den wir aus Gnade empfangen haben. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass „ein Glaube, der nicht Kultur wird, ein nicht wirklich angenommener Glaube, ein nicht völlig zu Ende gedachter, nicht ehrlicher Glaube ist“¹⁵. Denn der Glaube verwirklicht sich in den Kulturen, in denen wir leben, und führt diese Kulturen zur Vollendung.

Der Glaube an Christus, durch den sich der Mensch völlig Gott anvertraut¹⁶, „besitzt die Kraft, das Herz jeder Kultur zu erreichen, sie zu reinigen, fruchtbar zu machen, zu bereichern und zu einer Entwicklung zu befähigen, die der maßlosen Liebe Christi entspricht“¹⁷. Ein lebendiges Beispiel hierfür ist unser geliebtes Europa, das durch das Christentum geformt und gestaltet wurde: seine Universitäten, Künstler, Museen, Musiker und sogar Politiker haben eine lange Geschichte mit Christus als Quelle der Inspiration.

Einer dieser Politiker, Robert Schuman, der Vater Europas, strebte eine Seele Europas an¹⁸. Solch eine Seele würde Europa über bloße wirtschaftliche und politische Strukturen hinaus einen und ihm sowohl Richtung als auch Integrität, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart und Zukunft geben. Europa, als ein geeintes Volk mit mannigfaltigen Kulturen, sollte weiterhin Inspiration und Führung in Gott suchen. Der

Heilige Vater erinnert uns unermüdlich daran, dass der Glaube, „eine Gabe ist, die der geistigen und kulturellen Einheit der europäischen Völker zugrunde liegt und die noch heute und in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Entwicklung und Integration darstellen kann“¹⁹.

Der Glaube ist ein Gegenmittel gegen die säkularisierten Kulturen. Auf unserem Kontinent – in manchen Regionen zeigen sich die unglücklichen Anzeichen von Entchristianisierung – hat die lange Tradition des Christentums Werte etabliert, wie Solidarität, großmütigen Einsatz für andere, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Komplementarität zwischen Mann und Frau, Offenheit, Dialogbereitschaft und Sensibilität für ökologische Themen. Eben diese Werte sind jedoch in Gefahr, wenn der Mensch derart auf sich selbst fixiert ist, dass er seinen Schöpfer vergisst; diese Werte laufen Gefahr, von der Strömung kultureller Transition weggespült zu werden, wenn Europa nicht in ihnen fest verankert ist. Bewahren Sie Europa davor, seine Wurzeln aufzugeben! Die Lehren der Geschichte sind offensichtlich: eine Stadt, die abseits von Gott gebaut wird, wird früher oder später irreversibel zugrunde gehen.

Die Kirche sieht mit Wohlgefallen auf die Länder²⁰, die am 1. Mai nächsten Jahres der Europäischen Union beitreten werden, und betet, dass sie den christlichen Werten neuen Schwung verleihen werden, der Tendenz religiöser Indifferenz und Achtlosigkeit entgegen, die derzeit von einigen Teilen Europas Besitz ergreift. Der ‚Glaubensinput‘ dieser Länder wird den zunehmenden Glaubensstrom noch verstärken, der sich über Europa ergießt und in den Weltjugendtagen, neuen Missionen, Märtyrern, Zeugen unserer Zeit²¹, Volksglauben und Heiligenverehrung sichtbar wird. Anlässlich der Heiligsprechung von Josef Sebastian Pelczar und Urszula Ledochowska sagte der Heilige Vater: „Die Kirche Europas benötigt das polnische Glaubenszeugnis.“²². Er hatte Recht! Europa braucht das Vorbild Ihrer Kulturen und Ihrer Fähigkeit, den Glauben auch in schwierigen Zeiten und Zeiten der Verfolgung zu bewahren. Denn heute bedroht eine neue Form des Atheismus den Glauben. An die Stelle von totalitären Regimen sind **Achtlo-**

sigkeit, Ignoranz und Apathie getreten, und sie sind ebenso gefährlich – wenn nicht sogar gefährlicher. Erlauben Sie mir, das Wort des Heiligen Vaters auch auf die anderen Beitrittsländer zu beziehen: Europa benötigt Ihr Glaubenszeugnis.

Wir können viel vom Glaubenszeugnis der Polen lernen. Während des ersten vor-synodalen Symposiums im Jahr 1991 mit dem Titel *Christentum und Kultur in Europa – Gedächtnis, Bewusstsein*, das mich der Heilige Vater bat, für das erste Treffen der europäischen Bischöfe nach der Implosion des atheistischen Sowjetimperiums zu organisieren, rezitierte Stefan Frankiewicz einige der Erfahrungen und Formen der Inkulturation des Christentums in Polen, die Europa bereichern könnten: der Volkskatholizismus und die Autorität und der Einfluss der Kirche auf das soziale Leben; die Rückkehr von Künstlern und Intellektuellen in die Kirche, die Katechese und der Sinn für das Heilige; eine wahre Theologie der Befreiung, verkörpert durch *Solidarność*, die soziale Unterstützung und Wandel anbot, ohne zur Gewalt Zuflucht zu nehmen; das Zeugnis des Leidens und Opfers für Christus und seine Kirche²³.

Die Verletzung der Menschenwürde ist das bittere Ergebnis der Gottesverleugnung, des Vergessens von Gott. Indem sie die Weitergabe des Glaubens von einer Generation zu nächsten sicherstellt, durch Glaubenszeugnis und Lehre, kann die Kirche, als ein Volk Gottes, das durch und in verschiedenen Kulturen wächst und Frucht bringt²⁴, eine Bereicherung für die Kulturen Europas sein, denn „die Heilige Schrift stellt für sie keine Gefahr dar oder macht sie nicht ärmer, sondern trägt viel mehr zu ihrer Freude und Schönheit, Freiheit und Sinn, Wahrheit und Güte bei“²⁵. Die Kirche, Sakrament des Heils, bietet der Welt das Geschenk des Glaubens, das den Kulturen eine neue Dimension verleiht, die Dimension der Hoffnung auf das Reich Gottes. Es ist die Berufung der Christen, den Kulturen diese Hoffnung auf eine neue Erde und einen neuen Himmel zu vermitteln. Auf diese Hoffnung möchte ich im folgenden weiter eingehen.

7. Ein tieferes Verständnis dieser Hoffnung, das war das wichtigste Ziel der Zweiten Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa, bei der mir gemeinsam mit meinen Freunden Kardinal Franciszek Macharski und Joachim Meisner, das Amt des *President-Delegate* oblag. Das post-synodale apostolische Schreiben *Ecclesia in Europa*, greift das Thema, Jesus Christus, lebendig in seiner Kirche, Quelle der Hoffnung für Europa, auf.

Jesus Christus lebt. Er ist auferstanden! Aus diesem Grund ist die Kirche nicht nur ein Museum, das versucht, das Gedenken an die Vergangenheit durch Kunst und Wissenschaft weiter zu geben, sondern sie agiert und lebt in unserer heutigen Zeit und verbreitet die Botschaft der Hoffnung auf einen Retter, dessen Liebe für uns keine Grenzen kennt. Die Berührungspunkte der Kirche mit Europa sind nicht auf die Geschichte beschränkt, sondern es handelt sich um eine lebendige Begegnung in der Gegenwart, die auch in der Zukunft weiter bestehen wird, wobei die Kirche von ihrer Beziehung zu Gottes Sohn angespornt wird. "Jesus Christus ist unsere Hoffnung, denn er offenbart das Mysterium der Dreifaltigkeit"²⁶. Diese einfache, aber ewig gültige Wahrheit muss zur Schaffung europäischer Strukturen beitragen, die sich von den Werten der Heiligen Schrift inspirieren und an ihnen messen lassen sollten, um Leben, Geschichte und Kultur der verschiedenen Völker dieses Kontinents besser fördern zu können²⁷.

Als Quelle aller Hoffnung ist Jesus Christus die Erfüllung der Sehnsucht nach Glück, die der Mensch weiterhin im Herzen trägt²⁸. In Europa suchen die Menschen nach einer spirituellen Dimension ihres Lebens²⁹, aber diese Suche bleibt ergebnislos, wenn sie allein auf eine egozentrische Wohlfühl-Erfahrung ausgerichtet ist; diese dem Menschen eigene Sehnsucht kann nur durch eine aufrichtige Beziehung zu einem transzendenten Gott wirklich gestillt werden. Gemeinsam mit dem Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog hat der Päpstliche Rat für die Kultur ein vorläufiges Dokument über New Age geschrieben³⁰, um mitzuhelfen, auf diese *religiöse* und *kulturelle* Herausforderung eine Antwort zu geben. Die Antwort setzt Wissen,

Unterscheidungskraft, Respekt, Sanftmut und Hoffnung voraus³¹, denn, wenn man dieses kulturelle Phänomen mit dem christlichen Glauben vergleicht, dann wird klar, dass während letzterer eine wahre Quelle lebendigen Wassers für den nach Christus Dürstenden ist, „stellt sich die *New Age Bewegung* als eine falsche utopische Antwort auf den tiefen Durst des Menschen heraus“³².

Angetrieben von der Hoffnung auf Christus, ist der Mensch vor Egoismus und Egozentrismus geschützt; in seiner Beziehung zum Vater findet er eine Antwort auf Entmutigung und eine Stütze in Zeiten der Angst. Die Folgen der Herabstufung des Menschen zu einem bloßen Konsumenten, wo private Laster zu öffentlichen Tugenden werden, werden ins Gegenteil umgekehrt. D.h. der Mensch gewinnt seine Würde zurück. Eine Vision einer solchen Würde enthält das *Vater unser*, die Zusammenfassung all dessen, was uns die Hoffnung ersehnen lässt: dass das Reich Gottes komme, dass Sein Wille auf Erden geschehe, dass wir unser täglich Brot erhielten, und dass eine Gemeinschaft der Vergebung und der Liebe entstehen möge, wo Versuchung und Bösem widerstanden wird. Eine bessere Zusammenfassung dessen, woran der europäische Traum sich orientieren sollte, lässt sich kaum finden.

8. Christus, perfektes Beispiel der **Nächstenliebe**, muss unser Vorbild sein. So wie mein eigener Patron, der Apostel Paulus uns lehrte: „die Liebe ist langmütig, die Liebe ist gütig. Sie ereifert sich nicht, sie prahlt nicht, sie bläht sich nicht auf. Sie handelt nicht ungehörig, sucht nicht ihren Vorteil, lässt sich nicht zum Zorn reizen, trägt das Böse nicht nach. Sie freut sich nicht über das Unrecht, sondern freut sich an der Wahrheit. Sie erträgt alles, glaubt alles, hofft alles, hält allem stand“³³.

Die Nächstenliebe ist nicht nur die bindende Kraft aller anderen Tugenden, sie ist auch das verheißungsvollste Mittel, damit die Nationen Europas und in der Tat alle Nationen eine Haltung des gegenseitigen Respekts annehmen, die Feindschaft und Streit fernhält. Eine Harmonie, die unerlässlicher

Bestandteil der europäischen Integration ist. Diese Harmonie jedoch wird noch reicher sein, wenn sie sich nicht in sich selbst verschließt, sondern offen für andere ist, insbesondere solidarisch mit den Armen, seien sie in Europa oder jenseits seiner Grenzen in Afrika, Asien oder anderen Regionen von Gottes Schöpfung. Denn wenn man von „Europa“ spricht, muss dies gleichbedeutend mit „Offenheit“ sein³⁴.

Sowohl die Religion als auch die Politik stehen im Dienst der Armen. Ich erinnere hier an die Worte von Papst Pius XI., einen Zeitgenossen von Robert Schuman: „die Politik, die sich um die Interessen der gesamten Gesellschaft sorgt, ist das größte Feld der Nächstenliebe. Es gibt keinen größeren Bereich mit Ausnahme der Religion“³⁵. Nächstenliebe ist ein essentieller Bestandteil der Politik, den die Europäische Union die Möglichkeit und auch die Verantwortung hat, zu pflegen und zu fördern. Denn Institutionen, die von der Nächstenliebe geprägt sind, sind Institutionen, die sich nicht nur für sich selbst interessieren, sondern für das Gemeinwohl. Dies unterstrich auch Papst Johannes Paul II. bei anderer Gelegenheit: „Die Liebe ist eine große, tief in den Kulturen verborgene Kraft, die diese dazu drängt, ihre unheilbare Endlichkeit zu überwinden, indem sie sich selbst Ihm öffnen, der ihr Ursprung und Ende ist, und ihnen, wenn sie sich seiner Gnade öffnen, bereichernde Fülle schenkt“³⁶.

9. Lassen Sie mich zusammenfassend den Wunsch der Kirche nochmals aufgreifen, „Europa möge in einer Gesinnung der Treue zu seiner humanistischen und christlichen Tradition den Primat ethischer und spiritueller Werte garantieren“³⁷. Der Mensch wird sich durch den Glauben an Gott seiner eigenen Würde bewusst, und dessen, dass er inspiriert durch die Hoffnung auf Gott in Nächstenliebe leben und prosperieren kann. Im Prozess der europäischen Integration ist es Aufgabe der Kirche, dem Menschen seinen wahren Status als Gegenstand der barmherzigen Liebe Gottes aufzuzeigen, so dass er, auch wenn sich seine Visionen, seine Sehnsucht und seine Kultur ändern, eine Kultur der Liebe verfolgen kann, die per De-

definition nie zugrunde geht³⁸. Es ist die Aufgabe der Kirche, den Menschen unserer Zeit die Harmonie, die von Christus befreiender Umarmung ausgeht, zu zeigen, so dass der Aufruf des Heiligen Vaters Johannes Paul II. vom 31. August wahr werde: „dass Europa eine Symphonie von Nationen werde, der Errichtung einer Gesellschaft der Liebe und des Frieden verpflichtet“³⁹. ■

Anmerkungen

- ¹ Johannes Paul II, Botschaft anlässlich des XVII Gebetstreffens für Frieden unterstützt von der Gemeinschaft St. Egidio, 5. September 2003, in: *Osservatore Romano* vom 8-9 September 2003.
- ² II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, S. 53.
- ³ II. Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche *Lumen gentium*, S. 8.
- ⁴ *Lumen gentium*, S. 1.
- ⁵ *Gaudium et spes*, S. 53.
- ⁶ Vgl. Paul VI, Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 4. Oktober 1965.
- ⁷ Vgl. B. Ardura, *L'Europe. Vers l'union politique et économique dans la pluralité des cultures*, in: *Cultures et foi*, IX-2 2001, S. 135-139.
- ⁸ Vgl. S. Grygiel, *L'uomo nuovo ricreato da Cristo costruisce una nuova Europa*, in: *Il Nuovo Areopago*, Anno 18, 1-2/1999, S. 17-24.
- ⁹ Päpstlicher Rat für die Kultur, *Für eine Kulturpastoral*, Vatikan Stadt 1999, 25.
- ¹⁰ Johannes Paul II, *Gedanken zum Angelusgebet*, 17. August 2003, in: *Osservatore Romano* vom 18. August 2003.
- ¹¹ Johannes Paul II, Nach-Synodales Apostolisches Schreiben *Ecclesia in Europa*, 18. Juni 2003, S. 110.
- ¹² Als englisches Beispiel kann z.B. das Ceifin Symposium dienen, über das in *Values and Ethics, Can I Make a Difference ?*, H. Bohan and G. Kennedy, Veritas, Dublin 2003, berichtet wurde.
- ¹³ Vgl. die Diskussion über die Bedeutung dieser Werte in Europa in S. Frankiewicz, *Chrystus obywatelom Europy*, in *Chrześcijaństwo i kultura w Europie, Akta sympozjum presynodalnego Watykan*, 28-31 października 1991 roku, *Jedność* 1992, S. 94-98.
- ¹⁴ *Ecclesia in Europa*, S. 63, vgl. *Propositio* 13, Diese Liste dient der Erstellung eines ethischen Kodex für die Kommunikationsindustrie.
- ¹⁵ Johannes Paul II, *Brief zur Einsetzung des Päpstlichen Rates für die Kultur*, 20. Mai 1982, *AAS LXXIV* (1982) 683-688.

- ¹⁶ Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die göttliche Offenbarung *Dei verbum*, S. 5.
- ¹⁷ Päpstlicher Rat für die Kultur, *Für eine Kulturpastoral*, S. 3.
- ¹⁸ Ich hatte Gelegenheit über dieses Beispiel unserer Zeit wd. der Fastenzeit-Konferenzen in Nôtre-Dame de Paris, zu sprechen, vgl. Paul Kardinal Poupard, *La Sainteté au défi de l'Histoire. Portrait de six témoins pour le III^e millénaire*, Presses de la Renaissance, Paris 2003.
- ¹⁹ *Ecclesia in Europa*, S. 18.
- ²⁰ Die voraussichtlichen neuen Mitgliedstaaten sind: Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien.
- ²¹ Vgl. Paul Kardinal Poupard, *La Sainteté au défi de l'Histoire. Portrait de six témoins pour le III^e millénaire*, Presses de la Renaissance, Paris 2003.
- ²² Johannes Paul II, Ansprache an die Pilger während der Heiligsprechung von Josef Sebastian Pelczar und Urszula Ledochowska, 19. Mai 2003.
- ²³ Vgl. S. Frankiewicz, *Chrystus obywatelom Europy*, in: *Chrześcijaństwo i kultura w Europie, Akta sympozjum presynodalnego Watykan*, 28-31 października 1991 roku, *Jedność* 1992, S. 94-98.
- ²⁴ Menschenrechtscharta Artikel II – 22: „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.“
- ²⁵ Johannes Paul II, Ansprache vor dem Päpstlichen Rat für die Kultur, *L'évangile, bonne nouvelle pour les cultures*, 14. März 1997, in: *Cultures et foi* V-2 1997, S. 81-83.
- ²⁶ *Ecclesia in Europa*, S. 19.
- ²⁷ Vgl. idem S. 19.
- ²⁸ Vgl. idem S. 10.
- ²⁹ Vgl. www.europeanvalues.nl
- ³⁰ Päpstlicher Rat für die Kultur & Päpstlicher Rat für den Interreligiösen Dialog, *Jesus Christus – Bringer des Wassers des Lebens. Eine christliche Betrachtung zum „New Age“*, Vatican 2003.
- ³¹ „Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die euch erfüllt“
(1 Petrus 3, 15).
- ³² Paul Kardinal Poupard, Rede anlässlich der Vorstellung des Dokuments des Heiligen Stuhls über „New Age“, 2. Februar 2003,
http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/interelg/documents/rc_pc_interelg_doc_20030203_press-conf-new-age_en.html
- ³³ 1 Kor 13, 4-7.
- ³⁴ *Ecclesia in Europa*, S. 111.
- ³⁵ Pius XI, Rede vor der Vereinigung der italienischen katholischen Universitäten, 18. Dezember 1927.
- ³⁶ Johannes Paul II, *Brief zur Einsetzung des Päpstlichen Rates für die Kultur*, 20. Mai 1982, *AAS LXXIV* (1982) 683-688.
- ³⁷ Johannes Paul II, *Predigt anlässlich der Schlussmesse der Zweiten Sonderversammlung der Bischofs-synode für Europa*, 23. Oktober 1999.
- ³⁸ S. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1997.
- ³⁹ John Paul II, *Gedanken zum Angelusgebet* vom 31. August 2003.

Der europäische Verfassungsentwurf

Elmar Brok

Eminenzen, Exzellenzen, sehr geehrte Herren Premierminister, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Herren Minister, sehr geehrte Damen und Herren!

Noch nie habe ich vor einem Auditorium gesprochen, in dem gleichzeitig fünf ehemalige Regierungschefs anwesend waren. Ich möchte mich herzlich für die Gelegenheit bedanken, einen kleinen bescheidenen Beitrag zu dieser Diskussion leisten zu können. Der Konvent hat zur Überraschung aller einen homogenen Verfassungsentwurf ohne jegliche optionale Lösungen vorgelegt. Somit wurde die für uns in Laeken formulierte Mission erfüllt, was einen außergewöhnlichen Erfolg darstellt. Welche Probleme stellen sich nicht bereits in normalen Gesetzgebungsverfahren, z.B. in der Steuerpolitik, in den einzelnen Länderparlamenten? Wenn wir die Ge-

schichte des Verfassungsrechtes in Europa analysieren, dann wissen wir, dass alle Verfassungen das Ergebnis von Krisen, Kriegen, Katastrophen und des Versuches einer Reform sind. Allein unter diesen Bedingungen war es möglich, einen politischen Konsens zu erreichen.

In einer relativ normalen Situation haben nun die Vertreter aus 28 Ländern einen homogenen Entwurf vereinbart – das ist bereits an sich ein herausragender Erfolg und man sieht auch, wie schwierig es für die Regierungskonferenz sein wird, dieses Paket erneut zu analysieren und zu diskutieren, wenn die Vertreter der einzelnen Länder eigene Überlegungen in den Entwurf einbringen. Die Regierungskonferenz wird sicher feststellen, dass, sobald eine Seite irgendwelche Änderungen vorschlägt, alle beginnen werden, neue Vorschläge einzubringen und es wird schwierig, für all dies wieder Übereinstimmung zu finden. Uns Christdemokraten – ich sehe hier Jacques Santer, der auch im Konvent mitgearbeitet hat, und Jan Gawrónski – ist es nicht gelungen, alles, was wir gefordert haben, zu verwirklichen. Niemand jedoch hat seine Position zur Gänze durchgesetzt, aber darin liegt vielleicht das Wesen des Kompromisses, eine Balance zu finden. Ohne Zweifel ist dieser Verfassungsentwurf ein sehr großer Fortschritt im Verhältnis zu dem, was derzeit gilt, d.h. zum Vertrag von Nizza.

Erlauben Sie mir, diesen Fortschritt anhand einiger Punkte zu veranschaulichen. Die Europäische Verfassung bringt Europa den Bürgern näher – dies geht schon aus dem ersten Satz des Entwurfes hervor. Die EU wurde von Staaten gegründet, heute setzt sie sich aus den Staaten und ihren Bürgern zusammen. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt vorwärts. Die Aufnahme der Menschenrechtscharta, die den Schutz der Bürger vor der europäischen gesetzgebenden Gewalt garantiert, in die Verfassung bringt Europa ebenfalls den Bürgern näher. Europa verwandelt sich also in einen liberalen Staat mittels des Schutzes des Individuums, das sich in diesem Haus wohlfühlen kann. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die Verfassung der durch das Europäische Parlament gewählten Exekutive eine angemessene

Regierungsausübung ermöglicht. Die Entscheidungen der Bürger werden folglich großen Einfluss auf die Besetzung der europäischen Gremien haben. Dieser Verfassungsentwurf gibt dem Europäischen Rat die Möglichkeit, mit seiner Mehrheit Vorschläge für die Besetzung des Präsidentenamtes der Kommission zu unterbreiten. Die Besetzung des Präsidentenamtes ist wiederum von den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament abhängig, die Konsultation des Europäischen Parlaments hierzu unerlässlich. Die Entscheidung der Bürger hat folglich künftig direkten Einfluss darauf, aus welcher politischen Familie der Präsident der Europäischen Kommission kommt. Dies ist eine neue Ebene der Legitimierung der Exekutive der EU, die in den Einflussbereich der europäischen Bürger hineinreicht.

Wenn wir eine Verfassungswirklichkeit schaffen wollen, ist ihre Bildung die Aufgabe von uns Politikern. Wir müssen sie mit bestimmten Gesichtern, mit Personen verbinden. Bisher war das Problem der europäischen Wahlen ihre Anonymität. Wenn jedoch der Bürger spürt, dass er auch über die Besetzung der einen oder anderen Position entscheiden kann, so wird dies von sehr großer Bedeutung sein. Ich möchte hier nicht meinen Kolleginnen und Kollegen aus den nationalen Parlamenten zu nahe treten, aber die nationalen Parlamente, so wie auch das Europäische Parlament sind nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt der Abgeordneten gewählt. Es dreht sich vielmehr darum, wer Regierungschef wird. Das ist höchst interessant: wer agiert, schafft Öffentlichkeit. Wir könnten also dadurch eine öffentliche europäische Arena schaffen. Es ist deshalb insbesondere wichtig, dass wir auf diese Art und Weise in unserer medialen Gesellschaft durch einzelne Gesichter Europa den Bürgern näher bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen auch sehen, dass Europa ein Europa der Werte wird. Als Europäische Volkspartei hatten wir bisher aus vielerlei Gründen nicht die Möglichkeit, den Gottesbezug in der Präambel der Verfassung zu verankern. In manchen Mitgliedstaaten erlaubt dies die

Verfassungstradition nicht: z.B. Frankreich kann es sich in Hinsicht auf die traditionelle Trennung von Kirche und Staat nicht erlauben, ein solches Element in die Verfassung aufzunehmen. Auch der politische Liberalismus hat immer die Idee der Trennung von Kirche und Staat gepflegt und dies gilt ebenso für große Teile der Sozialdemokratie, auch für diejenigen, die aus dem marxistischen Flügel kommen. Deshalb war es auch nicht leicht, einen Kompromiss zu finden und die Diskussion weiter zu führen. Es ist uns jedoch gelungen, einige inhaltliche Elemente in die Verfassung einzufügen, die auch wichtig sind. In eindeutiger Weise hat das christliche Menschenbild in der Präambel und in der Grundrechtscharta den Rang eines übergeordneten Elements erlangt. Religiöse Werte werden in Zukunft für Politiker die Funktion eines Maßstabes einnehmen. Wir berufen uns auf die Menschenwürde: im ersten Artikel der Grundrechtscharta sprechen wir von der Würde des Menschen und von der Würde der Familie.

In Zukunft wird die Rolle einzelner Minister von geringerer Bedeutung sein. Sie werden nicht mehr „hinter dem Rücken“ der Parlamentarier verhandeln können und dies wird mit Sicherheit mit einer Verringerung ihres Einflusses gleichbedeutend sein. Die vermeintliche Position des Ministerrates wird schwächer werden, da die öffentliche Meinung mehr Möglichkeiten haben wird, sich darüber sachkundig zu machen, wer welche Entscheidungen trifft.

Die Europäische Union wird dank dieser Verfassung auch viel handlungsfähiger, denn in bedeutend größerem Maße werden Entscheidungen im Ministerrat künftig mit Mehrheit getroffen werden. Dies ist die wesentlichste Frage mit Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union. Der Konvent war notwendig geworden, da in Nizza diese Frage nicht beantwortet werden konnte. Ich denke, dass das Prinzip der Mehrheitsentscheidung eine gute Basis für die Zukunft ist. Auch sieht die Verfassung Möglichkeiten vor, Mehrheitsentscheidungen ohne die Einberufung einer Regierungskonferenz zu treffen. Dies war bisher ausgeschlossen.

In manchen Bereichen jedoch, wie z.B. der Steuerpolitik oder dem Handelsrecht im audiovisuellem Sektor, gelang es nicht, einen Kompromiss zu finden. Großbritannien und Frankreich vertreten den Standpunkt, dass angesichts der großen Migrationströme von Bürgern aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt gewisse Dinge nicht auf die vorgeschlagene Art und Weise [d.h. per Mehrheitsentscheidung] geregelt werden können. Der Bereich der einstimmigen Entscheidungen wurde jedoch so weit eingeschränkt, dass er unwesentlicher geworden ist. Ich bedauere allerdings, dass es nicht gelungen ist, in der Außenpolitik einen größeren Anteil an Mehrheitsentscheidungen zu verankern – dies ist sicher ein Schwachpunkt.

Die Handlungsfähigkeit umfasst auch die folgende Frage, welche in Polen Gegenstand kritischer Diskussionen ist: es handelt sich hierbei um das Abstimmungsverfahren im Ministerrat. Der Vertrag von Nizza wurde als Resultat deutsch-französischer Unstimmigkeiten unterschrieben und dies war absolut ein Fehler. Ich erinnere mich daran, dass in der entscheidenden Nacht der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages Bundeskanzler Helmut Kohl und der spanische Premierminister Aznar sich nicht über die Frage der Mehrheitsentscheidungen einigen konnten. In Nizza war dies noch schwieriger.

Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union dürfen wir nicht die Möglichkeiten der Mehrheitsentscheidungen begrenzen. Ganz im Gegenteil, wir müssen sie erweitern. Wir benötigen ein Verfahren, das zwei Abstimmungskriterien berücksichtigt. Deshalb ist, meiner Ansicht nach, das Verfahren, das nun gefunden wurde – und welches die Mehrheit der Länder und 60 % der Bürger erfordert – als Grundlage, um die Union handlungsfähiger zu machen, gerechtfertigt. Die Länder, die von dieser Entscheidung betroffen sind – Spanien und Polen – müssen eine Entschädigung in anderer Form erhalten. Deshalb muss die proportionale Besetzung des Europäischen Parlamentes 2009 erneut Gegenstand der Verhandlungen sein, so dass Spanien und Polen im Europäischen Parlament einen Ausgleich für

die durch die Annullierung der Beschlüsse von Nizza erfahrenen Verluste erhalten. Das Innehaben einer größeren Anzahl an Sitzen im Europäischen Parlament wird viel bedeutender sein als dies bislang der Fall ist, da das Parlament für 95% der legislativen Verfahren mit verantwortlich sein wird. Zu diesen Verfahren gehören die Besetzung der Ämter des Kommissionspräsidenten und der Kommissare, die Erweiterung, Vertragsangelegenheiten mit Drittstaaten, der Welthandel und die Beziehungen zur WTO.

Dies alles liegt bereits jetzt im Einflussbereich des Europäischen Parlaments. Es lohnt sich folglich, eine starke Vertretung im Parlament zu haben. Ich hoffe, dass die Gespräche, die in den kommenden Wochen geführt werden, das Problem mangelnder Repräsentanz der besagten Länder mit der Frage der Repräsentation in anderer Form verbinden, damit Polen diese Entscheidung nicht als Diskriminierung empfindet.

Von Anfang an herrschte in den Beziehungen der kleinen zu den großen Ländern Misstrauen, und es gelang nicht, dieses zu überwinden. Meine Bundesregierung, an die wir uns viele Male gewandt haben, verdient hier sicherlich einen kleinen Seitenhieb. Es war immer Tradition der deutschen Politik, Drittstaaten zu berücksichtigen und ihre Interessen zu vertreten. Hinsichtlich der Position der kleinen Länder wurde auch mit Frankreich verhandelt, um einen gemeinsamen Standpunkt zu erreichen. Deutschland hat sich immer bemüht, insbesondere die Meinung der kleinen Staaten zu berücksichtigen. Als ich gemeinsam mit Dr. Werner Hoyer, dem deutschen Verhandlungsführer, das Parlament in den Verhandlungen über den Vertrag von Amsterdam vertrat, sagte uns Bundeskanzler Kohl: ‚Macht, was ihr wollt, aber am Ende des Tages werde ich auf der Seite der kleinen Länder stehen‘. Ich werde diesen Satz nie vergessen. Die Bundesrepublik Deutschland spielt diese Rolle heute nicht mehr und es scheint mir, dass wir uns dementsprechend mit diesem Problem auseinandersetzen müssen.

Nichtsdestotrotz denke ich, dass gewisse Fortschritte gemacht wurden, z.B. bei der neuen Kompetenzaufteilung. Gegenwärtig gilt die Kompetenzver-

teilung mit uneingeschränkt geteilter Verantwortung für bestimmte Bereiche, was sich mit dem Prinzip der (begrenzten) Einzelermächtigung verbindet, so dass die Union gewisse Kompetenzen nicht an sich ziehen kann. Hinsichtlich der ergänzenden Kompetenz ist wichtig, dass die Union kein Recht zur Harmonisierung von Rechtsvorschriften hat. Sie kann diese Kompetenzen nur unterstützen. So kann die Union z.B. in der Bildungspolitik den Studentenaustausch mit Programmen wie ERASMUS und SOKRATES unterstützen, aber sie wird nie Einfluss auf die Bildungspolitik selbst haben. Diese verbleibt eine Domäne der Mitgliedstaaten.

Dies ist auch hinsichtlich der zukünftigen Akzeptanz einer europäischen Identität wichtig. Man kann nicht die nationale Identität durch eine europäische Identität ersetzen. Sie wäre nur etwas Aufgesetztes, etwas Zusätzliches. In diesen technischen Kompetenzbereichen ist es uns gelungen, zu dieser Überzeugung zu gelangen und deshalb denke ich, dass es uns auch gelingen wird, in die Verfassung Instrumente einzufügen, welche diese Überzeugung garantieren. Bei einem mutmaßlichen Verstoß gegen das Prinzip der Subsidiarität können die Länderparlamente der Kommission die gelbe Karte zeigen. Wenn die Kommission dennoch die Gesetzesinitiative ergreift, kann jedes europäische [nationale] Parlament Beschwerde vor dem EuGH gegen die Kommission einlegen und dies ist ein ehernes Prinzip. Die Regierungen konnten natürlich auch Beschwerde einlegen, aber da die Regierungen im Rat vertreten sind, barg dies gewisse Schwierigkeiten. In den Parlamenten wird es keinen solchen Widerstand geben. Mit Blick auf das polnische Zweikammersystem können Sejm und Senat folglich gegen eine Gesetzesinitiative der Kommission Beschwerde einlegen. Dies ist eine sehr wichtige Frage, denn auf diese Art und Weise kann das Gefühl der Sicherheit vermittelt werden, dass man nicht von Brüssel getäuscht wird. Die Frage der nationalen Identität, ihre Erhaltung und die Erhaltung der Kultur, der Tradition, der Staatsstruktur, im Einklang mit dem Geist und den Traditionen des Landes fällt nicht in die Kompetenz Europas. Dies gilt auch für den Schutz von territorialen Fragen.

Mit Hinblick auf Artikel 51, kam man in Amsterdam zum Schluss, dass auch religiöse Fragen und Glaubensangelegenheiten, die im jeweiligen Land geregelt sind, keine Gemeinschaftsangelegenheit sind. Gleichzeitig wurde in diesem Artikel die Möglichkeit der Kirchen, am strukturierten Dialog teilzunehmen, festgeschrieben. Dies ist auch aus Sicht der Glaubensgemeinschaften und Kirchen ein großer Fortschritt und man sollte dies mit Befriedigung sehen.

Noch einige Anmerkungen zur Sicherheits- und Außenpolitik: Die Tatsache, dass künftig ein Außenminister und ein Präsident des Europäischen Rates berufen werden sollen, gibt uns die Chance zur Konzentration der Instrumente als auch der politischen Prozeduren in einer Hand. In Zukunft wird die Möglichkeit bestehen, gemeinsam Lösungen für ein bestimmtes Problem vorzuschlagen, und es wird nicht mehr wie bisher ein Suchen nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner von 15 einzelnen Meinungen der Mitgliedstaaten geben. Natürlich bedeutet dies nicht, dass sich der politische Wille automatisch formiert. Die Verfassung kann nur einen gewissen Rahmen vorgeben und gewisse Möglichkeiten an die Hand geben, aber die Entscheidungen müssen natürlich die Träger der politischen Verantwortung treffen.

Ich sehe auch eine Chance für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik. Es stellt jedenfalls einen großen Fortschritt dar, dass im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eine größere Aktivität der Europäischen Union in die Verfassung geschrieben wurde. Ich weiß, dass in Polen Ängste bestehen, die Verteidigungsunion könnte gegen die NATO gerichtet sein. Ich sehe dies jedoch genau umgekehrt, denn das transatlantische Bündnis wird nur dann eine Zukunft haben, wenn wir Europäer ein interessanter Partner für die Amerikaner sind. Aus psychologischer Sicht ist Partnerschaft nur dann möglich, wenn wir uns gegenseitig auf gleicher Augenhöhe begegnen. Dies bedeutet eine offene Zusammenarbeit für alle,

mit der Möglichkeit, dass manche den Anfang machen, wie dies z.B. bei der Währungsunion geschehen ist, und andere sich später anschließen.

Auf diese Art und Weise können wir eng mit der NATO zusammenarbeiten, denn in der Verfassung lesen wir, dass die Verpflichtungen der NATO unantastbar sind. Frühere Beschlüsse müssen eingehalten werden, folglich sind wir mit der NATO als transatlantisches Bündnis eng verbunden. Wenn es uns nicht gelungen wäre, dies in die Verfassung zu schreiben, hätte ich befürchtet, dass in Europa außerhalb des Rahmens der EU andere Bündnisse entstanden wären, die den in der Verfassung festgehaltenen politischen Prinzipien entglitten wären. Wer viel Wert auf das Transatlantische Bündnis legt, muss auch Wert auf den Inhalt der Verfassung legen, der eben diesem Thema gewidmet ist. Und ich freue mich, dass diese Diskussion in den nächsten Wochen und sicher auch Monaten weiter geführt werden wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ab 1. Mai nächsten Jahres werden wir eine aus 25 Ländern bestehende Union haben. Rumänien, Bulgarien und vielleicht Kroatien werden sie auf 28 erweitern. Die Europäische Verfassung ist der große Versuch, ein einheitliches Europa ohne Unterschiede zu schaffen. Es handelt sich hier nicht um ein Europa konzentrischer Kreise. Alle Länder mit unterschiedlichen Gesetzen werden sich in einer gemeinsamen Union befinden. Falls dies nicht gelingen sollte, fürchte ich, dass wieder die Klein-Europäer ihre Aktivitäten beginnen, um in kleinem Umfang ihre kleine Ordnung herzustellen. Ich weiß nicht, ob eine größere Union mehr Kraft aufbringen wird, eine Verfassung so aufzunehmen, wie sie uns im Konvent gelungen ist.

In den Verträgen und in der Verfassung lesen wir, dass die Europäische Union jedes Land, welches bestimmte Bedingungen erfüllt, aufnimmt. Ich denke, dass wir diesbezüglich einen gewissen Maßstab geschaffen haben, gemäß dem jedes Land der Union beitreten kann, solange es diese Bedingungen erfüllt und sein Beitritt im Interesse der Europäischen Union liegt.

Sehr verehrter Herr Premierminister, ich erinnere Sie daran, dass genau diese Diskussion in den nächsten Jahren in Polen geführt werden wird. Wir wissen, dass gewisse Allianzen, gerade zum Zeitpunkt ihrer Geschichte, an dem sie ihre größte Ausdehnung erfuhren, plötzlich begannen auseinander zu fallen. Niemand hat genügend Kraft, um sich in einer derart großen Ausdehnung zu erhalten. Wir müssen wissen, wo unsere Grenzen liegen, und vielleicht ist Bescheidenheit hier die beste Methode, um die Europäische Union mittels der Idee guter Nachbarschaft mit denen, die nebenan leben, zu führen: nicht um Mauern zu errichten, sondern um nach dem Ziel einer guten Zusammenarbeit und Stabilität in ganz Europa zu streben. ■

(Tonbandmitschnitt der frei gehaltenen Rede)

Die Aufgaben des polnischen Politikers in einem vereinten Europa

Andrzej Olechowski

Die Europäische Union ist für uns sehr wichtig. Wir treten ihr nämlich bei, um zumindest drei Hauptziele verwirklichen zu können: die dauerhafte Gewährleistung unserer Sicherheit, die Schaffung günstiger Perspektiven für unsere Wirtschaft und die Gewinnung finanzieller Mittel zur Realisierung unserer Entwicklungspläne. Kein einziges dieser Ziele kann von uns im Alleingang erreicht werden.

Der einzige Weg zu einer *dauerhaften* Sicherheit besteht in der fortgeschrittenen, wechselseitigen Abhängigkeit mit unseren nächsten und weiter entfernten Nachbarn. Darauf beruht das Wesen der EU. Eine eigenständige erfolgreiche Verteidigung liegt außerhalb unserer Reichweite und Bündnis-

se bzw. militärische Koalitionen sind von Natur aus zeitlich begrenzt. Um sich sicher auf dem Ozean des Weltmarktes bewegen zu können, muss man ein solides, großes Schiff besitzen. Die polnische Wirtschaft ist hingegen ein kleines Boot, die EU indessen ist das einzige Schiff in der näheren Umgebung. Die für die Entwicklung erforderlichen Finanzmittel werden uns nicht durch ein Wunder zuteil werden, also nicht durch eine sensationelle Neuentdeckung oder eine plötzliche fundamentale Veränderung der Verhältnisse. Diese Mittel können nur aus privaten und öffentlichen Investitionen kommen. Diese wiederum werden größer und kostengünstiger sein, wenn wir uns innerhalb der EU befinden.

Es gibt Nationen, die selbst daran denken könnten, eine eigene Gemeinschaft von Nachbarstaaten ins Leben zu rufen. Diese könnten sich bemühen, ihren jeweiligen Volkswirtschaften eine gute Zukunft zu sichern. Diese Nationen können die zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse und Pläne erforderlichen Mittel selbst beschaffen. Wir Polen gehören jedoch nicht zu diesen Nationen. Daher ist die Europäische Union für unser Wohlergehen sehr wichtig, wichtiger als für andere, insbesondere für die größeren Mitgliedsstaaten. Je gelungener und gefestigter das Zusammenspiel innerhalb der EU ist, desto sicherer ist der Frieden in Europa. Je mehr wirtschaftliche Erfolge die EU davonträgt, desto mehr Kapital und Aufträge fließen in unser Land, desto mehr Arbeitsplätze wird es geben und desto schneller wird unser Wohlstand wachsen.

Daher sollten polnische Politiker für das Gelingen der Europäischen Union Sorge tragen. Und zwar für ihr reibungsloses Funktionieren und ihre gute Entwicklung, was vor allem die Bereiche betrifft, die für das Erreichen unserer Ziele von Bedeutung sind. Im Rahmen dieser allgemein gehaltenen Anweisung erscheinen mir drei Aufgaben am wichtigsten:

Erstens – die polnischen Politiker sollten sich für ein erfolgreiches Wirken der EU einsetzen.

Allein eine EU, die das europäische Interesse (europäische Staatsräson, *raison d'Europe*) für sich definiert hat und diesbezüglich mit einer Stimme spricht, wird dazu fähig sein, eine echte Partnerschaft mit den USA aufzubauen, sich nach Osten hin zu erweitern und eine erfolgreiche Sicherheitspolitik zu betreiben. Konflikte, Konkurrenzverhältnisse oder Abhängigkeiten gegenüber den USA vergrößern hingegen die äußeren Gefahren und die innere Instabilität der EU erheblich. Die Europäische Union ist alleine nicht in der Lage, in absehbarer Zukunft ein Abwehrsystem gegen die globalen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts zu schaffen (Terrorismus, Drogenproblematik, Seuchen, finanzielle Instabilität). Die Rivalität bzw. Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verursacht starke Spannungen unter den EU-Mitgliedsstaaten, die von den USA nur noch weiter angefacht werden. Falls sich die bisherige EU den östlichen Beitrittskandidaten verschließen würde, zwänge sie diese zur Bildung eines eigenen Staatenblocks. Polen, das heute seine militärische Sicherheit ganz auf das nordatlantische Bündnis stützt und sich an der Ostgrenze der EU befindet, würde in allen diesen Fällen seine eigene Sicherheit nicht verbessern können und statt dessen für zusätzliche Bedrohungen empfänglicher werden.

Allein eine Europäische Union, die die Konsolidierung ihres gemeinsamen Marktes zum Abschluss bringt, die europäische Währung fest verankert und sich aller konkurrenzschädigender Regulierungen entledigt, sichert auch unserer Wirtschaft gute Perspektiven. Nur eine solche Europäische Union wird auch neue Projekte im Bereich der materiellen Infrastruktur, im Bildungswesen und beim Ausgleich der regionalen Entwicklungsunterschiede in Angriff nehmen, so dass der Zufluss von Finanzmitteln nach Polen wesentlich zunimmt.

Um diese Aufgaben ausüben zu können, muss die EU von Stabilität, Funktionsfähigkeit und innerem Zusammenhalt gekennzeichnet sein. Eine insta-

bile EU würde früher oder später in kleinere Interessengruppen zerfallen. In die europäische Politik würden dann abermals die Konkurrenz der Großmächte und die Doktrin vom Gleichgewicht der Kräfte Einzug halten (die Geschichte belehrt uns über die Verluste, die wir dann erleiden würden!). Eine inkohärente, in ihren Aktivitäten atomisierte Europäische Union ohne integrative Leitideen und klare Ausrichtung würde ihre gegenwärtigen Unternehmungen nicht zu Ende bringen können, von neuen Unternehmungen ganz zu schweigen.

Wenn das Ziel „einer immer enger zusammenwachsenden Europäischen Union“ – auf je eigene Weise – von verschiedenen Staaten, Interessengruppen und diversen Enthusiasten realisiert wird, werden die Strukturen der EU zunehmend unklarer und aufgeweichter. Sie wird sich dann nur dort weiterentwickeln, wo dies möglich, einfach oder bequem erscheint, und nicht dort, wo es am notwendigsten wäre. Aus dieser Situation werden nur die Stärkeren bzw. besser Organisierten als Sieger hervorgehen. Unser nationales Interesse wird hingegen darunter leiden.

Eine nicht funktionsfähige Europäische Union wird zu einer schlechten Politik in den Mitgliedsstaaten führen und im Endeffekt an Prestige, Einfluss und Vertrauen unter den Bürgern verlieren. Schwache und geistlose Gemeinschaftsinstitutionen, die leicht „auszuhebeln“ sind, werden den nationalen oder staatlichen Einrichtungen das Feld überlassen. Diese werden entschlossen sein, „auf’s Ganze zu gehen“, wobei sie nicht länger die Rolle von Geiseln ihrer Zuschauer bzw. Trittbrettfahrer übernehmen werden wollen. Diese Situation werden lokale Interessengruppen oder diverse Staaten zu ihren Gunsten ausnutzen – aber nicht wir.

Es gibt Nationen, denen die Beschränkung der Funktionstauglichkeit der EU besonders am Herzen liegt. Denn sie sind von ihr nicht voll überzeugt und meinen, dass eine schwache EU ihren nationalen Interessen besser dient als eine starke EU. Es gibt Staaten, die der Funktionsfähigkeit der EU Fesseln anlegen, um auf diese Weise ihre institutionellen Eigeninteressen

zu verteidigen. Der polnische Politiker hat indessen keine andere Wahl – eine erfolglose EU enthält uns nicht nur den erwarteten Nutzen vor, sondern verursacht vielmehr wesentliche Verluste.

Zweitens – polnische Politiker sollten sich für die weitere Demokratisierung der Europäischen Union einsetzen. Denn neben Stabilität, Kohärenz und Funktionstüchtigkeit kommt gerade der Demokratie eine grundlegende Bedeutung für das erfolgreiche Handeln der EU zu.

Die Bürger der EU-Staaten von heute möchten die Repräsentanten der öffentlichen Gewalt frei wählen, die Hintergründe der von ihnen gefassten Beschlüsse selbständig erforschen, kennen und verstehen. Dabei möchten sie die Möglichkeit haben, die Entscheidungen der demokratischen Herrschaftsträger in Frage zu stellen und diejenigen Personen zur Verantwortung zu ziehen, die diese Entscheidungen gefällt haben. Diese Möglichkeiten werden den Bürgern in der EU gegenwärtig so gut wie gar nicht gewährt. Infolge dessen ist die Identifizierung der Bürger mit der EU recht schwach (oder nimmt sogar weiter ab?). Sie ist sogar derart schwach, dass sie bereits die innere Stabilität der EU bedroht und deren weitere Entwicklung in Frage stellt.

Die Ablehnung der Briten und (wahrscheinlich auch) der Schweden gegenüber der Einführung des EURO lässt sich wohl kaum anders erklären als durch die emotionale Distanz der Bürger zur EU, die mit der Furcht vor einem weiteren Schritt in Richtung Integration einhergeht. Die derzeit (sogar in Deutschland) laut werdenden Vorschläge zur Wiederbelebung der nationalstaatlichen Rolle auf bereits zur Kooperation „verurteilten“ Handlungsfeldern spiegeln sicherlich die Unkenntnis über den vielfältigen Nutzen der EU und die tiefe Skepsis der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Fortentwicklung der EU wider. Das Fehlen einer neuen, großen Idee bzw. Projekts, das – ähnlich wie zuvor der gemeinsame Markt oder die gemeinsame Währung – die Vorstellungskraft und das Engagement der Bürger

wecken könnte, ist ein weiteres Anzeichen (und zugleich eine Hauptursache) für die Apathie der europäischen Bürgergesellschaft.

Vor dem Hintergrund dieses großen „Demokratiedefizits“ ist es in einer Atmosphäre der Gleichgültigkeit und des mangelnden Engagements sehr schwer, die bereits begonnenen Projekte zu Ende zu führen, geschweige denn neue Projekte zu initiieren. Dies betrifft besonders das weite Feld der Solidarität in Europa. Diese Konstellation kann durchaus von einigen EU-Mitgliedern gewollt sein bzw. wird als nicht störend angesehen. Diese Situation macht jedoch das Erreichen unserer Hauptziele unmöglich.

Drittens – polnische Politiker müssen sich dafür einsetzen, dass die EU das wirtschaftliche Wachstum ihrer Mitgliedsstaaten fördert.

Unsere entscheidende nationale Aufgabe besteht in der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit, wobei die ökonomische Wirklichkeit von heute erreicht werden muss. Bei der Erreichung dieses Ziels hilft uns nur eine EU, die konsequent günstige Wachstumsbedingungen schafft. Jede andere EU wäre für uns nur schädlich. Schädlich wäre vor allem eine EU, die nur auf Stabilität und die Konservierung des bisher erreichten Status quo setzen würde. Unsere Bürger sind jünger, „schlanker“ und erfolgshungriger als die „alten“ Europäer. Sie brauchen also vor allem möglichst große Handlungsfreiheit und nicht Bequemlichkeit und Stabilität. Daher können wir keine nationale Wirtschaftspolitik und keine gesetzlichen Vorschriften tolerieren, die die ökonomischen Aktivitäten der Bürger einschränken.

Die Europäische Union befindet sich derzeit in einer Phase der Neudefinierung des eigenen Wirtschaftsmodells. Dieses soll in bezug auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum ebenso erfolgreich werden wie das amerikanische System, doch im Vergleich zu diesem „humaner“, sozialer. Die EU sucht dabei nach einer Formel, die vom ausgearbeiteten Verfassungsentwurf wie folgt verstanden wird: „Ein Europa der gleichmäßigen Ent-

wicklung, die sich auf ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum und auf soziale Gerechtigkeit stützt, mit einem einheitlichen freien Markt und einer Wirtschafts- und Währungsunion. Ein Europa, das Vollbeschäftigung, hohes Wettbewerbsniveau und einen hohen Lebensstandard schaffen will“. In der diesbezüglichen Debatte kommt es unweigerlich zu Spannungen zwischen den Anhängern des Sozialstaats und den Befürwortern einer weitgehenden ökonomischen Liberalisierung. Die Diskussion ist im Gange – der Verfassungsentwurf nimmt noch längst keine Entscheidung vorweg. Polen muss dabei auf der Seite der Liberalisierungsanhänger stehen.

Aus den oben skizzierten Leitlinien ergeben sich einige **Schlussfolgerungen**. Eine dieser Schlussfolgerungen möchte ich an dieser Stelle näher erläutern:

Die einzige Haltung gegenüber der EU, die mit unserem nationalen Interesse in Einklang steht, ist meiner Ansicht nach ein konstruktives Engagement. Polen muss zu den „Lokomotiven“ der europäischen Integration gehören und sich für ein erfolgreiches Wirken der EU einsetzen. Es muss dabei diverse Schwierigkeiten überwinden helfen und etwaige Niederlagen zu verhindern wissen. Eine andere Vorgehensweise – die des passiven Zuschauers oder des Trittbrettfahrers bzw. Bremsers – wäre selbstmörderisch. Wir würden uns damit nur selbst schaden. Gemäß dieser konstruktiven Haltung sollten wir für die administrative Leitung der EU-Angelegenheiten und die Arbeit in den EU-Institutionen ausschließlich Personen beauftragen, die nicht nur fachlich kompetent sind, sondern denen das Wohl der EU auch persönlich am Herzen liegt. Nur diese Menschen sind uns wirklich von Nutzen. Andere hingegen – die ihre Mission voller Misstrauen beäugen und meinen, die polnischen Angelegenheiten vor allen scheinbar feindlich gesonnenen Ausländern beschützen zu müssen und dabei die polnischen Eigenarten übermäßig betonen – fügen uns nur Schaden zu.

Die Haltung eines konstruktiven Engagements gegenüber der EU wird von den polnischen Eliten (nicht nur von den Politikern!) erhebliche Anstren-

gungen erfordern. Dabei wird man die uns umgebende Welt weiträumiger in den Blick nehmen und mehr Verständnis für die Interessen bzw. Ansichten unserer Partner in der EU aufbringen müssen. Nicht nur unsere eigene Geschichte, sondern auch die nationalen Interessen Polens sowie das Wesen bzw. die Dilemmata der Europäischen Union müssen von uns weitaus besser als bisher verstanden werden. Der heutige Wissensstand auf diesen Gebieten lässt leider noch viel zu wünschen übrig. Denn es wimmelt nur so von falschen Stereotypen, behutsam geäußerten Banalitäten und fremdem Gedankengut. Die sogar von höchsten Staatsdienern der Republik Polen stets wiederholten, längst veralteten Phrasen vom „Europa der Vaterländer“ lassen sich kaum anders erklären als durch das Fehlen eigener Überlegungen. Auch die Ansichten der Briten über die Zukunft der EU werden oftmals gedankenlos wiederholt, obwohl sie in einem anderen historischen Erfahrungshorizont stehen, wobei die britischen Erwartungen an die EU mit den polnischen Vorstellungen keineswegs übereinstimmen.

Darüber hinaus werden wir bei unserem Wirken innerhalb der EU ein hohes Maß an Konsequenz, Vorstellungsvermögen, Taktgefühl und Verständigungsbereitschaft benötigen. Alle diese Eigenschaften sind leider nicht gerade bezeichnend für die politische Kultur Polens, wenngleich es im Hinblick auf die polnischen Aktivitäten auf internationaler Ebene bedeutend besser aussieht. Die wichtigste Aufgabe wird jedoch darin bestehen, dass unsere Eliten eine tief verwurzelte Überzeugung aufgeben: die besondere Verbundenheit der Polen mit einem starken Nationalstaat. Diese Überzeugung ist ahistorisch. Denn wir haben doch niemals einen solchen Staat besessen! Die größten historischen Erfolge erzielten wir vielmehr in einem Vielvölkerstaat, während man heute im allgemeinen das Wohlergehen Polens an das Wohlergehen der Europäischen Union knüpft. ■

Vielfalt und gemeinsame Traditionen

Władysław Bartoszewski

„Der Mensch leidet an einer fatalen Spätzündung.
Er begreift alles erst in der nächsten Generation.“

Stanisław Jerzy Lec,
aus dem Zyklus „Unfrisierte Gedanken“ (Myśli nieuczesane)

Der Reichtum unseres europäischen Kontinents bestand immer in seiner Vielfalt, der Vielfalt von Völkern und Überlieferungen, die auf gemeinsamen Traditionen ruhen, sich aus den gleichen Wurzeln entwickelt haben. Das europäische Abendland ist geprägt vom griechischen Denken, vom römischen Recht, vom christlichen Glauben. Humanismus, Renaissance und die Reformation haben ebenso zu dem Bild des christlichen Abendlandes beigetragen, wie später die Aufklärung und die moderne Wissenschaft.

Jahrhundertlang war Europa das Zentrum der Zivilisation, das die Geschichte und den Lauf der Geschichte bestimmte. Seine Rolle in der Welt ist wichtig und wird auch weiterhin wichtig sein, sie kann es aber auf Dauer nur dann bleiben, wenn die gemeinsamen Werte, die sich in den vergangenen Jahrhunderten trotz so mancher schweren Proben bewährt haben, weiter berücksichtigt und gepflegt werden.

Effektives Europa auf dauerhaftem Fundament des gemeinsamen zivilisatorischen Erbes

Im Laufe meines langen Lebens habe ich viele Machtverhältnisse gesehen, die meistens – wie sich sehr bald herausstellte – nur ein illusorisches Sicherheitsgefühl vermitteln. Das Leben und ökonomische Herausforderungen tragen mit sich viele unvorhergesehene Überraschungen. Gesunde Interessengemeinschaften ohne sentimentale Illusionen aber auch ohne den Verzicht auf den Glauben in große Ziele und Werte, sind eine gute Basis für eine stabile und sichere Zukunft. Auf der momentanen, scheinbaren Stabilität zu gründen, ist dagegen kurzfristig und darüber hinaus gefährlich. Wir wollen daher ein effektives Europa, das den künftigen Herausforderungen gewachsen ist. Wir wollen aber zugleich ein Europa, das nicht zum bloßen Supermarkt wird, sondern auf dem dauerhaften Fundament des gemeinsamen zivilisatorischen Erbes basiert. Gerade dieses Erbe und seine Akzeptanz sollten über die Zugehörigkeit zu Europa und zu den europäischen Institutionen, die seine Identität definieren, entscheiden.

Papst Johannes Paul II. hat in einem seiner bekannten Sprüche das Europa der Nachkriegszeit mit einem Menschen verglichen, dem eine Lunge fehlt. Es mag zwar durchaus möglich sein, in einem solchen Zustand zu überleben. Auf Dauer scheint es mir dennoch eine höchst unangenehme körperliche Verfassung zu sein und an sportliche Leistungen ist dabei

schon gar nicht zu denken. Die Globalisierung verlangt aber nach herausragenden Leistungen. Und deswegen, um in Form zu sein, solle Europa über beide Lungen verfügen. Nur jung im Geiste und im Körper lassen sich wirtschaftliche „Medaillen“ gewinnen.

Europäische Gemeinschaft und europäische Gemeinsamkeit

Bei all den notwendigen Diskussionen über Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur, die uns in den letzten Jahren, Monaten und Wochen im Zusammenhang mit der herannahenden Erweiterung der Europäischen Union beschäftigen, sollten wir jedoch nicht vergessen, dass neben der europäischen Gemeinschaft auch so etwas wie eine europäische Gemeinsamkeit existiert. Diese europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Kunst hat – wie schon mehrmals zuvor, auch in der Zeit der Teilung Europas zwischen 1945 und 1990 – die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme überdauert. Sie bildet die eigentliche Basis für standhafte Einheit, ein Fundament aus dauerhaften geistigen Bindungen.

Keine Trennungslinie und keine politische Teilung konnte die gemeinsame, tief verwurzelte Hierarchie der Werte abschaffen, wenn die Menschen das nicht wollten – das hat uns der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer gezeigt. Nun sind wir als Christen und einfach als denkende Menschen verpflichtet, die mancherorts noch existierenden Trennungslinien auf jede mögliche Weise zu überwinden und die restlichen Folgen der jahrzehntelangen Trennung abzuschaffen.

Das mangelnde Bewusstsein dieses europäischen Zugehörigkeitsgefühls, des geistigen Grundsteins, auf dem das europäische Haus zu errichten ist, kann dagegen alle Integrationsbestrebungen zunichte machen und das ambitionierte Unternehmen Europa zum bloßen Umschlagplatz für Waren und

Dienstleistungen verkommen lassen. Wie es Johannes Paul II. 1997 anlässlich des Andenkens an den Tod des Hl. Adalberts im polnischen Gnesen feststellte: „In Europa wird es keine Einheit geben, solange diese nicht auf der Einheit des Geistes beruht“.

Geistige Grundlagen der Integration im Vordergrund

Nicht ohne Grund rückt immer öfter, besonders nach dem Nizza-Vertrag aus dem Jahre 2000, das Thema der geistigen Grundlagen der erweiterten Union in den Vordergrund. Denn die EU ist – wie Erzbischof Henryk Muszyński aus Gnesen definiert – „weder schlicht geographischer Begriff, noch nur eine Wirtschafts- und Währungsunion; sie ist gemeinsame Teilung der Werte und Geschichte. Diese Feststellung sollte aber ebenfalls in der europäischen Gesetzgebung und in der eindeutigen Bestimmung der fundamentalen, nicht nur ethischen, sondern auch religiösen Werte, Reflex finden. Je größer die kulturelle, religiöse und ethnische Verschiedenheit, desto größer das Bedürfnis nach geistiger Einheit. Sollte es aber nicht gelingen, ein Minimum an geistiger Einheit zu erreichen, kann das zu Spannungen führen.

Das Postulat der gemeinsamen Werte ist also beim Aufbau Europas, auch als geistiger Gemeinschaft, unumgänglich. [...] Die Rückkehr zu den Wurzeln und zu der christlichen Inspiration heißt aber nicht, etwas aufnötigen zu wollen oder das Rad der Geschichte rückwärts laufen zu lassen. Es ist, wie Johannes Paul II. in Erinnerung bringt, ein großer Reichtum, der erlaubt, die feste Einheit Europas aufzubauen”¹

Gemeinsame Begriffshierarchie

Dieser Reichtum besteht vor allem in der allen Europäern gemeinsamen, durch Jahrhunderte gestalteten Begriffshierarchie, einer verbindenden Instanz, welche die Menschen über sprachliche, nationale und staatliche Grenzen hinweg einander näher bringt. Ich denke daran, was Millionen von uns in Europa gemeinsam war: Die Selbstverständlichkeit von Begriffen wie Freiheit, Menschenwürde, Ehrfurcht vor dem Leben, die negative Einstellung gegenüber allen Formen der Übermacht und Gewalt, die Solidarität mit den Verfolgten, die Sorge für die Schwachen und Wehrlosen, ein besonders ausgeprägter Schutz für Mutter und Kind. Für junge Menschen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in meinem Lande erzogen wurden, waren dies selbstverständliche, in ganz Europa, also auch in unserem Nachbarland Deutschland zumindest bis 1933 allgemein verpflichtende Werte.

So haben das auch junge deutsche Christen und Patrioten aus der Geschwister Scholl-Gruppe in München 1942-43 verstanden oder die Wehrmachtsoffiziere im Juli 1944. Der September 1939 und die nachfolgenden Jahre waren daher nicht nur eine Periode von Leidenserfahrung und Opferbereitschaft im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit der durch die Nazierrschaft bedrohten Länder, sondern auch der Versuch, diese moralische Ordnung – unsere gemeinsame moralische Ordnung – zu verteidigen.

Bewältigung der Vergangenheit

Heute ist die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit vor allem durch das Näherrücken und das gegenseitige bessere Verständnis von möglichst vielen Menschen erreichbar. Es geht hier keineswegs um die Verdrängung, sondern vielmehr um das ehrliche Interesse für die Fakten und für die Geschichte, die uns näher bringen muss, wie die totalitären, autoritären Kräfte die demokratischen Systeme, die Menschheit und jeden von uns bedrohen.

Doch Geschichte ist nicht nur als Warnung zu verstehen. Sie lehrt auch viel Nützliches. So beschreibt beispielsweise der weltbekannte deutsche Philosoph Karl Jaspers die Selbstverständlichkeit der Gemeinschaft der europäischen Nationen, der Einheit Europas, die vor dem Ersten Weltkrieg herrschte: "Es erscheint uns wie eine paradiesische Zeit, als man ohne Pass aus Deutschland nach Rom fuhr und nur die Merkwürdigkeit feststellte, dass, wenn man nach St. Petersburg fahren wollte, einen Pass brauche."

Mitteleuropa existierte damals noch, später ist der Begriff und mit ihm das Gefühl der mitteleuropäischen Identität unklar geworden. Europa schien nur noch aus Osten und Westen zu bestehen. Erst heute erleben wir die wahre Wiederbelebung des mitteleuropäischen Bewusstseins und versuchen uns dabei zu erinnern, dass Europa immer dann groß und einflussreich war, wenn sich seine unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen, seine kulturellen, religiösen, ethischen und ideologischen Ideen, Weltbilder, Sprachen, Wirtschaftsideen, politischen und unternehmerischen Aktivitäten gegenseitig ergänzen und befruchten konnten, d.h. wenn ein gegenseitiger Austausch stattfinden konnte.

Ein in Kultur und Sprache einheitliches Europa zu schaffen, ist nicht das wahre Ziel der Integration. Wichtig ist, die Besonderheit der einzelnen Nationen und Regionen zu erhalten, die die jeweilige Besonderheit und Originalität nicht zerstören, sondern im Gegenteil fördern und unterstützen. Die Ursprünglichkeit und Besonderheit der verschiedenen europäischen Regionen, Sprachen, Landschaften, die Eigentümlichkeiten und Besonderheiten der Menschen sollten gestärkt und unterstützt werden. Das erfordert aber von allen die Bereitschaft zum Verstehen, zum Aufeinanderzugehen – die Bereitschaft, eine gemeinsame Kultur anzuerkennen.

Europa der Nationen

Um es klarer zu sagen: Man macht gelegentlich die Entwicklung des nationalen Denkens in europäischen Staaten im vorigen Jahrhundert und nach dem Ersten Weltkrieg für die Bedrohung des Friedens in der Welt verantwortlich. Meiner Meinung nach ist das falsch: Europa hat es in einem langen und schwierigen Prozess geschafft, sich zu Nationen zu entwickeln, die viel Gemeinsames gefunden haben. Die Kriege in Europa waren vielmehr eine **Entartung** – schon jetzt überwundene Entartung – der Idee und der Praxis der freien nationalen Staaten.

Das künftige Europa hat nur bei der Erneuerung aus seinem Geist und aus seinen Gegebenheiten Chancen. Zu diesen Gegebenheiten gehören – trotz schmerzlicher Vergangenheit – doch die Nationalstaaten, die Vaterländer der freien Kulturvölker. Das vereinte Europa darf also in der näheren Perspektive nur ein Staatenbund der bestehenden Nationalstaaten sein, eine Idee, die nicht sehr weit von der Idee de Gaulles entfernt ist, seinem „Europa der Vaterländer“. In einem solchen Staatenbund muss der Sinn und Zweck nicht die scheinbare oder oberflächliche Integration sein, sondern vielmehr die Erhaltung der Völker und ihrer Kulturen im Geist der gegenseitigen Achtung und Toleranz. Das ist sicher keine leichte Aufgabe, aber durchaus eine realistische und denkbare im Europa des 21. Jahrhunderts.

Anlässlich der damaligen Europafeier sagte Papst Johannes Paul II. bereits vor über 20 Jahren, als Europa noch geteilt war und keine Anzeichen auch nur darauf hindeuteten, dass eine Überwindung dieser Teilung in greifbarer Nähe liegt: „Trotz blutiger Konflikte zwischen den Völkern Europas und trotz der geistigen Krisen, die das Leben des Kontinents erschüttert haben – bis zu den Fragen, die sich dem Gewissen unserer Zeit über seine Zukunft stellen –, muss man nach zwei Jahrtausenden seiner Geschichte zugeben, dass die europäische Identität ohne das Christentum nicht verständlich ist, dass gerade in ihm sich jene gemeinsamen Wurzeln finden, aus denen die Zivilisation des Kontinents erwachsen ist, seine Kultur, seine Dynamik,

seine Unternehmungslust, seine Fähigkeit zur konstruktiven Ausbreitung auch in andere Kontinente, kurz: alles, was seinen Ruhm ausmacht.

Auch in unserer Zeit bleibt die Seele Europas geeint, weil es über seinen gemeinsamen Ursprung hinaus von den gleichen christlichen und humanen Werten lebt wie beispielsweise der Würde der menschlichen Person, dem echten Gefühl für Gerechtigkeit und Freiheit, der Arbeitsamkeit, dem Unternehmungsgeist, der Liebe zur Familie, der Achtung vor dem Leben, der Toleranz, dem Wunsch zur Zusammenarbeit und zum Frieden, die seine charakteristischen Merkmale sind und es kennzeichnen.”

Eigene Erfahrungen

Meine persönlichen Erfahrungen sind die Erfahrungen eines Europäers, der jahrelang in der Hitler- und in der Stalinhölle gelebt und diese überlebt hat. Diese Erfahrungen haben mich überzeugt, dass die Menschen gezwungen sind, sich in einem gewissen Sinne anzupassen. Aber wenn wir diese gemeinsame Hierarchie der Werte, der geistigen Werte, bewahren wollten, gab es keine Macht von Kanonen und Panzern, und keine andere Macht, die uns dazu bringen konnte, unsere eigene Geschichte, unsere Gesinnung und unser Bewusstsein zu verraten.

Mehrere Völker Mittel- und Osteuropas haben trotz der Isolation entschieden: Wir wollen in Europa bleiben. Diese Völker haben sich von dem Kontinent Europa und von dem abendländischen Erbe nie geistig losgelöst, weil sie ihre eigene Identität bewahren wollten. In diesem Sinne kann man sagen, dass sich die Polen, die Ungarn, die Tschechen, auch die Balten, mit der europäischen Teilung nach Jalta und Potsdam nicht abgefunden haben, obwohl sie längere Zeit diese Ablehnung nur indirekt äußern konnten. Diese Teilung bedeutete nämlich für diese Völker das Aufzwingen eines Wertsystems, das ihrer eigenen Identität fremd war.

Geschichte und Zukunft

Unsere Aufgabe unter den veränderten Bedingungen ist es, uns unserer Kultur bewusst zu werden, unsere gemeinsame Kultur zu bewahren, zu entwickeln, zu bereichern. Das war schon früher – wenn auch in begrenztem Maße – über alle bestehenden Grenzen und ideologischen Gegensätze hinweg möglich. Unsere gemeinsame erlebte – oft schmerzlich erlebte – Geschichte kann uns in eine gemeinsame, bewusst gemeinsam angestrebte Zukunft führen. Es gilt, die historischen, kulturellen und menschlichen Gemeinsamkeiten in ganz Europa zu stärken. Gesellschaftliche Systeme und politische Grenzen trennten lange unser gemeinsames Europa. Sie konnten jedoch unsere kulturelle europäische Identität nicht zerstören. Die Europäer des 21. Jahrhunderts erwarten ein eindeutiges „Nein“ zu Hassgefühlen. Sie erwarten Freiheit, Frieden. Im christlichen Abendland wissen wir, dass Frieden untrennbar mit der Freiheit des Individuums verbunden ist. Daher gibt es also keinen wahren Frieden ohne Beachtung der Menschenwürde, ohne praktische Anerkennung und Realisierung der Menschenrechte, ohne Erziehung unserer Kinder im Geiste der Toleranz und der Demokratie, voller Achtung der Andersdenkenden.

Europäische Vision

Papst Johannes Paul II. hat vor 15 Jahren, im Oktober 1988 – also unmittelbar vor der politischen Wende (die Mauer in Berlin stand noch) – in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg von der Zukunft Europas gesprochen: „Die vereinigten europäischen Völker werden die Vorherrschaft eines Volkes oder einer Kultur über andere nicht zulassen, sie werden aber das gleiche Recht für alle unterstützen und sich gegenseitig durch ihre Verschiedenheit bereichern. Die Reiche der Vergangenheit, die versuchten, ihre Herrschaft auf Gewalt und Assimilation zu gründen, sind alle gescheitert. Euer Europa wird das des freien Zusammenschlusses aller

seiner Völker und des Zusammenlegens der mannigfaltigen Reichtümer seiner Verschiedenheit sein. Andere Völker werden sich bestimmt denjenigen anschließen können, die heute hier vertreten sind.

Als Oberhirte der Universalkirche, der aus Osteuropa kommt und der das Verlangen der slawischen Völker kennt – dieser anderen Lunge unserer europäischen Heimat – spreche ich den Wunsch aus, dass Europa – sich in letzter Instanz freie Institutionen gebend – eines Tages sich zu den Dimensionen ausbreiten könnte, die ihm von der Geographie und der Geschichte gegeben wurden. Wie sollte ich das nicht wünschen, da die vom christlichen Glauben beseelte Kultur die Geschichte aller Völker unseres einzigen Europa tief gezeichnet hat – die Geschichte der Griechen, der Römer, der Germanen und der Slawen, trotz aller Schicksalsschläge und gegensätzlicher sozialer und ideologischer Systeme.”

Visionäre Worte

Diese Vision ist gerade dabei, sich zu erfüllen. Die Vision eines integrierten Europas freier Völker und freier Staaten – in Verbundenheit mit der geistigen und kulturellen Tradition des eigenen Volkes, im tieferen Verständnis für die Nachbarvölker, schließlich auch im Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit mit der ganzen Menschheit.

Die Rolle der Geschichte ist hier von großer Bedeutung, auch ihre Schattenseite, z.B. in der Zeit der Diktatoren. Aus der Perspektive der gemeinsamen europäischen Zukunft müssen wir lernen zu begreifen, dass die grausamsten Erfahrungen des XX. Jahrhunderts nicht für alle Europäer vom Atlantik bis zum Baltikum und noch weiter nach Osten gleich waren. Und so verstehen heute fast alle gebildeten Menschen, dass das Schicksal der europäischen Juden durch die zwar erst 1942 in Berlin formell getroffene Entscheidung der sog. “Endlösung der Judenfrage” bedingt war, dass

in der Praxis aber die biologische Vernichtung aller als Juden definierten Menschen auf dem Territorium Osteuropas schon ab Sommer/Herbst 1941 in die Tat umgesetzt wurde. Man begreift allerdings viel seltener, dass große Teile der polnischen Gesellschaft und der polnischen Oberschicht vom Beginn des Krieges an, also bereits im September 1939 zur totalen Vernichtung vorgesehen waren. Auch in Deutschland gab es schon vor über 40 Jahren seriöse Historiker, wie Martin Broszat, die sich über diese Planung eindeutig geäußert haben. Die Tragödie der Deutschen nach 1945 wurde durch die frühere NS-Politik im Osten veranlasst. Heute kann die Geschichte auf beiden Seiten zur Verrechnung und Abrechnung bewegen. Die Folgen sind möglicherweise nicht für alle klar. Wer sie aber versteht, sollte sich mutig widersetzen und laut warnen – im Interesse der beiden Völker und der europäischen Stabilität. ■

Anmerkungen

¹ H. Muszynski, *Europa ducha – Europa des Geistes*, Gniezno 2002 S. 10-11.

Europa gestern, heute und morgen

Helmut Kohl

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke meinem guten Freund Władysław Bartoszewski, dass er so freundlich und entgegenkommend war, deutsch zu sprechen. Dies ist eine Geste, die ich zu schätzen weiß, die ich aber leider nicht zurückgeben kann. Ich danke Ihnen nochmals für diese Rede. Aber nicht nur für die Rede, sondern auch für die Art, wie Sie gesprochen haben, und für das, was eben nicht nur in Worte gekleidet war, sondern zwischen den Zeilen mitschwang. Władysław Bartoszewski ist einer der ganz großen Europäer. Man kann in Abwandlung eines Satzes von Thomas Mann sagen: Er ist ein großer Pole und ein großer Europäer! Ein Patriot. Auch wenn einige diesen Begriff nicht lieben, es ist eine sehr treffende Bezeichnung. Er ist darüber hinaus Präsident des polnischen PEN-Clubs. In Deutschland wäre es ganz

undenkbar, dass ein ehemaliger führender Politiker Präsident des PEN-Clubs wird, was einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen unseren Ländern darstellt.

Ich spreche heute zu Ihnen als jemand, der den geschichtlichen und geistesgeschichtlichen Hintergrund mit Ihnen teilt. Aber auch als jemand, der über Jahrzehnte in der politischen Verantwortung durch die Praxis geprägt ist. Aus diesem Grund will ich über aktuelle Fragen sprechen.

Ich habe den Eindruck, dass ein Großteil der gegenwärtigen Diskussion – übrigens auch das Thema Konvent betreffend, über das wir gestern Mittag diskutiert haben – von vielen auch deshalb nicht ganz verstanden wird, weil sie nicht bereit sind, die Vorgeschichte und die Entwicklung der Europäischen Union zur Kenntnis zu nehmen. Wer heute über die Europäische Union redet, über die Perspektiven – wie könnte es denn weitergehen? – der muss natürlich von der Geschichte, auch von der Geistesgeschichte ausgehen. Er muss von den Werten des christlichen Abendlandes ausgehen. Herr Bartoszewski hat dies gerade sehr deutlich gemacht. Gleichzeitig muss man die Realität, die realen Gegebenheiten beachten. Und dazu gehören auch die schrecklichen Kapitel der Geschichte Europas in den letzten 100 bzw. 200 Jahren.

Im April diesen Jahres waren die Staats- und Regierungschefs sowohl der bisherigen als auch der kommenden EU-Mitglieder, die im Mai beitreten werden, auf der Akropolis in Athen versammelt. Wenn Sie sich dieses Bild vergegenwärtigen und sich vorstellen, dass man dieses Bild so vergrößern könnte, dass unter jedem, der dort abgebildet war, auch der Name seines Landes stünde, dann würden Sie feststellen, dass nahezu jedes Land, das dort vertreten war, im letzten Jahrhundert mit einem der anderen Länder in irgendeiner Form Krieg geführt hat. Die Tatsache, dass diese Staaten nun gemeinsam die EU bilden, ist ein Signal, das eigentlich mehr als alles andere aussagt: wir sind ein entscheidendes Stück vorangekommen. Der Nationalstaat alter Prägung ist gescheitert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine andere aktuelle Frage ansprechen: Ein Teil unserer Probleme im Kontext der Diskussion zwischen Europa und den Vereinigten Staaten hat auch damit zu tun, dass die Amerikaner nicht zuletzt im Zweiten Weltkrieg und im Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus viel riskiert hatten. Und nun stellen sie gelegentlich die Frage: honoriert ihr dies eigentlich oder habt ihr das vergessen? Damit meinen sie im Moment vielleicht nicht so sehr die Deutschen als die Franzosen, das ist offenkundig. Es ist für jedermann erkennbar, dass im amerikanischen Senat und in den Think Tanks, in denen eine junge Generation die Verantwortung übernommen hat, solche Gedanken aufkommen.

Wir Europäer haben als Folge des zweiten Weltkrieges den Abstieg Europas im Ökonomischen wie im Militärischen erlebt. Mit der „Stunde Null“ ist noch zusätzlich die Spaltung Europas vollzogen worden. Sie ist von Stalin nicht nur militärisch und politisch sondern auch ökonomisch herbeigeführt worden.

Wenn wir etwa in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland, nach 1945 ökonomisch wieder auf die Beine gekommen sind – man nannte das später das Wirtschaftswunder – dann war das eigentlich kein Wunder, sondern es waren zwei Faktoren, die uns geholfen haben: es war die Hilfe der Amerikaner, die uns in der „Stunde Null“ auf die Beine half, und damit verbunden war auch eine moralische Unterstützung für die Deutschen und viele Westeuropäer, die nicht mehr daran glauben konnten, dass es wieder aufwärts gehen könnte. Aber dann haben sie erkannt, wenn man jetzt nicht aufgeben, sondern die Ärmel hochkrempeln würde und anfangs etwas zu tun, dann könnte man es wieder schaffen. Diesem Geist einer ganzen Generation, haben wir den Aufschwung Deutschlands und Europas nach dem zweiten Weltkrieg zu verdanken.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, in meinem eigenen Land war die alte Bundesrepublik durch die Führung der UdSSR sowie die Erbauer der früheren DDR von der späteren DDR getrennt worden und es entstand in beiden Teilen in den letzten 40 Jahren eine völlig unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ähnlich war die Entwicklung in ganz Europa und damit haben Sie zugleich ein Beispiel für die Probleme, die auf die EU nach der Erweiterung zukommen. Daraus folgt für mich, dass diejenigen, die das Glück hatten – wie wir in Westdeutschland – in diesen Jahrzehnten auf der Sonnenseite der Geschichte zu sein, jetzt auch bereit sein müssen, zu sagen: die Länder, die länger warten mussten und dies nicht zu vertreten haben, müssen Vorrang haben, um unseren Vorsprung aufholen zu können. Ich sage das ganz klar auch mit Blick auf die Erweiterungsprobleme. Denn wer das nicht einsieht, wird für den Frieden in Europa keinen Beitrag leisten können.

Ich sage seit Jahren zu Hause in meinem eigenen Land, dass die ehemalige DDR oder besser gesagt, die Neuen Länder, Vorfahrt haben müssen. Und das, was ich für Deutschland sage, kann natürlich auch auf die Verhältnisse in Europa insgesamt übertragen werden. Dies hat Auswirkungen auf die Stimmung – Missstimmung oder positive Stimmung – in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die jetzt über den Beitritt abstimmen. Und ein Zweites müssen wir sehen: die Menschen in Ost und West haben sich im Zeitalter des Kalten Krieges mehr auseinander gelebt, als viele zugeben. Dies ist wiederum besonders bei uns in Deutschland deutlich geworden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Diskussion über die USA in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und in Westeuropa verfolgen, dann sehen Sie natürlich, dass in diesen Jahrzehnten die Propaganda und vieles andere, ihre Spuren auch bei denen, die nicht für das Regime waren, hinterlassen hat. Aber die Welt hat sich verändert. Das alte Schema vom Osten und Westen passt nicht mehr. Wir haben es statt mit einer bipolaren mit einer multipolaren Welt zu tun, was enorme Auswirkungen auf den Bereich der Sicher-

heitspolitik, auf die Politik überhaupt hat. Wir – ebenso wie unsere amerikanischen Freunde – müssen uns dieser neuen Entwicklung stellen.

Jeder von Ihnen, der mich kennt, weiß, dass ich ein großer und geprüfter Freund der Amerikaner bin. Aber, meine Damen und Herren, das, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, hat gelegentlich gezeigt, dass auch bei unseren amerikanischen Freunden die neue Entwicklung – hin zu einer multipolaren Welt, einer Welt mit neuen Zentren – noch nicht überall verstanden wird.

Das Wichtigste allerdings, wenn ich über „Europa gestern und heute“ spreche, ist, dass es nach 1945 Männer und Frauen gab, die als Ertrag ihres Lebens – aus Gefängnissen und Konzentrationslagern der Diktatoren kommend – forderten: „Nie wieder Krieg!“. Dieser Wunsch bestimmte Männer wie Winston Churchill, Alcide de Gasperi, Robert Schuman, Jean Monnet und Konrad Adenauer in ihrem Bestreben, die europäische Zusammenarbeit voranzutreiben. Diese Visionäre haben sich heute als die wahren Realisten erwiesen. Woran sie glaubten und wofür sie eintraten – Frieden und Freiheit – ist in der Europäischen Union Wirklichkeit geworden.

Diese Verständigung erreichte der französische Außenminister Robert Schuman 1950 mit dem nach ihm benannten Plan, die Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs einer gemeinsamen Kontrolle zu unterstellen. Das war der Anfang vom Ende der Jahrhunderte alten Feindschaft zwischen beiden Ländern. Adenauer und de Gaulle besiegelten dies 1963 im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Ohne diese Aussöhnung mit unseren Nachbarn und ohne die Politik der europäischen Integration hätte es auch keine Deutsche Einheit gegeben. Die Deutsche Einheit und die europäische Einigung sind zwei Seiten ein und der selben Medaille.

Bis zur Europäischen Union und dem Maastrichter Vertrag war es ein langer, teils auch ein von Enttäuschungen begleiteter Weg. Oftmals mussten wir uns gegen Kleinmut und Ängstlichkeit wehren. Wenn ich an meinen ersten EG-Gipfel als Bundeskanzler 1982 in Kopenhagen denke, so war das damals meistgebrauchte Wort für Europa „Eurosclerose“. Kein Mensch glaubte an die Zukunft eines vereinten Europas; man wurde schlicht ausgelacht. Als 1991 der Maastrichter Vertrag ausgehandelt wurde, meinten die Pessimisten, er würde niemals ratifiziert werden und dennoch trat er 1992 in Kraft. Oder nehmen Sie den Vertrag von Amsterdam von 1997 mit dem Beschluss, eine gemeinsame europäische Währung einzuführen. Von ihr wurde behauptet, sie käme nie. Sicher, die Wirtschafts- und Währungsunion war ein ausgesprochen schwieriges Unterfangen, doch jetzt ist sie Realität!

Seit zwanzig Monaten zahlen in 12 europäischen Staaten über 300 Millionen Menschen in ein und derselben Währung. Mit der Erweiterung der Europäischen Union werden einmal an die fünfhundert Millionen Menschen mit dem Euro zahlen. Schon jetzt ist die Euro-Zone das bevölkerungsreichste Wirtschafts- und Währungsgebiet der Welt mit dem höchsten Anteil an den weltweiten Exporten. Für mich steht deshalb außer Frage: der Euro wird sich nach dem Dollar und vor dem Yen als wichtigste Währung der Welt etablieren.

Natürlich war es gerade für uns Deutsche ein schwerer Schritt, die stabile, „gute“ D-Mark zugunsten des Euros aufzugeben. Denn die D-Mark stand für Wohlstand und Stabilität. Vergessen wir nicht: noch vor Gründung der Bundesrepublik, vor Einführung einer deutschen Flagge und einer deutschen Nationalhymne kursierte schon die D-Mark! Sie war sozusagen das erste Identifikationsmerkmal der Deutschen nach dem Krieg.

Der Euro ist jedoch mehr als ein reines Zahlungsmittel. Er ist für mich ein Schlüsselprojekt auf dem Weg zum geeinten Europa. Die Einführung der neuen Währung ist deshalb einer der bedeutendsten Marksteine in der Ge-

schichte der Europäischen Union. Denn durch die Wirtschafts- und Währungsunion ist die europäische Einigung irreversibel, d.h. unumkehrbar geworden. Der Euro ist zudem ein Identifikationsmerkmal Europas, ein sichtbares Zeichen der Zusammengehörigkeit. Er trägt maßgeblich dazu bei, dass ein europäisches Bewusstsein entsteht.

Die Staaten, die bald als neue Mitglieder in die Europäische Union eintreten, also auch Polen, werden über kurz oder lang ebenfalls den Euro einführen. Bei Aufnahme der Staaten im nächsten Jahr wird sich die Zahl der EU-Mitgliedsstaaten von 15 auf 25 erhöhen. Das Territorium der Europäischen Union wird sich dann um ca. 30 Prozent vergrößern und die Bevölkerung der EU wird um rund 100 Millionen auf annähernd eine halbe Milliarde Menschen wachsen. Die Beitrittsländer mussten und müssen, um die Beitrittskriterien zu erreichen, erhebliche Opfer bringen. Wir leisteten und leisten dabei Hilfe, Hilfe zur Selbsthilfe.

Einige Mitgliedsländer der EU, darunter auch die jetzige Bundesregierung, sperrten sich gegen eine rasche Integration einiger Kandidaten in die europäische Agrarpolitik, weil sie zuviel Geld kostet. Ich habe das immer für falsch gehalten. Es ist eine große Heuchelei, wenn aus Kostengründen der Erweiterungsprozess verzögert wird. Das Gegenteil ist zu tun: es darf keine Zeit verloren werden.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist nicht nur eine historische und moralische Verpflichtung; sie liegt auch im ureigensten Interesse der Mitgliedsländer und wäre für ganz Europa, besonders aber für Deutschland von Vorteil. Wir Deutsche haben als Land mitten in Europa die längsten Grenzen mit unseren Nachbarn. Der größte Teil unseres Exports geht in EU-Mitgliedsländer. Und somit liegt es in unserem Interesse, dass das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern der Europäischen Union und den Staaten Mittel- und Osteuropas verringert wird.

Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind Teil unserer Kultur. Denn ob Sie über die Plätze Krakaus, Warschaus, Prags oder Budapests gehen, Sie befinden sich mitten in Europa. Die christlich-abendländische Kultur vereint das gesamte Europa. Zu den unvergesslichen Erlebnissen meines Lebens gehört, wie Mitte der 90er Jahre die Staatspräsidenten der drei baltischen Staaten in meinem Büro im Bonner Kanzleramt standen und ganz direkt sagten: „Herr Bundeskanzler, wir melden uns zurück in Europa.“

Die Ost-Erweiterung wird neue Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, und zwar sowohl in den Beitritts- als auch in den Mitgliedstaaten. Die Probleme, die mit der Erweiterung verbunden sind, sind schwierig, aber sie lassen sich lösen. Alle, die jetzt den Erweiterungsprozess verzögern, müssen sich fragen lassen: Was ist eigentlich die Alternative zur raschen Aufnahme der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas? Wenn wir weiter warten, können neue Gegensätze zwischen Ost- und Westeuropa entstehen. Soll es etwa einen Vorrang des Westens vor dem Osten geben? Mit Romano Prodi, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, bin ich deshalb der Meinung, dass wir jetzt die große Chance haben, den Kontinent zu einen und Stabilität, Frieden und Wohlstand zu sichern.

Auch ein erweitertes Europa wird ein Kontinent der Vielfalt, ein Europa der Vaterländer sein. Es wird nach meiner festen Überzeugung überschaubar bleiben. Europa ist kein Leviathan, der sich von Brüssel oder Straßburg aus über Europa wölbt. Deshalb halte ich auch am Prinzip der Subsidiarität in Europa fest. Das heißt, die Probleme müssen auf der Ebene gelöst werden, auf der sie am besten gelöst werden können, nämlich nahe bei den Menschen. Dabei muss immer wieder geprüft werden, ob nicht bestimmte Zuständigkeiten von der Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten oder die Regionen zurückzugeben sind.

Der Verfassungskonvent, der beim EU-Gipfel in Laeken Mitte Dezember 2001 ins Leben gerufen wurde, hat eine klare Abgrenzung der Kompeten-

zen getroffen. Danach soll die Europäische Union für eine Regelung nur dann zuständig sein, wenn die nationale Ebene nicht genügt und gewisse Dinge wirksamer von der Union realisiert werden können. Die nationalen Parlamente wie auch der Ausschuss der Regionen sollen zudem das Recht haben, über ein Gutachterverfahren beim Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen, ob die Kompetenzordnung der Verfassung eingehalten wurde. Ich denke, dass diese Vorschläge sehr vernünftig sind.

Für die Existenz und Zukunft der Gemeinschaft ist ein gleichberechtigtes Zusammenwirken der großen und kleinen Staaten lebenswichtig. Die Bedeutung eines Mitgliedstaates lässt sich nicht allein an seiner Einwohnerzahl messen. Winston Churchill hatte schon in seiner berühmten Züricher Rede am 19. September 1946 betont, dass die Bedeutung der Mitgliedstaaten nicht allein nach materiellen Gesichtspunkten beurteilt werden darf. Wörtlich formulierte er damals: „Kleine Nationen werden so viel wie große gelten und durch ihren Beitrag für die gemeinsame Sache Ruhm erringen können.“ Auch François Mitterand und ich waren immer der Auffassung: mehr als das Kriterium der Quantität muss das der Qualität gelten.

Die Erweiterung der Europäischen Union und die Reformen innerhalb der EU müssen aufeinander abgestimmt sein und zueinander passen. Dazu muss im Bereich der internen Reformen noch einiges getan werden. Ich denke hier vor allem an eine engere Zusammenarbeit bei der Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei der Inneren Sicherheit.

Denn eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik bleibt kraftlos, wenn sie nicht geschlossen vertreten wird. Europa muss lernen, mit einer Stimme zu sprechen. Erst dann agiert die EU effektiv und wird in der Welt ernst genommen, wenn sie angesichts der vielfältigen Herausforderungen einmütig handelt. Gerade bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus ist dies zwingend notwendig, denn das Verbrechen und der Terrorismus machen an den Landesgrenzen nicht halt. Deshalb ist es wichtig, dass die Zuständigkeiten von EUROPOL ausgeweitet werden.

Darüber hinaus braucht Europa gerade in Sicherheitsfragen klare Entscheidungen. Wichtiger denn je ist es darum, das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen im Rat auszubauen.

Ein Blick auf das letzte Jahrhundert lässt ermessen, welche gewaltige Wegstrecke wir in Europa gemeinsam zurückgelegt haben. Ausgehend von der 1951 gebildeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit sechs Mitgliedsländern ist bis heute eine Europäische Union mit 15 Staaten entstanden! 2004 werden es insgesamt 25 und in naher Zukunft sogar 27 Staaten sein.

Die Zeit des Nationalstaates alter Prägung ist in Europa endlich vorbei. Wir haben aus den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege mit Millionen von Toten und unendlichem Leid gelernt. An diese Erfahrung dachte der französische Staatspräsident François Mitterand, als er wenige Monate vor seinem Tod ausrief: „*Der Nationalismus, das ist der Krieg, und wir wollen den Frieden*“. Er hat Recht! Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts ist nicht in der Lage, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Die europäische Einigung hingegen ist die wirksamste Versicherung gegen einen Rückfall in den unheilvollen Chauvinismus des vergangenen Jahrhunderts.

Die Geschichte wiederholt sich nicht so einfach. Aber sie mahnt zur Wachsamkeit. Wer hätte es für möglich gehalten, dass sich noch vor kurzem auf dem Balkan – mitten in Europa – Menschen derart bekriegen? Frieden und Freiheit müssen jeden Tag aufs neue gesichert werden! Meine Vision vom Europa des 21. Jahrhunderts ist die einer starken solidarischen Gemeinschaft,

- die über die ehemaligen Gräben des Kalten Krieges hinweg zusammenwächst und in der die Menschen in Frieden und Freiheit leben können,

- die weiterhin fest zu ihrer transatlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und Kanada steht,
- und zugleich enge Beziehungen zu Russland, der Ukraine und den übrigen Staaten, die einst die Sowjetunion bildeten, pflegt.

Und es ist die Vision eines vereinten Europas, in dem die Grenzen offen stehen, so dass die Menschen sie überschreiten und Freundschaften schließen können.

In Europa ist eine junge Generation herangewachsen, die das Beste, was man sich vorstellen kann, verheißt. Sicher, sie ist in vielem anders, aber jede Generation unterscheidet sich von der vorhergehenden. Wir haben eine junge Generation an den Universitäten und an den Schulen in Europa: manchmal zaghaft, manchmal nicht sehr selbstbewusst, manchmal wieder sehr kess und fordernd. Es ist eine gute Generation. Sie stammt übrigens auch von uns ab – das ist allein schon ein Hinweis auf ihre Qualität. Diese Generation geht jetzt voran ins 21. Jahrhundert. Natürlich bedankt sie sich nicht jeden Tag dafür, was wir im 20. Jahrhundert geleistet haben. Aber diese Generation – da bin ich mir sicher – wird mit großem Engagement für Frieden und Freiheit in Europa eintreten. Das ist das Erbe der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Aus diesem Grund haben wir heute alle Chancen. Wenn Sie jetzt hören, warum das oder jenes nicht funktionieren wird, dann kann ich Ihnen nur raten, arbeiten sie weiter und denken Sie, die Karawane zieht weiter. Diese Leute, die nur Bedenken haben, bringen uns nicht voran. Die großen alten Männer und Frauen der frühen 50er Jahre, die Europa auf den Weg gebracht haben, eine Persönlichkeit wie der Papst – und er steht für viele andere, auch in unserer Kirche – sie weisen den Weg. Ich denke, für einen

Christenmenschen gehört es sich nicht, verzagt zu sein, sondern mit Optimismus den Weg in die Zukunft zu gehen.

Ich bin oft gefragt worden: wie war das eigentlich bei euch mit der Deutschen Einheit? Meine Antwort lautet: da ist vieles Geschehen, das wir nicht voraussahen. Weder das Datum, noch die Umstände. Und manchmal kam ich mir vor, als ob ich an einem Hochmoor stehe und ich weiß, da ist ein Knüppelgang, über den man auf die andere Seite gelangt, es ist jedoch Wasser über dem Knüppelweg und man muss tastend hinübergehen.

Aber, meine Damen und Herren, ich sage jetzt liebe Freunde, wir sind auf der anderen Seite angekommen. Mit Gottes Hilfe. In Europa sind wir auch über diesen Damm hinweg gekommen und jetzt können wir mit viel Mut in die Zukunft voran gehen. ■

Grundlagen der Stabilität im zukünftigen Europa

Irena Lipowicz

1. Die geistigen Grundlagen Europas im Spiegel der Präambel der zukünftigen EU-Verfassung

Die in der Präambel des Verfassungsvertrages angesprochenen Grundlagen Europas verraten viel über den derzeitigen Zustand der Europäischen Union.¹ Doch worin sah der Verfassungskonvent diese Grundlagen? Die Präambel eröffnet ein Zitat des Thukydides, wonach die Demokratie diejenige Staatsverfassung verkörpert, in der sich der Staat nach der Mehrheit seiner Bürger richtet und nicht nach einigen wenigen Bürgern. Im Vordergrund stehen also die Mechanismen der Demokratie und nicht ihr Wesen. Das demokratische Europa wird als Kontinent definiert, aus dem

die menschliche Zivilisation hervorging. Dies ist nach zwei in Europa ausgelösten Weltkriegen und nach der Epoche des Kolonialismus eine sehr gewagte Behauptung. Im Anschluss daran wird die wellenförmige Besiedlung Europas in einem historischen – doch allgemein gehaltenen – Abriss beschrieben. Daraufhin wird festgestellt, dass sich im Laufe der Jahrhunderte bestimmte Werte herausgebildet haben, die letztendlich den Humanismus fest verankerten: Gleichheit, Freiheit, Primat der Vernunft.

Der Humanismus ist also laut Präambel letztendlich die Ursache für den Fortschritt der Menschheit und bildet zugleich dessen geistige Frucht. In der vorherigen Version nahm indessen die Französische Revolution mit ihrer berühmten Triade „Gleichheit – Freiheit – Brüderlichkeit“ den zentralen Platz ein. Der Humanismus wurde dabei eher mit der Renaissance gleichgesetzt. Man hätte meinen können, dass das altmodische Wort „Brüderlichkeit“ durch „Solidarität“ - „das Tragen fremder Lasten“ - ersetzt werden würde. Die Ersetzung der „Brüderlichkeit“ durch „Wertschätzung der Vernunft“ ist äußerst bezeichnend. Im neuen Europa wird also der Rationalismus zur geistigen Bastion ersten Ranges. Das Wort „Solidarität“ taucht hingegen erst später im fortlaufenden Verfassungstext auf.

Europa soll aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe schöpfen, dessen Werte in Europa weiterhin lebendig sind. Diese sehr allgemeine und sphinxhafte Feststellung wird insofern konkretisiert, als im wesentlichen die Werte der jüdisch-christlichen Tradition (die als solche jedoch nicht ausdrücklich beim Namen genannt wird!) aufgegriffen werden. Der zentrale Ort des Menschen im Wertesystem, die Unveräußerlichkeit und Unantastbarkeit seiner Rechte sowie der Primat des Rechts in der Gesellschaft bilden den Kern der angesprochenen Werte.²

Die zwischen Kultur und Humanismus platzierte Religion nimmt hingegen als Quelle der Wertevermittlung unter den Generationen keinen besonderen Platz ein. Die Religion wird vielmehr nur adjektivisch erwähnt und befindet sich bereits nicht mehr im traditionellen dualistischen Spannungsgefüge

Europas (saeculum - sacerdotium), geschweige denn an erster Stelle.³ Eine solche Textredaktion ruft unweigerlich gewisse Zweifel hervor. Denn während z.B. die religiöse Tradition des Islam zweifellos ein fester Bestandteil der Geschichte Europas ist, wecken die in der Präambel erwähnte Unantastbarkeit der Menschenrechte und die zentrale Stellung des Individuums als natürliche Konsequenz religiöser Inspiration in Hinblick auf die Werte des Islam und des Konfuzianismus eine gewisse Skepsis.

Ebenso interessant wie der Inhalt der Präambel ist das, was diese niemals enthalten hat bzw. was aus ihr entfernt wurde. Die allgemein gehaltene Formel über die religiösen Quellen wurde nämlich erst nach dem Beginn der Debatte über den zuvor vorgeschlagenen Präambeltext verwendet. In der vorherigen Fassung war indessen noch vom antiken Erbe Griechenlands und Roms die Rede gewesen. Erst anschließend erschien nach der stillschweigend übergangenen historischen Rolle des Christentums (sowie jüdischer und islamischer Elemente) die oben erwähnte Französische Revolution als einzig wahre Revolution in der Geschichte Europas. Sie wird sogar „namentlich“ erwähnt, so dass man meinen kann, dass sie für die geistige Prägung des Alten Kontinents am wichtigsten war.

Außerdem fand trotz des Vorschlags der EVP die Formel der polnischen Verfassung von 1997 keinen Eingang in die gegenwärtige Textversion der geplanten europäischen Verfassung: „sowohl diejenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universalen Werte aus anderen Quellen ableiten“. Darüber hinaus enthält die Präambel keinen dem polnischen Äquivalent entsprechenden Satz über die schließlich nicht nur Polen betreffenden „bitteren Erfahrungen aus Zeiten, in denen grundlegende Menschenrechte verletzt wurden“. Ferner fehlen z.B. bereits in der Präambel der geplanten EU-Verfassung die Leitprinzipien von Subsidiarität und gesellschaftlichem Dialog, obwohl die Subsidiarität in den ersten Artikeln des Verfassungstraktats durchaus auftaucht.

Was soll Europa in Zukunft tun? Gemäß der Präambel soll Europa ein Kontinent bleiben (das heißt also, dass er es schon ist!), der für Kultur, Wissen und gesellschaftlichen Fortschritt offen ist. Abgesehen davon sollen die Staaten Europas ihren demokratischen Charakter und die Transparenz des öffentlichen Lebens „vertiefen“. Diese Transparenz wird dabei als eigenständiger Wert neben der Demokratie erwähnt, obwohl sie nach klassischer Auffassung nur ein Bestandteil der Demokratie ist. Man berührte hier also einen sehr schmerzvollen Punkt im Gesellschaftsleben von heute. Europa „strebt“ nach Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität „auf der ganzen Welt“. Es nimmt also einen Teil der globalen Verantwortung auf sich. Gleichwohl werden keinerlei Organisationen genannt, die sich besonders für diese Gerechtigkeit einsetzen. Wenn man also die Ziele der erweiterten EU festlegen wollte, so definieren Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität in ihrer ganzen Mehrdeutigkeit langfristige Ziele, die den Werterahmen für die gesamte supranationale Staatengemeinschaft Europas bilden.

Die Präambel stellt fest, dass die Völker Europas auf ihre nationale Identität und Geschichte stolz sind und „sich über alte Abgrenzungen erheben“ wollen. Dabei seien sie entschlossen, vereint die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Man gibt also zu, dass die alten Trennlinien weiterhin existieren, wobei man sich also eher über diese emporheben soll als sie wirklich zu entfernen. Diese Formel erscheint sehr „steril“ und profillos. Sie könnte sich genauso gut auf die Vereinigung Afrikas und Asiens beziehen, deren Völker schließlich auch auf ihre Identität und Geschichte stolz sind. Denn auch diese Völker müssten sich zweifellos über alte Abgrenzungen erheben (z.B. im Rahmen der ASEAN-Gruppe), um ihre gemeinsame Zukunft zu gestalten. Eine neue europäische Qualität bringen indessen diejenigen Teile der Präambel, die von der „Einheit in Vielfalt“ sprechen. In Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und das Verantwortungsgefühl bezüglich „zukünftiger Generationen und der Erde“ soll die „Einheit in Vielfalt“ dazu dienen, den europäischen Kontinent zu einem besonderen Gebiet menschlicher Hoffnung zu machen.

Doch auch dieser Leitgedanke ist nicht ausschließlich europäisches Gedankengut. So geht z.B. die kanadische und die australische Politik schon seit langem in diese Richtung. Das älteste Beispiel der Einheit in einer Jahrhunderte lang gepflegten Vielfalt verkörpert die Schweiz, die sich außerhalb der EU befindet.⁴ Genau in diese Richtung strebt auch die Europäische Union, was von der geplanten Verfassung ausdrücklich bestätigt wird. Das Leitmotiv von der „Einheit in Vielfalt“ unterscheidet sich in der Tat von den amerikanischen Integrationsbestrebungen und kann durchaus zu einer völlig anderen kollektiven Identität beitragen.

Diese Deklaration verpflichtet zur Achtung der europäischen Vielfalt in Hinblick auf die rechtliche und soziale Stellung der nationalen Minderheiten. Zur Pflicht wird dadurch aber auch die Sorge um den Schutz der einzelnen Volkskulturen, die Verschiedenartigkeit der Sprachen und Dialekte sowie juristische Regulierungen für die Medienwelt im Geiste der Respektierung ihrer Vielfalt. Aus dem Prinzip „Einheit in Vielfalt“ ergibt sich aber auch die Verpflichtung, originelle Lebensmittelprodukte aus bestimmten Regionen der EU unter speziellen Rechtsschutz zu stellen.

Europa als „Kap der Guten Hoffnung“ der Menschheit. Diese schöne und ehrgeizige Vision erlegt den EU-Institutionen besondere Verpflichtungen auf, z.B. angesichts der Scharen von verfolgten Flüchtlingen und Auswanderern, die an den Küsten Europas landen. Aber werden die Europäer den sich daraus ergebenden Anforderungen auch wirklich gerecht werden?

Der Beschluss der Präambel in seiner gegenwärtigen Gestalt schafft eine Situation, in der die Bürger der Republik Polen vor „Gott oder dem eigenen Gewissen“ sowie den zukünftigen Generationen – und gleichzeitig als Europäer „gegenüber den zukünftigen Generationen der Erde“ - verantwortlich sind. Die Erde wird somit ähnlich wie die „Gaia“ in der altgriechischen Mythologie nach über 3000 Jahren erneut zum Bezugspunkt der individuellen Verantwortlichkeit des europäischen Bürgers.

2. Die Grundlagen Europas im Spiegel der europäischen Diskussion

Welches sind die Fundamente Europas? Bestehen sie nach Habermas und Derrida aus dem Sozial- und Rechtsstaat, den Menschenrechten, der Ablehnung der Todesstrafe, der Verhandlung als Methode zur Regulierung der internationalen Beziehungen und der absoluten Vorrangstellung supranationaler Organisationen? Oder haben nicht etwa die Kritiker dieser Definition Recht, die auf das Trugbild dieser kategorischen Aufteilung hinweisen (wie z.B. Peter Strasser)?⁵

Die Kritiker betonen, dass die Mischung aus Rationalismus, Individualismus und Aktivismus auch für Nordamerika charakteristisch ist. Auch die Menschenrechte wurden - wenn man die gesamte Welt als Maßstab anlegt - in den USA früher verankert als in Europa. Ebenso wie der Europäer besitzt auch der Amerikaner ein persönliches Gefühl für die Freiheit, Würde und Fürsorgepflicht des Staates. Der „rule-of-law-state“ ist eine Variante des deutschen Rechtsstaatsmodells, wobei die Gewaltenteilung und die konstitutionelle „balance of powers“ in den USA sogar rigorosier gehandhabt wird als in Europa. Entgegen landläufigen Meinungen ist dort auch die Trennung von Kirche und Staat ausgeprägter.⁶ Denn in den USA trifft man im Gegensatz zu einigen europäischen Ländern keine Staatsbeamten an, die zugleich der Geistlichkeit angehören. Völlig fremd sind den Amerikanern auch die Verhältnisse in Griechenland, wo die Sonderstellung des orthodoxen Glaubens in der Staatsverfassung verankert ist.

Es bleiben also noch vier Elemente der Unterscheidung: der Sozialstaat und die größere Beachtung der sozialen Gerechtigkeit, die Abschaffung der Todesstrafe, (diplomatische) Verhandlungen als Methode der Konfliktlösung und die übergeordnete Bedeutung von internationalen Organisationen. Doch kann man bei diesen Elementen wirklich von der dauerhaften Andersartigkeit Europas sprechen? Die in zahlreichen EU-Ländern andauernden Privatisierungs- und Steuerreformen weisen nämlich insgesamt einen sehr liberalen Charakter auf. Diese Reformen tragen sicherlich erheblich

zur Demontage des klassischen Sozialstaats bei, wobei sich dieser Prozess in Zukunft eher noch verstärken wird. Die in Polen und in der EU generell abgeschaffte Todesstrafe ist in den dortigen Gesellschaften immer noch recht populär. Während also die ablehnende Haltung zur Todesstrafe zweifellos ein gemeinsames Markenzeichen der europäischen Eliten darstellt, ist die diesbezügliche Einstellung unter den breiten Schichten der Bevölkerung Europas durchaus gemischt.

Zur Wirklichkeit Europas gehören ferner die Neigung zum Egalitarismus und die mangelnde Toleranz gegenüber dem äußerst unterschiedlichen Vermögensstand der Bürger. Darüber hinaus beäugt man die Reichen eher misstrauisch, anstatt ihnen abergläubischen Respekt zu erweisen. Die wohlhabenden Bürger Europas gehören nicht ohne weiteres zur „Vorstellungswelt der Massen“ – dazu sind für gewöhnlich zusätzliche Attribute nötig. Materielle Armut und der Verlust des Arbeitsplatzes schließen die Betroffenen indessen nicht automatisch aus dem angestammten Familien- oder Freundeskreis aus, wie dies in den USA geschieht.

Zu dieser Wirklichkeitssicht gehört ferner die grundsätzliche Ablehnung von militärischen Einsätzen, während umgekehrt diplomatische Verhandlungen eindeutig bevorzugt werden. Darüber hinaus wird Europas gerne als „soft power“ angesehen, wobei man den Vereinten Nationen eine Vorrangstellung bei der Lösung internationaler Konflikte und Krisenherde einräumt. Doch in wieweit ist diese Haltung ein Grundelement der ursprünglichen europäischen Identität? Ist sie nicht vielmehr eine Art Nebenprodukt des allgemeinen Alterungsprozesses der Gesellschaft und ihrer politischen Repräsentanten? Resultiert diese Haltung letztendlich nicht auch aus dem Komfort von Frieden und Sicherheit, der Westeuropa über viele Jahre lang zu eigen war? Bei den nächsten (bzw. nach den nächsten) Wahlen wird die Mehrheit der Wähler nicht nur in Österreich über 50 Jahre alt sein. Diese Tatsache veranlasst die Politiker bei ihrem Werben um die Gunst der Bürger zu größerer Konservativität und Ruhe als bisher.

Die Suche nach der Identität Europas wird also auch weiterhin mit bestimmten Schwierigkeiten verbunden sein. Infolge der weltweiten Friedensbewegung und der antiamerikanischen Demonstrationswellen bleiben von den von Habermas und Derrida aufgestellten Identitätselementen schließlich noch drei übrig (einschließlich der gesellschaftlich nicht ganz akzeptierten Abschaffung der Todesstrafe).⁷ Der spontane Protest gegen bewaffnete Interventionen erfolgte auch aus dem bequemen Gefühl der persönlichen Sicherheit. Ähnliche Massendemonstrationen waren bei den militärischen Interventionen der UdSSR in der Tschechoslowakei (1968), Berlin (1953) und in Afghanistan (1978) bislang stets ausgeblieben, vom Beginn des Kriegszustands in Polen im Dezember 1981 ganz zu schweigen.

Gleichwohl darf der entscheidende Kern dieses Protests nicht unterschätzt werden: das frustrierende Gefühl der Europäer, dass das bewaffnete Eingreifen in die inneren Angelegenheiten eines Staates heutzutage nur noch vom Willen einer einzigen Supermacht abhängt, und nicht mehr von der NATO oder der UNO. Die Reaktionen auf diese Frustration können vielleicht den europäischen Einigungsprozess beschleunigen. Dabei scheint der westeuropäischen Öffentlichkeit nach Jahren der strikten Subordination unter den amerikanischen Nuklearschild die Haltung des offenen Widerstands gegenüber der US-Politik durchaus zu gefallen. Dennoch ist man immer noch weit von einer kristallklaren europäischen Identität entfernt.⁸

Wenn man sich darin einig ist, dass das Fundament der Stabilität Europas im Konsens über grundlegende Werte besteht und dass – wie es Polen jüngst auf der Präsidentenkonferenz in Salzburg formulierte – infolge dieses Wertekonsenses gemeinsame Interessen definiert werden, die zu einer gemeinsamen Politik führen, so kann dieser Prozess wohl kaum als beendet angesehen werden. Wie brüchig dieser Konsens letztlich noch ist, bezeugt am besten die Warnung des Vorsitzenden des Verfassungskonvents, dass eine weitere gesamteuropäische Debatte über Präambel und Verfassungstraktat einer Öffnung der Büchse der Pandora gleichkäme.

Nach langen Diskussionen verzichtete man schließlich darauf, das christliche Erbe Europas in der Präambel der zukünftigen Verfassung Europas ausdrücklich „beim Namen zu nennen“. Diese Haltung spiegelt das Problem wider, das die Europäer mit ihrer eigenen Identität haben. Die Gewaltenteilung wird heute allgemein anerkannt. Die Historiker weisen jedoch darauf hin, dass dieses Herrschaftsprinzip erst aufgrund der Erfahrungen des Konflikts zwischen Papst- und Kaisertum allmählich Gestalt annahm. Darüber hinaus räumte man in der zukünftigen Verfassung Europas der antiken Demokratie einen zentralen Platz ein. Demokratische Ideen entwickelten sich jedoch auch aus den Erfahrungen der mittelalterlichen Klosterwelt. Abgesehen davon wurden auch die Epochen der Reformation und Gegenreformation nicht eigens erwähnt. Dennoch hielt man im Verfassungsvertrag fest, welchen gesellschaftlichen Stellenwert man in dieser Zeit der Arbeit einräumte und wie die damalige soziale Rollenverteilung aussah. Auch die Subsidiarität wurde zu einem Grundpfeiler des europäischen Verfassungskonstrukts. Doch obwohl deren christliche Ursprünge geradezu auf der Hand liegen, wies man nicht ausdrücklich auf diese Quellen hin. Im übrigen erfolgte die Trennung von Person und Amt in der geistigen Tradition Europas sehr früh – bereits im Zeitalter der Karolinger.⁹

Das Christentum betonte den Vorrang des altrömischen republikanischen Prinzips der Rechtsbindung des Herrschers gegenüber dem zur Kaiserzeit auftauchenden Grundsatz „Princeps legibus solutus“. Daraus entwickelte sich schließlich das Leitprinzip, dass eine Herrschaft nur dann rechtmäßig ist, wenn sie für Volk und Gemeinwohl ausgeübt wird. Diese Formulierung fand Eingang in die christliche Staats- und Rechtslehre des Mittelalters. Eben diese Sichtweise der Herrschaftsausübung unterscheidet sich von den Traditionen des Orients fundamental und wird für gewöhnlich als ungemain europäisch, freiheitlich und liberal angesehen. Der innere Zusammenhang dieser Sichtweise mit dem Konzept des zivilen Ungehorsams ist offensichtlich, doch ihre christlichen Wurzeln sind inzwischen in Vergessenheit geraten. Die stereotyp als eher „fortschrittlich“ klassifizierte Philo-

sophie der Aufklärung akzeptierte indessen den (aufgeklärten) Absolutismus als moderne Herrschaftsform ihrer Zeit. Damit entfernte sich die Aufklärung weiter als die christliche Philosophie des Mittelalters vom heutigen Verständnis von Gemeinwohl und öffentlichem Amt sowie der Trennung von privatem und öffentlichem Vermögen bzw. von Korruption und Herrschaftsmisbrauch.¹⁰

In der EU-Debatte zeigt sich eine gewisse Idealisierung der Aufklärung als Oase des gesellschaftlichen Fortschritts und geistiger Nährboden für die Französische Revolution von 1789. Erst in jüngster Zeit befreite sich die moderne Staats- und Verwaltungslehre vom Herrschaftskonzept der Aufklärung. Denn gemäß dieser Ideologie gleicht der Staat einem hierarchisch und fast militärisch strukturierten Betrieb für Alte, Kranke und Weise. Damit verabschiedete man sich von der veralteten Konzeption einer schulmäßig organisierten Betreuungsanstalt für entmündigte Untergebene. Des Weiteren bildet laut der Präambel auch die Offenheit für Wissenschaft und technischen Fortschritt eine typisch europäische Eigenschaft. Die Distanz Europas zu den USA in Wissenschaft und Forschung ist nicht erst seit Lissabon eine Hauptsorge der Europäischen Union. Daher stellt die Offenheit auf diesen Gebieten wohl kaum ein besonderes Unterscheidungsmerkmal der europäischen Kultur dar.

Um gewisse ideologische Streitigkeiten von vornherein zu vermeiden, wurden die von anderen Religionen in das kulturelle Erbe Europas eingebrachten Elemente schlichtweg übergangen. Auch diese Vorgehensweise weckt erhebliche Zweifel. So wird weder der Judentum eigens erwähnt, noch findet sich ein Hinweis auf das große „Loch“, das sich durch den Holocaust in Europa nach 1945 auftat. Auf diese Weise wird die Chance vertan, den historischen Beitrag der Juden zur europäischen Kultur angemessen zu würdigen. Doch auch der Islam, der zwar nicht zum Kernbestand dieser Kultur gehört, aber dennoch einen ihrer wesentlichen Bestandteile - insbesondere auf dem Balkan - bildet, hätte eine ausdrückliche Erwähnung

in der Präambel erfordert.¹¹ Die allgemein gehaltene Formulierung der „religiösen und kulturellen Inspiration“ genügt nicht. Denn sie verlegt die Debatte über wesentliche Konsequenzen der EU-Verfassung wohl mit Rücksicht auf den möglichen Beitritt der Türkei auf einen späteren Zeitpunkt. Die zu beobachtende Eile bei der Redigierung des Verfassungstraktats und der Wunsch nach Beseitigung aller strittigen Einzelpunkte sind jedoch kaum geeignet, die trennenden Ansichten zu überwinden. Sie führen vielmehr dazu, dass wichtige Fragen stillschweigend übergangen werden.

Polen genoss kein Stimmrecht im Verfassungskonvent, obwohl es an der diesbezüglichen Debatte teilnahm. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass eine stürmische Diskussion vor der Annahme der Verfassung über Präambel und Grundwerte entgegen den allgemeinen Erwartungen das Klima der öffentlichen Debatte reinigt und die gesellschaftliche Akzeptanz der Verfassung fördert. Genau so verhielt es sich nämlich beim Beitritt Polens zur EU.¹²

José Casanova wies auf die Eigentümlichkeit der historischen Erfahrungen Polens hin. Denn vor dem Hintergrund der traditionellen religiösen Toleranz, die in der staatenlosen Nation im 19. Jahrhundert gepflegt wurde, kam es in Polen eben nicht zu dem für Westeuropa so charakteristischen Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem säkularen, liberalen Staat. In Polen herrschte nach Casanova keine Diskrepanz zwischen der Kirche und einer laizistischen, antiklerikalen Intelligenz, die sich auf die universellen Werte des Humanismus berief. Darüber hinaus war die Kirche in Polen niemals von einer sozialistischen, aggressiv auftretenden, atheistischen Arbeiterbewegung bekämpft worden.¹³ Sowohl die nach den nationalen Erhebungen des 19. Jahrhunderts nach Sibirien deportierten Angehörigen der Arbeiter- und Intelligenzschichten als auch die in Russland und Preußen staatlich verfolgte polnische Kirche hatten ganz andere Sorgen und wirkten zur Verteidigung der polnischen Gesellschaft vor den Einflüssen der Fremdherrschaft oftmals zusammen. Daher wurde der aggressive

Atheismus in Polen von den Menschen im allgemeinen als seltsamer Fremdkörper empfunden.

Der Atheismus in Polen wurde in der Volksrepublik noch dadurch kompromittiert, dass er nach dem sowjetischen Beispiel wie eine offizielle Staatsreligion behandelt wurde. Während sowohl in den politischen Parteien als auch in der Gesellschaft immer wieder auch antiklerikale Tendenzen auftauchten, konnte der kämpferische Atheismus in Polen nie Fuß fassen. Die Darlegungen Casanovas erklärten wohl recht gut, warum es in Polen auch dem linken politischen Spektrum insgesamt leichter fiel, die maßgebliche Rolle des christlichen Erbes als Element der gemeinsamen Geschichte Polens und Europas anzuerkennen.

3. Die Rechtsgrundlagen der zukünftigen Europäischen Union

Der Entwurf des Verfassungsvertrages behält der Gemeinschaftsebene nur einige wenige Kompetenzen vor. Dabei handelt es sich um diejenigen Befugnisse, die auf einem Fundament von ethischen Werten und politischen Interessen basieren, das man für ausreichend kohärent und identisch hielt. Zu diesen gemeinschaftlichen Kompetenzen gehören die Währungspolitik in den „Euro-Ländern“ sowie die gemeinsame Zollunion bzw. Handels- und Fischereipolitik. Auf diesen Gebieten erfolgt also eine teilweise Abtretung von nationalen Souveränitätsrechten an die supranationale Ebene. Gleichwohl ist dieser Souveränitätsverzicht nicht irreversibel, wenn man die Mechanismen eines möglichen, wenn auch sehr schwierigen Austritts aus der EU berücksichtigt.

Keiner dieser Bereiche betrifft unmittelbar das zugrundeliegende Wertesystem. Dennoch eröffnet auch dieses zahlreiche moralische Wahlmöglichkeiten, die eine permanente, vertiefte Debatte unter den Europäern erforderlich machen. Die Prinzipien des Handels mit den Ländern der „Dritten Welt“,

die gesellschaftlichen Kosten der gewaltsamen Senkung der Inflation, die zollpolitische Beeinflussung der Beziehungen der EU zu den außereuropäischen Staaten und die Erhaltung der derzeitigen Fischbestände im Namen der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen – auch diese Fragen betreffen den gemeinsamen Wertekatalog der Europäer.

Auf anderen Gebieten wurden die komplementären (nicht exklusiven!) Befugnisse der EU allenfalls geringfügig erweitert. Darunter fallen z.B. die Koordinierung des Arbeitsmarkts, die Steuer- und Sozialpolitik sowie die innere und äußere Sicherheit. Nichtsdestotrotz können die Unterschiede der nationalstaatlichen Wertvorstellungen auch in diesen Bereichen erheblich sein.

Was die Demokratie angeht, so existieren die christlichen Kirchen neben den Sozialpartnern und nichtstaatlichen Organisationen auch weiterhin als eigenständige Größe. Der einzigartige und unverwechselbare institutionelle Charakter der Kirchen wurde ebenso geachtet wie im Amsterdamer Vertrag. Dennoch scheiterte der Versuch, im Gegenzug für die vorgeschlagene Verankerung eines sozialen Minimums in der Verfassung den Hinweis auf das christliche Erbe Europas in der Präambel festzuschreiben. Dieser Vorschlag wurde scherzhaft wie folgt charakterisiert: „Die Sorge um das irdische Leben (soziale Fürsorge) für die Sorge um das ewige Leben“.

Gemäß dem geplanten Verfassungstraktat wird die Europäische Union erstmals zur juristischen Person. Dies ist eine sehr bedeutende Veränderung! Gleichwohl ergeben sich aus dem Vertrag auch noch weitere wichtige Veränderungen, die jedoch eher unscheinbar sind. Die zahlreiche Schwachpunkte und legislative Lücken enthaltende Grundrechts-Charta wurde in extenso akzeptiert und ist damit vor gerichtlichen Instanzen einklagbar. Und dabei hatte man sich zuvor gegenseitig immer wieder versichert, dass die Charta im Falle der Aufnahme in den Vertrag nochmals genau überarbeitet und präzisiert werden würde. Darüber hinaus ist auf den

Vorwurf ökologischer Organisationen hinzuweisen, wonach die Atomenergie durch die verfassungsrechtliche Implementierung des EURATOM-Vertrages in die Gemeinschaftsverfassung zur offiziell von der EU geförderten Energieart wird. Dies entspreche jedoch eher einer Geisteshaltung, wie sie in den 1960er Jahren in Westeuropa gepflegt worden sei.

Bisher hatte es den Anschein als ob die gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik auf einem breiten, demokratischen Konsens beruhen würde, der die Achtung der Menschenrechte generell begünstigt. Dennoch gibt es Länder in Europa, in denen man – anders als in Polen – auf die Anerkennung der Staatsbürgerschaft über zehn Jahre (Populisten fordern sogar 15 Jahre!) warten muss. Außerdem gibt es eine Reihe von Ländern, in denen das Asylrecht strenger ist als in Polen. Ähnliches gilt für das Ausländerrecht. Angesichts dieser Situation ist ein gewisses Monitoring wohl unabdingbar. Die diesbezügliche Angleichung der polnischen Rechtsverhältnisse an die geltenden EU-Normen und die Übernahme des Mehrheitswahlrechts stellt Polen möglicherweise vor die Notwendigkeit, die nationalen Vorschriften eher zu verschärfen als zu lockern. Dies würde wohl kaum zu einer größeren Achtung der Menschenrechte hierzulande führen! Diese Entwicklung würde von der polnischen Öffentlichkeit sogar mit Applaus begrüßt werden, da die Menschen in Polen sich eher größere Sicherheit in ihren persönlichen Lebensbereichen als noch mehr individuelle Freiheiten ersehnen. Gerade dadurch wird eine genaue Betrachtung der in diesem wichtigen Bereich geschaffenen Fundamente Europas unabdingbar.¹⁴ Die Ratifizierung des Verfassungsvertrages hängt natürlich auch von der Haltung Polens ab. Nichtsdestotrotz kann eine diesbezügliche Absage nur der letzte aller möglichen Schritte sein.

Die Rechtsgrundlagen Europas bilden derzeit eine überaus eigentümliche Mischung uneinheitlicher Einzelemente, die gleichwohl in dieselbe Richtung weisen. Erst die gemeinsame Verfassung soll Ordnung in diese Konstellation bringen. In der einschlägigen Forschungsliteratur herrscht Einig-

keit darüber, dass die moralischen und religiösen Fundamente Europas ernsthaft geschwächt sind. Dies ist nicht nur ein Vorwurf der Fundamentalisten! In Fachkreisen ist man vielmehr einhellig der Meinung, daß die meisten europäischen Länder gegenwärtig von einer tiefen Krise der Religiosität heimgesucht werden. Dies zeigt sich allein schon daran, dass von 75% aller religiös erzogenen Menschen allenfalls 26% ihren Glauben auch den eigenen Kindern weitervermitteln. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die hohe Anzahl an Scheidungen sowie durch zahlreiche pathologische Abhängigkeiten und das schwache staatsbürgerliche Engagement der Menschen, was sich in der permanent niedrigen Wahlbeteiligung bei politischen Wahlen widerspiegelt. Angesichts dieser unübersehbaren negativen Tendenzen kann man wohl kaum davon sprechen, dass das bereits recht ansehnliche gemeinsame Haus Europa „auf Fels gebaut“ wird. Denn Anzeichen für eine „neue Welle“ der Moralität sind bislang nicht zu beobachten.

Vielmehr bestand der ökonomische Pragmatismus bei der Fortentwicklung der EU-Strukturen seine erste Feuerprobe. In ähnlicher Weise bewährte sich in der Vergangenheit auch die oftmals angewandte Methode des *Fait accompli* im Namen eines wachsenden materiellen Wohlstands und steigenden Sicherheitsgefühls der Bürger. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Europäischen Union schuf man sehr rasch. Dennoch bleibt deren Beständigkeit bei einer wirklich großen Wirtschaftskrise immer noch ein Unsicherheitsfaktor! Sogar die eher kleine Rezession im EU-Europa, die bisher aufgetreten ist, hat rasch die nationalstaatlichen Egoismen und gesellschaftlichen Vorurteile einzelner Länder verstärkt.¹⁵ Es stellt sich also die Frage, ob die Rechtsgrundlagen der zukünftigen EU eine echte, tiefgreifende wirtschaftliche Krise bewältigen könnten.

4. Die sozialen Grundlagen der zukünftigen Europäischen Union

Die Kritik an der Europäischen Union – so belebend und notwendig sie bei der nüchternen Erfassung der Wirklichkeit auch sein mag – darf jedoch die Skala der Errungenschaften und Erfolge dieser Staatengemeinschaft nicht verdecken. Denn die heutige EU bildet ein riesiges, blühendes Territorium des friedlichen Wohlstands, das die äußere und innere Sicherheit seiner Bürger garantiert. Obwohl die Grenzen der einzelnen Mitgliedstaaten schrittweise miteinander verwachsen, behält die EU auch weiterhin eine starke Gemeinschaftsidentität und gewährleistet ihren Bürgern insgesamt einen hohen Standard an sozialer Sicherheit. Diese Tatsache bezeugen allein schon die unablässigen Ströme von Einwanderern, für die Europa der ersehnte Lebens- und Arbeitsort darstellt.

Eine der Hauptsorgen unseres Kontinents sollte eigentlich zugleich seine Zierde sein – die alternde Gesellschaft. Denn eine derart hohe durchschnittliche Lebenserwartung ist zweifellos eine Errungenschaft, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. Umgekehrt stellt die „Jugendlichkeit“ in den afrikanischen Ländern eine unermessliche Tragödie dar, die von der ungehinderten Ausbreitung von AIDS verursacht wurde. Vor dem Hintergrund des Alterungsprozesses der europäischen Bevölkerung wird jedoch auch die Brüchigkeit der „Fundamente Europas“ deutlich. Denn ältere Menschen werden immer mehr als „ausgeschlossene“ gesellschaftliche Gruppe angesehen, wobei der rasante technische Fortschritt ihre beruflichen und sozialen Erfahrungen größtenteils unvermittelbar werden lässt. Auf diese Weise wächst die Versuchung, diese Gruppe als überflüssige Belastung zu betrachten. Ältere Menschen werden dabei immer häufiger für das willfähige Betreuungsobjekt einer produktiven Arbeitsgesellschaft gehalten, das höchstens noch in Seniorenklubs oder im Rahmen medizinischer Therapien Zerstreuung findet.

Aber auch in den nationalen Gesetzgebungen und Rechtssystemen gilt das „dritte Alter“ als Synonym für Unproduktivität und soziale Belastung. Das

für gewöhnlich erst bei der Legalisierung der Euthanasie erkannte Problem hat sich jedoch schon wesentlich früher gezeigt. Die allgemein wachsende Zustimmung zur Euthanasie stellt weniger die Ursache als vielmehr die Folge einer bestimmten Entwicklung dar.

Sowohl in der Gesetzgebung als auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind zunehmend paternalistische Tendenzen in Hinblick auf die ältere Generation erkennbar. Die Achtung und Wertschätzung, die alte Menschen z.B. in Japan genießen, weisen darauf hin, dass die Negativbewertung der älteren Generation keineswegs einen unvermeidlichen Preis für ökonomischen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand darstellt. Wie aktuell das Problem mittlerweile ist, zeigen allein die in die Grundrechts-Charta aufgenommenen Rechte älterer Personen. Bislang gehörte vor allem die Diskriminierung der Rechte von Frauen, Kindern oder nationalen Minderheiten zu den verfassungsrechtlichen Standardproblemen. Die seit Jahren stattfindende Diskriminierung von Ausländern (darunter auch Flüchtlingen) und der illegale Handel mit Frauen aus der Dritten Welt wird derzeit um ein weiteres Übel erweitert - die soziale Geringschätzung älterer Menschen. Diese Entwicklung spiegelt die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in Europa wider.

Andererseits gibt es immer weniger junge Menschen in der EU. Die Jugend legt in religiöser und politischer Hinsicht zumeist eine große Gleichgültigkeit an den Tag. Dabei wird den jungen Leuten von den Massenmedien das Schreckgespenst präsentiert, für den Unterhalt einer immer größeren Anzahl älterer Menschen aufkommen zu müssen. Der Begriff „Jugend“ umfasst je nach Definition eine andere Bevölkerungsgruppe. Denn in Westeuropa treten junge Leute nach einschlägigen Studienabschlüssen erst mit etwa 30 Jahren oder noch später ins Berufsleben ein, was eine Art der statistischen Bewältigung der Arbeitslosigkeit im Rahmen der heutigen Sozialpolitik darstellt. Zu den positiven Eigenschaften der Jugend des 21. Jahrhunderts gehören vor allem das Interesse an ökologischen Fragen

sowie die Offenheit für fremde Kulturen und internationale Kontakte. Extremistischen Haltungen bzw. Anschauungen begegnen die heutigen jungen Menschen indessen eher mit Skepsis, so daß der Extremismus zumindest zur Zeit keine starke Anziehungskraft auf die Jugend ausübt. Die Haupthindernisse für die individuelle Lebensplanung junger Menschen bilden die hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltende Krise auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird Politik als etwas Fremdes angesehen bzw. als Beruf wie jeder andere – ein Trittbrett auf der persönlichen Karriereleiter.

Die Jugend verkörpert also für die EU bis zu einem gewissen Grad schon jetzt ein „verlorenes“ Potential. Denn die Schaffenskraft der jungen Generation mündet keineswegs im frühzeitigen Engagement bei der Ausgestaltung des demokratischen Staates, von der Übernahme bedeutender öffentlicher Ämter und Funktionen ganz zu schweigen. Der mancherorts so überschwänglich gefeierte Kult der Jugendlichkeit findet kein entsprechendes „Äquivalent“ in der Besetzung staatlicher Organe mit jungen Menschen. Paradoxerweise verkleinert das sich vereinende Europa seinen gesellschaftlichen Nährboden selbst, indem es auf die aktive demokratische Teilhabe seiner ältesten und jüngsten Bürger bewusst verzichtet.

Die Europäische Union muss auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Mitglieder basieren. Denn beinahe jedes europäische Land durchlebte im Laufe seiner Geschichte eine – für seine Nachbarstaaten mehr oder weniger bedrohliche – imperiale Phase, eine Art „Goldenes Zeitalter“. Die letzten, ungeheuer entarteten Imperien bildeten die stalinistischen Regime in Osteuropa und der Nationalsozialismus in Deutschland. Obwohl diese Gewaltdiktaturen den davon in Mitleidenschaft gezogenen Zeitgenossen unendlich lange vorkamen, blieben sie historisch gesehen doch von relativ kurzer Dauer. Die Freude der Sieger und die Verbitterung der Besiegten, die elementare Erfahrung einer unmittelbaren nationalen Gemeinschaft, aber auch die spezifischen polnischen Erfahrungen mit der Germanisierung und Russifizierung bilden nicht nur eine kollektive, sondern vor allem individuelle

Erfahrungen. Ähnliches gilt für die historischen Erfahrungen der Polen mit Freiheit und Widerstand gegen Versklavung, mit politischer Kapitulation und moralischer Resignation.

Humanismus als „Achtung des hinfälligen Menschen“, wie dies György Konrad formuliert, ist bereits etwas anderes als die Kultur der Renaissance. Die wehmütige, manchmal weise Skepsis der historisch oft genug gebrandmarkten Europäer trägt zur Beruhigung gewisser Streitigkeiten bei und festigt den Willen zur europäischen Einigung. Dennoch existieren die kämpferischen, bitteren Strophen der Nationalhymnen auch weiterhin, wobei jedes Volk seine eigenen historischen Helden in harmonischer Weise verehrt. Um diese Fundamente auf Dauer zu festigen und das Haus der europäischen Einheit auf tragfähigen Grund zu bauen, muss jedoch zunächst das alte Gefühl der Überlegenheit und Ignoranz des Westens gegenüber dem Osten Europas überwunden werden. Eine ähnliche Katharsis ist für die mentale Einstellung der Bürger Mittel-, West- und Nordeuropas gegenüber den Balkanländern erforderlich. In diesem Sinne ist auch eine Reform der Schulbücher dringend geboten, um der jungen Generation die historische Rolle des „jüngeren Europas“ nahe zu bringen.

Worin bestehen also die tatsächlichen Grundlagen der Stabilität Europas? Europa – die Europäische Union – ist insofern stabil als in ihr ein „dauerhafter Friede“ herrscht. Denn die EU umfasst ein Territorium, das noch nie von Kriegen heimgesucht wurde und dessen Wohlstand sich insgesamt verfestigt. Darüber hinaus erweist sich die EU auch auf wirtschaftlichem Gebiet als stabil, was jedoch keine Garantie für zukünftige Zeiten bietet. Abgesehen davon leben die Gesellschaften der EU-Länder in verhältnismäßig stabilen materiellen Verhältnissen und sind recht wohlhabend, so dass es dort eigentlich keine Regionen des Elends gibt. Außerdem wird den Bürgern der EU eine soziale und gesundheitliche Fürsorge auf hohem Niveau gewährt, wenngleich auch auf diesem Gebiet sogar die Reserven der reichsten Länder allmählich zur Neige gehen.¹⁶

Doch wodurch wird die Stabilität der Fundamente Europas letztendlich am meisten bedroht?

1. Die erste Gefahr für die Stabilität des Alten Kontinents besteht in der Stagnation. Die noch im Transformationsprozess befindlichen neuen Mitgliedsländer der EU könnten versucht sein, sich lediglich auf das „Einholen“ ihrer reicheren Nachbarn im Westen zu konzentrieren. Europa als Ganzes könnte dabei durchaus die Lust verlieren, sich kreativ umzugestalten, um mit den Handelspartnern auf dem Weltmarkt in erfolgreiche Konkurrenz zu treten. Die immer älter werdenden Gesellschaften der EU-Staaten werden dann nicht mehr zur Unterstützung riskanter, innovativer Unternehmungen bereit sein und sich statt dessen auf die Verteidigung des bisherigen Status quo bzw. Wohlstands beschränken.

Angesichts dieser Entwicklung würde die permanent erforderliche Bereitschaft zur Annahme neuer Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft über kurz oder lang verkümmern. Infolge dessen würde sich Europa als Festung des materiellen Wohlstands immer weiter etablieren. Das Verhältnis zu den Einwanderern wird ein geeigneter Prüfstein dafür sein, ob sich Europa nicht in seiner eigenen Vergangenheit einmauert. Denn die Fähigkeit, die Immigranten tatsächlich – nicht nur in wohlfeilen offiziellen Erklärungen – in den alteingesessenen Gesellschaften Europas zu integrieren, wird zeigen, ob der Alte Kontinent den diesbezüglichen Erfolg der USA wiederholen kann. Denn die Vereinigten Staaten machten die Integration der zahlreichen Immigrationswellen zur Quelle ihrer großen Potenz in Wirtschaft und Wissenschaft. So wird viel davon abhängen, ob die Staatsmänner der EU die Einwandererströme als Zuflüsse neuer Arbeitsenergie und unverbrauchter Vitalität betrachten oder ob man in ihnen eher eine nationale Bedrohung sieht und sie für einen Nährboden krimineller Handlungen hält.

2. Ein weiteres Element der Bedrohung der Stabilität Europas besteht in der Erosion seiner Fundamente. Denn der fehlende Konsens über gemeinsame Werte, Ziele und Prinzipien im politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Bereich hätte fatale Konsequenzen. Die mangelnde Übereinstimmung in der Frage des religiösen und kulturellen Erbes der EU könnte leicht zu einem „Auseinanderbrechen“ der Fundamente führen. Die Unlust der europäischen Staatsmänner, konfliktrträgliche Reizthemen gemeinsam zu erörtern bzw. die Tendenz zur Verschweigung der eigenen nationalstaatlichen Vergangenheit zeigte sich bei der öffentlichen Debatte über die Präambel der geplanten EU-Verfassung ganz deutlich. Diese Entwicklung offenbart, wie mangelhaft die Vorbereitung der bisherigen EU-Bevölkerung auf den „Quantensprung der Integration“ in Wirklichkeit ist. Denn dieser „Quantensprung“ besteht weniger in der Erweiterung um zehn neue Staaten als vielmehr im Beschluss einer gemeinsamen Verfassung. Die Stabilität des zukünftigen Hauses Europa wird also dadurch bedroht, dass weitere Stockwerke gebaut werden, ohne das Fundament zu verstärken. Dies könnte sich viel rascher rächen als wir meinen.

Einen dieser großen Risse im Fundament, der oftmals nicht offen beim Namen genannt wird, bilden die zahlreichen Vorurteile und Stereotype, die die Völker Europas untereinander hegen. Denn falls diese nicht endlich bekämpft werden, sondern weiterhin totgeschwiegen oder mit einem offiziellen „Europa-Pathos“ verhüllt werden, können sie irgendwann durch die Explosion nationaler Ressentiments und Populismen zum Einsturz des gesamten Hauses Europa führen.¹⁷ Der bereits spürbare starke Integrationsimpuls könnte durchaus das ganze europäische Einigungswerk in seinen Grundfesten erschüttern und bei den emotional und politisch „überlasteten“ Gesellschaften der sich erweiternden EU zu unberechenbaren Reaktionen führen. Die jüngst zu beobachtenden „heftigen Wortwechsel“ zwischen italienischen und deutschen Spitzenpolitikern sind vor dem Hintergrund der in beiden Ländern herrschenden

gegenseitigen Stereotype ein interessantes Signal für derartige Reaktionen und Entwicklungsprozesse.

Die europäische „Revolution“ des Jahres 2004 kann also durchaus eine „Gegenrevolution“ ungeahnten Ausmaßes auslösen. Daher sollte man bereits jetzt in eine breite Debatte über Europa und seine Verfassung einsteigen - und diese Debatte nicht als Öffnung der Büchse der Pandora betrachten. Es gibt mittlerweile zahlreiche wissenschaftliche Einzeluntersuchungen über den spezifischen Beitrag, den die besonderen historischen Erfahrungen Polens zur Stärkung der Fundamente Europas leisten könnten. Für diese Thematik wäre jedoch ein gesondertes Referat nötig. Laut Jerzy Kłoczowski „besteht in der polnischen Tradition seit Jahrhunderten eine starke Tendenz zur Union“¹⁸. Seit der Polnisch-Litauischen Personalunion von 1386 tauchten bis ins 19./20. Jahrhundert hinein immer wieder unterschiedlich akzentuierte Konzeptionen einer zentraleuropäischen Konföderation auf, die sich im Südosten sogar bis nach Bulgarien und Rumänien erstrecken sollte. Die Visionen eines solchen Staatenbundes wurden von der Parole begleitet, Polen zum „Freien unter Freien und Gleichen unter Gleichen“ werden zu lassen, was den Kern der historischen Staatstradition dieses Landes widerspiegelt. Polen wird auch innerhalb der Europäischen Union bestrebt sein, diesen Leitgedanken zu verwirklichen. ■

Anmerkungen

- ¹ Gemeint ist der Vertrag über die zukünftige europäische Verfassung (Fassung vom Juni 2003).
- ² Vgl. K. Pomian, *Europa i jej narody* [Europa und seine Völker] (1992) sowie A. Kłosowska, *Kultury narodowe u korzeni* [Nationale Kulturen und ihre Ursprünge] (1996) S. 40 u.a.
- ³ Vgl. Z. Ossowski, *Kościół a kultura* [Kirche und Kultur], in: *Europa – zadanie chrześcijańskie* [Europa – eine christliche Aufgabe], red. v. A. Dylus (1998) S. 138; siehe auch G. Delanty, *Inventing Europe. Idea, identity, reality* (1995).

- ⁴ Siehe K. D. Mc Rae, *Switzerland. Example of Cultural Coexistence* (1964); vgl. dazu L. Kołakowski, *O tożsamości zbiorowej [Über die kollektive Identität]*, in: *Tożsamość w czasach zmiany [Identität in Zeiten des Wandels]*, red. v. K. Michalski (1995) S. 44 u.a.
- ⁵ Vgl. P. Strasser, *Die Erfindung Europas*, in: „Die Furche“ v. 14.08.2003 sowie ders., *Hegemonie-Debatte. Frankreich und Deutschland?* In: „Die Presse“ v. 02.06.2003.
- ⁶ Vgl. G. Santer, *Religion und Staatswesen. Die Stellung der Kirche aus evangelischer deutscher Sicht*, in: *Europa...*, red. v. A. Dylus (1998) S. 209-210.
- ⁷ Vgl. J. Habermas, *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*, in: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* (1992).
- ⁸ Vgl. E. Gellner, *Nations and nationalism* (1983).
- ⁹ Eine philosophisch begründete Trennung von Amt und Person nahm im 13. Jahrhundert Thomas von Aquin vor; vgl. R. Sobański, *Urząd w tradycji europejskiej [Das Amt in der europäischen Tradition]*, in: *Europa*, op. cit., S.185-186.
- ¹⁰ Vgl. *Państwo, naród, stany w świadomości wieków średnich [Staat, Volk und Stände im mittelalterlichen Bewußtsein]*, red. v. A. Gieysztor u. S. Gawlas (1990).
- ¹¹ Vgl. U. Altermatt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa* (1996).
- ¹² Vgl. K. Pomian, *Vor der Osterweiterung. Westliche Vorurteile, polnische Ängste*, in: „Transit“, Nr. 25 (2003).
- ¹³ Vgl. J. Casanova, *Das katholische Polen im säkularisierten Europa*, in: „Transit“, Nr. 25 (2003).
- ¹⁴ Vgl. P. Mazurkiewicz, *Europeizacja Europy [Die Europäisierung Europas]* (2001); siehe auch *Tożsamość, odmienność, tolerancja a kultura pokoju [Identität, Andersartigkeit, Toleranz und Friedenskultur]*, hg. v. J. Kłoczowski u. S. Łukasiewicz (1998).
- ¹⁵ Vgl. *Europas Arbeitswelt von morgen*, red. v. F. Grucza (2000).
- ¹⁶ Vgl. E. Busek / W. Mikulitsch, *Die Europäische Union auf dem Weg nach Osten* (2003); siehe auch die Diskussion in: *Europa und die Zivilgesellschaft. Gespräche in Castel Gandolfo*, vorber. u. eingel. v. K. Michalski (1991).
- ¹⁷ Vgl. B. Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts* (1983).
- ¹⁸ Zit. nach: H. Schmidtendorf, *Porträt des Polnisch-Ukrainischen Kollegiums*, in: „Dialog“, Nr. 4 (2003) S. 71.

Unsere gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union

Werte, Demokratie und Verantwortung

Hans-Gert Pöttering

Po pierwsze chciałbym bardzo podziękować organizatorom za ponowne zaproszenie mnie na tą regularną konferencję. Jestem bardzo zadowolony, móc być tutaj w Krakowie.

[Zunächst möchte ich mich sehr bei den Organisatoren für die erneute Einladung zu dieser Konferenz bedanken. Ich bin sehr glücklich, heute hier in Krakau zu sein.]

Meine sehr verehrten Damen und Herren – und vielleicht darf ich auch 'liebe Freunde' sagen ! Ich freue mich sehr, hier in diesem historischen Krakau zu sein – nicht nur einem kulturellen Mittelpunkt Polens, sondern einem

kulturellen Mittelpunkt von Europa. Ich komme gerade vom Kloster "El Escorial" in der Nähe Madrids, wo unsere Fraktion an diesem Wochenende eine große Tagung veranstaltet. Wenn man dort in Madrid ist, und dann nach Krakau kommt, spürt man gleichermaßen die Seele – nicht nur Polens und Spaniens –, sondern die Seele Europas. Wir sind das alte Europa, das sich ständig erneuert, wir sind das gemeinsame Europa und darauf sollten wir gemeinsam stolz sein!

Ich überbringe Ihnen die Grüße der mit 232 Abgeordneten größten Fraktion des Europäischen Parlaments, der Fraktion der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Demokraten. Es war unsere Idee, die Idee der Europäischen Volkspartei, zu sagen: wenn die Beitrittsverträge unterzeichnet sind, dann wollen wir nationale Abgeordnete aus Polen, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Slowenien, der Tschechischen und Slowakischen Republik, aus Malta und aus Zypern als Beobachter in das Europäische Parlament einladen. Heute gibt es 162 Beobachter im Europäischen Parlament, davon 69 in unserer Fraktion, dies entspricht 42 Prozent.

Damit stellt unsere Fraktion jetzt 301 Abgeordnete. Ich hoffe, dass wir nach der Europawahl die stärkste Fraktion bleiben. Schöne Ideale zu haben, das ist gut. Man muss Werte haben, man muss Überzeugungen haben. Aber man muss diese auch durchsetzen können! Und Sie können diese in einer Demokratie nur dann durchsetzen, wenn Sie auch im Parlament stark sind.

Ich möchte Ihnen, unseren polnischen Freunden und der Kirche, ein herzliches Wort des Dankes sagen für Ihren großen Einsatz vor und während des Referendums in Polen. Ich darf das besonders an die Adresse der beiden Persönlichkeiten Bischof Pieronek und Erzbischof Muszyński zum Ausdruck bringen, die besonders stark für die Mitgliedschaft Polens in der EU eingetreten sind.

Gestatten Sie mir, ein ganz persönliches Erlebnis zu schildern. Es ist hier schon viel von dem großen Polen und Europäer Johannes Paul II. die Rede

gewesen. Ich hatte vor einigen Monaten die Gelegenheit, bei einem Gottesdienst in seiner Privatkapelle dabei zu sein. Ich sah diesen körperlich zerbrechlichen Johannes Paul II. und wir schauten auf ihn. Und ich erinnerte mich an die Frage des sowjetischen Diktators J. Stalin, wie viele Divisionen der Papst habe. Mir ist in diesem Moment bewusst geworden, in dem wir den körperlich schwächlichen Heiligen Vater mit dieser großen geistigen und moralischen Gestalt sahen, wie viel Werte bedeuten. Ich sage Ihnen als Christ, als Katholik (und Helmut Kohl und Władysław Bartoszewski und viele andere sind diesen Weg mitgegangen): ohne Johannes Paul II. würden wir hier heute in Krakau gar nicht über die Zukunft Europas diskutieren können. Und deswegen schulden wir ihm ein sehr herzliches Wort des Dankes, auch heute hier in diesem Saal.

Am 9. April hat das Europäische Parlament – der Kollege Elmar Brok ist auch hier – darüber abgestimmt, dass die zehn genannten Staaten der EU beitreten. (...) Es ist ein Traum, aber er wird in diesen Tagen Wirklichkeit. Am 16. April dieses Jahres wurden die Beitrittsverträge in Athen unterzeichnet. Dazu waren die Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments und ehemalige Ministerpräsidenten aus den Ländern der EU und aus den Beitrittsländern eingeladen. Der Zufall wollte es, dass Tadeusz Mazowiecki und ich gemeinsam aus dem Bus stiegen und dann die 600 Meter auf die Akropolis hinaufliefen bis zu dem Gebäude, wo die Verträge unterzeichnet wurden, und wir erinnerten uns an den Besuch von Helmut Kohl im November 1989.

Wenn wir uns mit der Zukunft befassen, sollten wir nicht vergessen, welchen großen Weg wir gemeinsam zurückgelegt haben. Und die Zukunft kann man nur gestalten, wenn man sich auch der Geschichte bewusst ist.

Und nun zu unseren Werten. Ich empfehle uns, dass wir sehr freimütig und auch sehr ehrlich darüber diskutieren. Es gibt keine politische Familie und keine Fraktion, die sich so dafür einsetzt, dass auch das christliche Erbe in der Präambel der Verfassung Erwähnung findet. Aber wir sind nicht alleine

in Europa. Und manche Politiker – überall, auch hier in Polen – stellen dieses christliche Erbe so sehr in den Mittelpunkt, dass man den Eindruck haben könnte, unsere christlichen Werte hätten überhaupt keinen Eingang in die Verfassung gefunden. Und ich sage Ihnen: es gibt viele Werte, die Eingang gefunden haben! Es ist schon für einen Franzosen, der ein laizistisches Bild vom Staat hat, ein großes Zugeständnis, vom religiösen Erbe zu sprechen. Wir würden natürlich gerne noch einen Schritt weiter gehen und vom christlichen Erbe sprechen.

Aber – Władysław Bartoszewski hat von den Schwachen in der Gesellschaft gesprochen – es steht in der europäischen Verfassung an mehreren Stellen die Bedeutung unserer Kinder für die Zukunft Europas und ihr Schutz. Es wird an vielen Stellen die Familie und der Schutz der Familie erwähnt. Verehrte Frau Lipowicz, ich finde, es ist ein großer Fortschritt, wenn bislang in der deutschen Verfassung die alten Menschen nicht erwähnt werden, diese aber jetzt im EU-Verfassungsentwurf erwähnt werden. Das zeigt doch auch, dass nicht nur junge Menschen einen Wert haben, sondern auch ältere Menschen. Das ist doch unser christliches Menschenbild, das wir positiv vermitteln sollten. Ich jedenfalls versuche dieses.

Wenn Sie mit hohen Persönlichkeiten im Vatikan sprechen, dann erfahren Sie, dass man es im Vatikan nicht für möglich gehalten hätte, dass es den Artikel 51 gibt, in dem der Status der Kirchen und der Religionsgemeinschaften garantiert wird, und auch der Dialog der Kirchen mit den Institutionen der EU. Von den Begriffen der Solidarität und Subsidiarität war schon die Rede. Also, ich plädiere dafür: seien wir positiv, seien wir auch dankbar dafür, dass es uns gemeinsam gelungen ist, so viele unserer gemeinsamen christlichen bzw. auch katholischen Werte in diese Verfassung hineinzubringen.

Der zweite Punkt ist die Demokratie. Wenn Sie die Entwicklung der EU betrachten – sie hat ja bei Null angefangen, was die Demokratie angeht – so war sie ursprünglich nur eine Versammlung von Staaten, denn das Eu-

ropäische Parlament hatte 1979 keine Aufgaben und keine Kompetenzen. Heute ist das Europäische Parlament auch ohne die Verfassung in 75 % der Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Ministerrat, mit der Verfassung wird das weit über 90 % hinausgehen. Also ein großer Fortschritt.

Aber das Entscheidende ist, wie wir dieses Europa bauen. Es war die Rede von den Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich, Polen, der Ukraine und Russland. Das ist alles wichtig, aber es ist nicht das Entscheidende. Europa wird nur dann eine friedliche Zukunft haben – davon sind wir als christliche Demokraten überzeugt – wenn wir die europäischen Institutionen dort, wo sie Verantwortung haben, auch stärken. Wir brauchen eine klare Beschreibung, welches die Aufgaben für Europa sind, die Aufgaben der Europäischen Union. Und das macht die Kompetenzordnung. In den Fragen, in denen Europa zuständig ist, brauchen wir starke, europäische Institutionen. Eine starke Kommission, die vom Parlament gewählt wird und dem Parlament verantwortlich ist, ein europäisches Parlament, das den Bürgern gegenüber verantwortlich ist, und auch einen Ministerrat, der bei der Gesetzgebung öffentlich tagt. Denn die Türen müssen aufgemacht werden, damit die Menschen wissen, was im Ministerrat entschieden wird.

Und nun zur Debatte – und das betrifft die Seele Europas – um die Kleinen und die Großen. Ich habe es als schlimm empfunden, dass der deutsche Bundeskanzler aus wahltaktischen Gründen die Entscheidung getroffen hat, was auch immer die UNO macht und was auch immer die Amerikaner machen – wir Deutschen machen nicht mit. So kann man Europa nicht gestalten. Wir können Europa nur gestalten, wenn man sich zunächst in den Grundfragen mit den Partnern, mit den Freunden in der EU bespricht und nicht einsame Entscheidungen trifft. Unser Europa ist das gemeinschaftliche Europa, und da darf nicht einer dominieren – oder zwei. Ich fände es schlimm, bei aller Notwendigkeit deutsch-französischer Zusammenarbeit, wenn die Zusammenarbeit so eng wäre, dass die beiden meinten, ihre Vorschläge müssten von allen übernommen werden.

Früher war es immer so, dass die deutsch-französische Politik ein Angebot für die anderen Europäer war. Und die deutsch-französische Politik darf heute nicht so verstanden werden, dass das, was diese Regierungen beschließen, für die anderen verbindlich ist. Wir haben in unserer Fraktion 15 nationale Delegationen. Es gibt große Delegationen: die Deutschen, die Franzosen, die Italiener, die Briten und die Spanier – und Polen wäre da mit Spanien vergleichbar. Und mein Prinzip ist immer: man darf die großen Delegationen nicht gegen sich haben. Diese dürfen nicht gegen den Fraktionsvorsitzenden eingestellt sein. Dann wird es gefährlich in der Politik. Aber die kleinen Delegationen müssen wissen, dass der Fraktionsvorsitzende auch ihre Interessen vertritt. Das ist die Psychologie Europas. Und Europa wird nur dann eine wirkliche Zukunft haben, wenn wir das verstehen; wenn wir verstehen, dass jedes Land – sei es noch so klein oder groß – seine eigene Würde hat und nicht die Zahlen alleine entscheiden.

Im nächsten Jahr werden wir die Europawahl haben. 1999, nach der letzten Europawahl, war es für unsere Fraktion überaus schwierig, der Kommission von Romano Prodi und der linken Mehrheit in der Kommission unsere Zustimmung zu geben; Romano Prodi bin ich persönlich sehr verbunden, aber er gehört nicht zu unserer politischen Familie. Wir hatten die Wahlen gewonnen, aber die anderen haben die Positionen besetzt. Das muss sich ändern. Ich bin nicht dafür, dass nun die Kommission politisch "einfarbig" wird, aber wenn die Europawahlen einen Sinn haben sollen, dann muss zumindest der Kommissionspräsident und die Mehrheit der Kommission auch der politischen Familie angehören, die die Wahlen gewonnen hat. Und dafür wollen wir arbeiten.

Der dritte Aspekt ist die Verantwortung. Wir – Sie als Polen und wir als Deutsche – schauen vielfach nach Osten. Das ist aus der Sicht unserer Länder natürlich. Aber wir müssen auch nach Süden schauen! Eben hat Frau Lipowicz von denen gesprochen, die sich auf die Beine machen, um dorthin zu gehen, wo es besser ist. Wenn Sie in Portugal sind, in Spanien, in

Italien, dann sehen Sie, wie die Schiffe aus den Ländern Nordafrikas an die Küsten dieser Länder kommen. Wir haben als EU eine große Verantwortung dafür, dass die jungen Menschen in Marokko, in Algerien, in Libyen oder in Ägypten eine Zukunftschance haben. Da ist einmal die Frage des Dialogs Europa/Islam, Europa/Arabische Welt, aber da ist auch die Frage, wie sich unsere Nachbarschaft entwickelt. Wir müssen klar sagen, dass nicht alle Länder, die eine europapolitische Orientierung haben, Mitglied der EU werden können, und deswegen brauchen wir ganz besondere Partnerschaften mit unseren Nachbarn.

Lassen Sie mich abschließend dieses sagen – und das ist das Wichtigste: Jacques Santer kommt aus dem kleinsten Land der heutigen EU. Und dort befindet sich die vielleicht wichtigste Institution der EU, nämlich der Europäische Gerichtshof. Das historisch Neue in Europa ist, dass wir – die Europäer – aus der Geschichte gelernt haben und unsere Konflikte und Interessenunterschiede auf der Grundlage des Rechts bewältigen. Und deswegen brauchen wir eine europäische Verfassung.

Das Recht schafft Frieden zwischen den Völkern. Sie werden Polen bleiben, die Franzosen bleiben Franzosen, die Deutschen bleiben Deutsche. Es wäre ja traurig, wenn wir ein „melting pot“, ein Schmelztiegel würden. Jeder hat seine Heimat, entweder hier in Krakau oder in Warschau oder Gnesen oder, wie ich, in der Nähe von Osnabrück in Niedersachsen. Ich wäre kein guter Europäer, wenn ich nicht in meiner Heimat verwurzelt wäre. Und so sind Heimat, Region oder Wojewodschaften, unsere Nation und Europa etwas, was zusammengehört. Und deswegen muss die Identität dieser Ebenen erhalten bleiben, aber wir müssen auch bereit sein, diesen Weg in die Zukunft gemeinsam zu gehen. Unseren europäischen Weg, in Frieden und Freiheit, das ist unsere gemeinsame Zukunft ! ■

Die Autoren

Wilhelm Staudacher,
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Aleksander Kwaśniewski,
Staatspräsident der Republik Polen

Kardinal Angelo Scola,
Patriarch von Venedig

Kardinal Paul Poupard,
Vorsitzender des Päpstlichen Rates für Kultur

Elmar Brok,
MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten,
Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik
im Europäischen Parlament

Dr. Andrzej Olechowski,
Ehemaliger Außen- und Finanzminister der Republik Polen

Prof. Władysław Bartoszewski,
Ehemaliger Außenminister der Republik Polen

Dr. Helmut Kohl,
Ehemaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Irena Lipowicz,
Botschafterin der Republik Polen in Österreich

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering,
MdEP, Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Prof. Władysław Bartoszewski,
Ehemaliger Außenminister der Republik Polen

Dr. Helmut Kohl,
Ehemaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Irena Lipowicz,
Botschafterin der Republik Polen in Österreich

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering,
MdEP, Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Bildliche Impressionen



„Regnerischer Empfang“ des Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewskis durch Bischof Prof. Tadeusz Pieronek, Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau



Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl und der ehemalige Außenminister der Republik Polen, Władysław Bartoszewski



Prof. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion im EP



Prof. Irena Lipowicz, polnische Botschafterin in Österreich



v.l.n.r.: Horst Langes, Robert-Schuman-Stiftung, Außenminister a.D. Prof. Władysław Bartoszewski, Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl und Dr. Henning Tewes, Außenstellenleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau



Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im EP, und Ministerpräsident a.D. Prof. Jerzy Buzek



Dr. Andrzej Olechowski, Finanz- und Außenminister Polens a.D.



Kardinal Paul Poupard, Präsident
des Päpstlichen Rates für die Kultur